



Landtag von Baden-Württemberg

78. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 12. Dezember 2018 • Haus des Landtags

Beginn: 9:02 Uhr

Schluss: 15:28 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	4677	b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Kindertagesbetreuungsgesetzes – Drucksache 16/5111	
Umbesetzungen im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau.	4677	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/5262	
Absetzung von Tagesordnungspunkt 6	4732, 4733	c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 20. November 2018 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2018 bis 2022 – Drucksachen 16/5213, 16/5263.	4693
1. Aktuelle Debatte – Kinder und Familien vor linksideologischen Einflüssen schützen – gegen sozialdemokratische Abtreibungspläne und Gesinnungsprüfungen im Kindergarten – beantragt von der Fraktion der AfD.	4677	Abg. Thekla Walker GRÜNE.	4693, 4707
Abg. Carola Wolle AfD	4677	Abg. Tobias Wald CDU	4695
Abg. Thomas Poreski GRÜNE	4679, 4690	Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD.	4697
Abg. Sylvia Felder CDU	4681	Abg. Peter Hofelich SPD	4698, 4700
Abg. Sascha Binder SPD	4683, 4692	Abg. Wilfried Klenk CDU (Kurzintervention)	4700
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP.	4685	Abg. Stephen Brauer FDP/DVP.	4701
Minister Manfred Lucha	4688	Ministerin Edith Sitzmann	4702
Abg. Rüdiger Klos AfD	4690	Abg. Daniel Karrais FDP/DVP	4707
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	4691	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	4709
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	4691	Abg. Anton Baron AfD (zur Geschäftsordnung)	4709, 4711
2. a) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 – Drucksache 16/5100		Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU (zur Geschäftsordnung).	4709
Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen – Drucksachen 16/5260, 16/5261		Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung)	4709, 4711, 4717
		Beschluss	4710
		Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD (zur Abstimmung)	4716
		Abg. Dr. Rainer Balzer AfD (persönliche Erklärung)	4719
		Abg. Reinhold Gall SPD (zur Geschäftsordnung)	4725

<p>3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 16/5164</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/5289. 4726</p> <p>Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE 4726</p> <p>Abg. Karl Zimmermann CDU 4727</p> <p>Abg. Lars Patrick Berg AfD 4727</p> <p>Abg. Sascha Binder SPD 4728</p> <p>Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 4729</p> <p>Staatssekretär Wilfried Klenk 4729</p> <p>Beschluss 4730</p> <p>Abg. Anton Baron AfD (zur Geschäftsordnung) . . . 4731</p> <p>4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur sozialräumlichen Gestaltung von Pflege- und Unterstützungsstrukturen und zur Änderung des Landespflegegesetzes – Drucksache 16/5175</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/5320. 4732</p> <p>Beschluss 4732</p> <p>Abg. Anton Baron AfD (zur Geschäftsordnung) . . . 4732</p> <p>5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes – Drucksache 16/5176</p>	<p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/5321. 4733</p> <p>Beschluss 4733</p> <p>Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE (zur Geschäftsordnung) 4733</p> <p>6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V. – Drucksache 16/5205</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/5281 . . . abgesetzt (4733)</p> <p>7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 16/5211</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/5265. 4734</p> <p>Beschluss 4734</p> <p>8. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes – Drucksache 16/5275 4734</p> <p>Beschluss 4734</p> <p>Nächste Sitzung 4734</p> <p>Anlage</p> <p>Vorschlag der Fraktion der CDU – Umbesetzungen im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau . . . 4735</p>
---	--

Protokoll

über die 78. Sitzung vom 12. Dezember 2018

Beginn: 9:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 78. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Manfred Kern, Herr Abg. Dr. Lasotta sowie Frau Abg. Philippi.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ab 11 Uhr Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut, ab 11:30 Uhr Herr Minister Strobl und ab 13:45 Uhr Frau Ministerin Sitzmann. Ganztägig entschuldigt ist außerdem Frau Staatsrätin Erler.

Auf Ihren Tischen finden Sie einen Vorschlag der Fraktion der CDU für Umbesetzungen im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau (*Anlage*). – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen. Vielen Dank.

Im **E i n g a n g** befindet sich das Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 9. Oktober 2018, Az.: 1 VB 33/18 – Verfassungsbeschwerde gegen § 19 Absatz 2 und § 24 Absatz 3 des Landeshochschulgesetzes über die Wahl von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern in den Senat und die Wahl der Dekanin oder des Dekans. Ich schlage vor, dieses Schreiben an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, unter Punkt 2 a unserer Tagesordnung ist die Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 vorgesehen. Sie sind gemäß § 50 Satz 2 unserer Geschäftsordnung mit dieser Fristverkürzung zwischen Zweiter und Dritter Beratung des Gesetzentwurfs einverstanden. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen. Vielen Dank.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Kinder und Familien vor linksideologischen Einflüssen schützen – gegen sozialdemokratische Abtreibungspläne und Gesinnungsprüfungen im Kindergarten – beantragt von der Fraktion der AfD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Rededzeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Rededzeitrahmen zu halten.

Für die AfD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Wolle das Wort.

Abg. Carola Wolle AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Abtreibung ist ein hoch emotionales Thema. Seit Jahrzehnten ringen in Deutschland Politik und Gesellschaft um den § 218 und in jüngster Zeit um den § 219 a des Strafgesetzbuchs. Der sogenannte fristgerechte Abbruch ist in Deutschland nach einer Pflichtberatung innerhalb der ersten zwölf Wochen nicht mehr strafbar, wenngleich er weiterhin rechtswidrig ist.

Die Diskussion um den § 218 kreist seit jeher um die grundsätzliche Frage, ab wann ein heranwachsender Embryo als menschliches Wesen anzusehen und damit schützenswert ist. Dass dieser Zeitpunkt nicht exakt zu bestimmen ist, zeigt allein schon die unterschiedliche Rechtslage in den europäischen Ländern.

Doch auch jenseits der geregelten Fristen sind Abtreibungen durch sogenannte medizinische Indikationen sogar bis zum neunten Schwangerschaftsmonat möglich. Hierzu muss das ungeborene Kind vor der Einleitung der Geburt im Mutterleib getötet werden. Doch ist die Tötung eines außerhalb des Mutterleibs überlebendfähigen, ungeborenen Kindes, auch wenn es behindert ist, ethisch zu verantworten? Ist der Wert des ungeborenen Kindes geringer, nur weil es sich noch im Mutterleib befindet? Wir, die AfD-Fraktion, denken, nein.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deshalb sehen wir die Jahr für Jahr steigende Zahl von Spätabtreibungen unter ethischen Gesichtspunkten äußerst kritisch. Eine tief greifende gesellschaftliche Diskussion ist hier längst überfällig.

Die Grenze des Ertragbaren ist aber spätestens dann überschritten, wenn bei einer Spätabtreibung per Kaiserschnitt ein noch lebendes Kind zur Welt kommt. Nervenstarke Personen können sich diese Fälle gern im Internet anschauen. Man sieht dort abgetriebene, durch Kaiserschnitt geborene Kinder, die atmen und sich auf dem OP-Tisch bewegen. Die Lösung solcher Probleme ist dann entweder ein Stich ins Herz

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ein Mord sozusagen!)

oder die Ablage in einer Kammer, bis sich das Problem erledigt hat.

(Beifall des Abg. Stefan Rappke AfD)

(Carola Wolle)

Doch basieren diese Horrorszenerien immerhin auf einer geltenden Rechtslage.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Brutaler Mord!)

Eine Spätabtreibung ist nur dann erlaubt, wenn bei dem Ungeborenen eine schwere Behinderung diagnostiziert wird und der Schwangeren körperliche und seelische Schäden drohen, wenn sie das Kind weiter austrägt.

Dies alles muss man wissen, um im Hinterkopf zu haben und beurteilen zu können, was die Jusos – die Jugendorganisation der SPD – auf ihrem Bundeskongress am 1. Dezember dieses Jahres mit großer Mehrheit und unter frenetischem Beifall beschlossen haben: die ersatzlose Streichung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs und damit die komplette Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: So sind sie, die roten Terroristen!)

Die Jusos befürworten also die Tötung – –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin! – Abg. Nese Erikli GRÜNE: Der spricht von „roten Terroristen“! Das geht gar nicht! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das muss geahndet werden! – Weitere Zurufe von der SPD, u. a.: Raus! – Das geht gar nicht! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Meine Damen und Herren, einen Moment bitte.

(Zurufe – Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie erst einmal um Ruhe. – Ich möchte jetzt wissen – – Ich habe nur das Wort „Terroristen“ gehört.

(Unruhe)

– Moment! – Ich habe „rote Terroristen“ gehört, aber ich habe nicht vernommen, von wem es kam.

(Abg. Stefan Räßle AfD meldet sich. – Anhaltende Unruhe)

– Herr Abg. Räßle, es gibt hier parlamentswürdige Anstandsformen, die auch für Sie gelten, auch wenn es Ihnen – das muss ich an dieser Stelle sagen – sehr oft sehr schwerfällt. Deshalb bekommen Sie jetzt einen Ordnungsruf. Sollten Sie so etwas noch einmal wiederholen, erfolgt ein Sitzungsauschluss.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Abg. Carola Wolle AfD: Die Jusos befürworten also die Tötung von gesunden, voll lebensfähigen, aber noch ungeborenen Kindern bis zum Zeitpunkt der Geburt.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Pfui!)

Dies bedeutet nichts anderes – das muss ich so deutlich sagen – als die Freigabe zum Kindsmord.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wahnsinn!)

Feminismus im Endstadium: Mord wird zum Frauenrecht.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja! Genau so!)

Und was meint die Mutterpartei zu dieser unglaublichen Forderung? Gar nichts. Offenbar sieht man keinerlei Grund, hier korrigierend einzugreifen. Das bedeutet nichts anderes, als dass sich auch die SPD dieser Forderung anschließt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist völlig absurd! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Nicht zu glauben! – Weitere Zurufe, u. a.: Man würde es ja hören!)

– Von Ihnen habe ich nichts gehört, also haben Sie es übernommen. – „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es in Artikel 1 des Grundgesetzes. Doch für engagierte Feministinnen zählen ohnehin nur Frauen als Menschen.

Aber auch diejenigen Kinder, die das Glück hatten, das Selbstbestimmungsrecht ihrer Mütter zu überleben, entkommen der Sozialdemokratie nicht. Publikationen der Amadeu Antonio Stiftung könnte man eigentlich getrost vergessen. Doch diese Stiftung wird nicht nur durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert,

(Zuruf von der AfD: Pfui!)

sondern auch protektioniert.

So erhielt auch die jüngst veröffentlichte Handreichung zum Umgang mit Rechtspopulismus und Menschenfeindlichkeit in Kitas mit dem Titel „Ene, mene, muh ...“ den Ritterschlag durch ein umfassendes Vorwort der Familienministerin Frau Dr. Franziska Giffey, SPD, höchstpersönlich.

(Abg. Sascha Binder und Abg. Martin Rivoir SPD: Sehr gute Frau!)

Man kann also davon ausgehen, dass die Ministerin die Broschüre gelesen hat und diese auch inhaltlich unterstützt. Neben dem üblichen Amadeu-Geschwurbel wird in der Broschüre – auch hier: wie fast üblich – von Beispielen für klaren Rechtsextremismus nahtlos zu Rechtspopulisten und Rechten übergeleitet, um dann offen gegen die AfD Stimmung zu machen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! – Weitere Zurufe von der SPD)

Doch damit nicht genug. Die Broschüre ist ein Aufruf zur Gesinnungskontrolle der Eltern. In einem Fallbeispiel wird gezeigt, wie Eltern und ihre Lebensweise überprüft und Korrekturen vorgenommen werden könnten.

(Zuruf von der AfD: Stasi!)

Ein Fall stellt dar, wie Kinder von völkischen Eltern erkannt werden könnten. Mädchen mit Zöpfen, die zu Hause im Haushalt helfen, gehören ebenso dazu

(Abg. Andreas Stoch SPD: Quod erat demonstrandum! – Unruhe)

(Carola Wolle)

wie der sportlich trainierte Junge. Besonders verdächtig: Diese Kinder haben überhaupt keine Probleme mit der Disziplin.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Hört, hört!)

Die Broschüre empfiehlt bei solchen Kindern, die Eltern zum persönlichen Gespräch in die Kita einzuladen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Unglaublich! – Zuruf von der AfD: DDR 2.0!)

Spätestens nach der Lektüre dieser Passage in der Broschüre sucht der Leser nach dem altbekannten Symbol von Hammer und Sichel.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ha! Genau!)

Die „Ene, mene, muh“-Broschüre ist nichts anderes als Gensinnungsschnüffelei nach Stasimanager mit dem Segen der SPD-Familienministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Hier soll der schon im Sozialismus glorifizierte neue Mensch geschaffen werden. Dabei ist der Einfluss der Eltern auf ihre Kinder, so sie nicht systemkonform sind, hinderlich und auszuhebeln.

Doch sollte die Ministerin einen Blick ins Grundgesetz werfen. Artikel 6 bestimmt, dass die Pflege und Erziehung der Kinder das natürliche Recht der Eltern und die zuvorderst ihnen obliegende Pflicht sind und nicht die des Staates oder irgendwelcher Kitas.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Bernd Gögel AfD: Das haben die alles vergessen! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja! Genau!)

Im Übrigen haben Eltern nach Artikel 5 des Grundgesetzes das Recht, ihre Meinung frei zu äußern, auch ihren Kindern gegenüber.

Die Sozialdemokraten rufen derzeit im Chor mit anderen nach dem Verfassungsschutz, um einen politischen Konkurrenten mit unlauteren Mitteln niederzuringen,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Pfui!)

dem sie politisch bereits unterlegen sind.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Doch nehmen Sie es selbst, wie wir gesehen haben, mit der Verfassung nicht so besonders genau. Sie verweigern unborenen Kindern die Menschenwürde, Eltern das Erziehungsrecht und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: So sieht es aus!)

Sie schauen weg, wenn Ihre Antifa-Bodentruppen Gewalt gegen politisch Andersdenkende anwenden wie letzten Sonntag gegenüber dem AfD-Landtagsabgeordneten Stefan Räßle. Er wurde mit einer Bank attackiert. Er hätte getötet werden können. Das muss Ihnen klar sein.

(Zurufe von der SPD – Gegenruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das ist ja wohl eine Frechheit da drüben! Die sind sich für nichts zu schade!)

Hierauf sollte der Verfassungsschutz viel eher ein Auge werfen, will er nicht statt Verfassungsschutz lediglich „Regierungsschutz“ genannt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja, genau! Bravo! „Regierungsschutz“!)

Doch es gibt Hoffnung. Die Wähler, gerade in unserem Bundesland Baden-Württemberg, haben längst begriffen, dass die SPD in guter sozialistischer Tradition nicht die Interessen der Bürger, sondern vor allem die Interessen von abgehobenen, pseudointellektuellen Politikern vertritt.

(Beifall bei der AfD)

Ein Projekt betreibt die SPD jedoch weiterhin erfolgreich: das Absinken auf die Fünfprozenthürde und deren Unterschreitung.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Insofern gilt auch für die SPD:

(Zuruf von der AfD: Wurmfortsatz der Demokratie!)

Ene, mene, muh und raus bist du!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Schöne an freiheitlichen Debatten ist, dass jeder über das spricht, was er für das Land für wichtig hält.

(Abg. Dr. Christina Baum und Abg. Bernd Gögel AfD: Genau!)

Dieses Zitat von Angela Merkel, gerichtet an Frau Weidel, trifft auch die reichlich wirre Themenstellung der AfD für die heutige Debatte.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Die Sachverhalte, auf die sich die AfD bezieht, sind bei näherer Betrachtung wenig aufregend. Die Methode, die sie anwendet –

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ach nee! Das ist eine Unverschämtheit! Mord an Babys! – Abg. Bernd Gögel AfD: Das ist ja unglaublich!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Poreski, einen Moment bitte!

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Unglaublich!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion, ich bitte Sie um mehr Ruhe. – Danke.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Nur wir!)

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Die Methode, die die AfD hier anwendet, ist allerdings alles andere als harmlos. Sie rüttelt an den Grundlagen der westlichen Zivilisation.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das stimmt! Ja!)

Denn diese basiert auf den Werten der Aufklärung.

(Zuruf von der AfD: Das tun Sie doch! – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Die AfD arbeitet nach einem ganz anderen Schema: Sie malt einen Teufel an die Wand, den es nicht gibt, und dann nimmt sie für sich in Anspruch, ebendiesen selbst erfundenen Teufel mit großer Geste auszutreiben.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Unglaublich! Es gibt diese dokumentierten Fälle!)

Das ist nicht nur unseriös, sondern vordemokratisch im Geiste und im Auftreten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Alle demokratischen Parteien haben in der moralisch schwierigen Frage des Schwangerschaftsabbruchs nach langem Ringen eine gesellschaftliche Befriedung erreicht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ein Mythos!)

Es gibt nur eine Frage, die im Moment ernsthaft diskutiert wird, und das ist der § 219 a. Offensichtlich ist es so, dass bereits eine Information darüber, dass eine Ärztin einen Abbruch durchführt, als strafbare Werbung verstanden werden kann. Das ist so nicht gewollt, und deshalb suchen jetzt alle demokratischen Parteien nach rechtlichen Lösungen. Dabei werden verschiedene Wege vorgeschlagen. Diese können Sie für richtig oder für falsch halten. Aber keine demokratische Partei will mehr Abtreibungen. Das zu unterstellen ist schlichtweg unanständig.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Bernd Gögel AfD: Sie haben doch abgestimmt! Sie haben doch einen Beschluss herbeigeführt!)

Nur Sie von der AfD wollen etwas völlig anderes, nämlich den Teufel an die Wand malen.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Lesen Sie die Beschlüsse Ihrer Jusos! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Ihr zweiter Aufhänger für die Debatte ist anscheinend eine von einer Kita ausgehende Plakataktion. Ich weiß nicht, was sich im Detail abgespielt hat, aber eines ist klar: Es gilt der Auftrag unserer Verfassung und des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Unsere Bildungseinrichtungen sind Schulen der Demokratie.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Des Ausspionierens der elterlichen Meinung wie damals in der DDR! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sagt der Richtige!)

Sie sind an dieser Stelle nicht neutral, sondern gefordert, wenn der Boden des Grundgesetzes verlassen wird und wenn demokratiefeindliche Äußerungen getätigt werden. Gegen eine solche Äußerung richtete sich das Spruchbanner der Kita. Darauf stand:

Hitler und der Zweite Weltkrieg von Nazideutschland war kein Vogelschiss in der deutschen Geschichte, sondern ein Verbrechen gegen die Menschheit.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ablenkung ist das! Ablenkung vom Thema!)

Diese demokratische Selbstverständlichkeit als linksideologisch abzustempeln

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Und mit solchen Methoden kommen Sie heute wieder! Die Kinder ausspionieren!)

zeigt, wes Geistes Sie sind.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Wenn Sie Kinder und Familien vor solchen angeblich linksideologischen Einflüssen schützen wollen, dann wird auch deutlich, was Sie von Meinungsfreiheit – Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – verstehen, nämlich nichts.

(Abg. Carola Wolle AfD: Sie verstehen nichts!)

Meinungsfreiheit bedeutet immer auch Meinungsvielfalt.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Da wird es immer auch – hören Sie mir zu – linke und eher rechte Positionen geben. Diese haben Einfluss, und das ist im Rahmen der Verfassung auch gut so. Dagegen wenden Sie sich in Ihrem Titel aber. Sie wenden sich gegen Einfluss, also nicht gegen das Aufzwingen von Meinungen, sondern Sie wenden sich gegen Einfluss. Genau das dürfen Sie in einem pluralen Verfassungsstaat nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Zurufe von der AfD)

Sie wollen Meinungen verbieten, die Ihnen nicht passen, und spielen sich als oberste Richter über „richtige“ und „falsche“ Positionen auf. Man hört es jetzt gerade durch die Zwischenrufe.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Meinungsfreiheit im Parlament!)

Das widerspricht Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

(Zuruf: Genau!)

In § 45 des Sozialgesetzbuchs VIII sowie in Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention steht, worum es bei der Partizipation von Kindern geht: um Beteiligung im Alltag, Beachtung verbaler und nonverbaler kindlicher Beschwerden, Förderung der Selbstwirksamkeit, Umgang mit Grenzverletzung,

(Thomas Poreski)

altersangemessene Beteiligungsformen, Einübung demokratischen Verhaltens, Förderung des Zusammenlebens in einer Solidargemeinschaft.

Es geht darum, Kinder stark zu machen und sie und ihre Rechte zu schützen, damit sie sich in einer offenen Gesellschaft zu Hause fühlen. Denn Kinder werden nicht als Rassisten geboren. Sie haben ein starkes Gerechtigkeitsempfinden, das sie sich bewahren und weiterentwickeln, wenn wir sie von vorn herein ernst nehmen und ihre Rechte achten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Genau in diese Richtung geht auch die von Ihnen grotesk verzerrte Handreichung der Amadeu Antonio Stiftung.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Ich zitiere aus einer Kitakonzeption meiner Heimatstadt Reutlingen:

Im Orientierungsplan für baden-württembergische Kindertageseinrichtungen ist Partizipation ... grundlegend in allen Themenbereichen präsent. Die Aussage des sich selbst bildenden Kindes drückt bereits aus, dass der Bildungsprozess nur mit und nie ohne das Kind gelingen kann. Das Kind ist Akteur seiner Bildungs- und Entwicklungsprozesse und muss an diesen beteiligt sein. Kinder wirken im pädagogischen Alltag bei vielfältigen Entscheidungs-, Planungs- und Durchführungsprozessen mit. In Partizipations- und Aushandlungsprozessen erfahren Kinder dabei auch vielfältige Interaktions- und Kommunikationspartner, die andere Bedürfnisse, Interessen und Ideen haben als sie selbst. Sie erleben zudem im Dialog miteinander, dass ihre Ansichten und Wünsche in vielfältiger Weise gehört und aufgegriffen werden.

So, meine Damen und Herren, funktioniert Demokratiebildung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Inszenierte Teufelsaustreibungen sind das Gegenteil.

(Zuruf: Genau!)

Sie sind der mentale Boden für totalitäres Denken, für Hass und Diktatur. Diese Aufklärung ist wirklich wichtig für unser Land.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der CDU und der SPD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Felder.

Abg. Sylvia Felder CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da muss man schon zweimal hinschauen und ganz langsam lesen. Die AfD-Fraktion meldet folgenden Satz – na ja, ein Satz ist es eigentlich noch nicht mal – als Thema für die heutige Debatte: „Kinder und Familien vor linksideologischen Einflüssen schützen – gegen sozialdemokratische Abtreibungspläne und Gesinnungsprüfungen im Kindergarten“.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Genau! – Sehr gut!)

So weit die – nennen wir es mal so – Wortzusammenstellung.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Da haben Sie mal was Richtiges gesagt!)

– Herr Merz, Sie sind besser still, wenn hier vorn eine Frau steht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das würde ich aber auch sagen! – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das war die nächste Beleidigung, Frau Präsidentin! Sorry! – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das geht gar nicht! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Mäßigen Sie sich! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, Frau Abg. Felder hat das Wort. Ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe. Herr Abg. Dr. Merz, das gilt ganz besonders auch für Sie.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Der wurde doch gerade angegriffen! – Lachen bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Sabine Wölfl SPD: Realitätsverlust der AfD!)

– Herr Abg. Räßle, Sie sind jetzt ruhig.

(Anhaltende Unruhe)

Frau Abg. Felder hat das Wort. Die anderen sind jetzt bitte ruhig.

Abg. Sylvia Felder CDU: Meine Damen und Herren, dieser Titel ist ganz schweres Geschütz. Die Worte Abtreibung, Gesinnungsprüfung und Kindergarten in einem Satz unterzubringen, das ist eine sprachliche Leistung.

(Zurufe von der AfD: Bleiben Sie mal beim ersten! – Fangen Sie mal vorne an!)

Da hat sich wohl jemand Scrabble unter den Weihnachtsbaum gewünscht. 100 Punkte für das AfD-Phrasen-Bingo. Die Halbsätze sind wahrscheinlich beim Plakatmalen übrig geblieben. Nimm ein paar Begriffe, mix etwas, und servier es dann. Der Sinn ist wie immer zweitrangig.

(Lebhafter Widerspruch bei der AfD – Abg. Bernd Gögel AfD: Das Thema lächerlich zu machen ist eine absolute Schande! Den § 218 lächerlich zu machen! Eine Schande! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das ist eine Frechheit! Schämen Sie sich!)

– Ich komme dazu, und ich schäme mich nicht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Gute Rede! Die regen sich auf! – Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Wo ist das C aus Ihrem Parteilogo?)

– Ich komme dazu.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Felder, warten Sie. Einen Moment, Frau Abg. Felder.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was wollen wir denn noch akzeptieren?)

Meine Damen und Herren, vor allem die Abgeordneten der AfD-Fraktion, ich bitte Sie zum letzten Mal um mehr Ruhe.

Herr Abg. Dr. Merz, Sie sind jetzt genügend mit negativen Zwischenrufen aufgefallen. Ich habe das Letzte nicht gehört. Ich werde überprüfen, was ins Protokoll aufgenommen worden ist. Dann werden wir entscheiden, ob im Nachhinein ein Ordnungsruf erteilt wird oder nicht.

Jetzt bitte ich Sie einfach um Ruhe, damit Frau Abg. Felder in ihrer Rede fortfahren kann. – Danke.

(Vereinzel Beifall)

Abg. Sylvia Felder CDU: Der Sinn ist zweitrangig – klar; das wäre sonst ja auch nicht die AfD. Nur: Wo AfD draufsteht, kann kein Inhalt drin sein.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Zur Abwechslung bleiben heute einmal die Begriffe Deutsch, Islam und Fremde in der rechten Garage. Also, heute keine Höchstzahl im AfD-Scrabble.

Im Ernst, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD: Nicht alles, was aus den Echokammern der sozialen Medien zusammengetragen wird, ist auch schon ein politisches Konzept.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und nicht jede schlechte Broschüre mit dem Vorwort einer Bundesministerin taugt zum Skandal. Wir halten fest: Es ist keine geplante Verfassungsänderung, kein Gesetzentwurf, keine Verordnung; es ist eine Broschüre – eine Broschüre für Erzieherinnen und Erzieher, um in kritischen Situationen des Alltags einer Kindertagesstätte Anregungen und Hilfestellung für die eigene Arbeit zu erhalten, mehr nicht.

(Zuruf von der AfD: Ach nein!)

Wir, die CDU-Fraktion, sind jedenfalls nicht bereit, uns an Ihrer Skandalisierung zu beteiligen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Das Beispiel zeigt aber vielleicht auch, dass wir keinen Bedarf an mehr Berlin in der Bildungspolitik haben. Wir halten es für nicht akzeptabel, dass die wertvolle Arbeit, die Erzieherinnen und Erzieher tagtäglich in unseren Kindertageseinrichtungen leisten, derart diskreditiert wird.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Felder, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Sylvia Felder CDU: Nein, ich glaube, die AfD hat genug gesprochen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Parteilos! – Unruhe)

Denn dort, in den Kindertagesstätten, treffen Kinder unterschiedlicher Herkunft zusammen – das passt Ihnen vielleicht nicht, aber es ist so –, dort zeigt sich die Verschiedenheit der jeweiligen Elternhäuser, was Bildung, Erziehungsbild und natürlich auch Beschäftigung mit dem Kind angeht. In der Kita kommt die Lebenswirklichkeit zusammen. Hier erfahren Kinder oftmals die erste Sozialisation.

Die Erzieherinnen und Erzieher sind die tragende Säule unserer frühkindlichen Bildung. Gerade wir in Baden-Württemberg haben diesem frühkindlichen Ansatz ganz besondere Aufmerksamkeit gezollt. Die ersten Lebensjahre sind die prägendsten. Daher ist es völlig legitim, dafür zu sensibilisieren, ob besondere Problemstellungen im Elternhaus erkennbar sind – die dann natürlich auch thematisiert werden müssen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: An den Zöpfen! Wunderbar!)

Die Erzieher und Erzieherinnen vermitteln den Kindern wichtige Werte, fördern gezielt die kognitive und auch die körperliche Entwicklung und legen damit die Bausteine für die frühkindliche Bildung.

Diesen Pädagogen nun aufgrund einer als Informations- und Beratungsangebot gedachten Broschüre vorzuwerfen, sie würden sich für eine linksideologische Gesinnungsprüfung instrumentalisieren lassen, wird weder ihrem Selbstverständnis noch der Bedeutung ihrer Arbeit gerecht. Das ist nur eines: Das ist absurd.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Werte Kolleginnen und Kollegen von der AfD, nur damit Sie mich nicht falsch verstehen:

(Zuruf von der AfD: Oh doch!)

Wir bekennen uns ausdrücklich zur politischen Neutralität in den Kindertageseinrichtungen,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

so, wie wir das im Übrigen auch in unseren Schulen tun.

(Unruhe bei der AfD – Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!)

– Hören Sie zu! – Gleichzeitig umfasst aber der frühkindliche Bildungsauftrag natürlich auch die Aufgabe der Wertevermittlung.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Welcher Werte? – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Der Werte, die Sie vorgeben!)

Dazu gehört zweifellos – ich komme gerade dazu, Herr Merz – ein altersgerechtes vermittelndes Verständnis für Menschenrechte, für Demokratie und – stellen Sie sich vor! – auch für gegenseitigen Respekt.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

(Sylvia Felder)

Lassen Sie mich hinzufügen: Ich habe großes Vertrauen in die Fachlichkeit und das demokratische Selbstverständnis, ja, auch in die geistige Eigenständigkeit der Erzieherinnen und Erzieher in unserem Land. Sie können ganz sicher ohne die künstliche Skandalisierung der AfD die in Rede stehende Broschüre lesen, reflektieren und daraus auch die richtigen Schlüsse ziehen.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Hört, hört! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Die Erzieherinnen. Herr Merz, hören Sie zu. – Ich glaube auch, dass sie es richtig einschätzen – also auch wieder die Erzieher –, wenn etwas nicht stimmt und fragliche Anzeichen thematisiert werden müssen. – So weit, so krude!

(Lachen des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Lassen Sie mich zu den von Ihnen in der Überschrift der Aktuellen Debatte so genannten „sozialdemokratischen Abtreibungsplänen“ kommen – was auch immer Sie damit meinen. Die Jusos haben auf ihrem Bundeskongress gefordert, die §§ 218 und 219 zu streichen. Vermutlich haben Sie davon gehört, weil Sie aus Versehen auf die Homepage der Jusos gelangt sind. Nun, dafür verspüre ich leichtes Verständnis. Man muss ja, um zu erkennen, was die SPD politisch will, mittlerweile bei den Jusos nachschauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bernd Gögel AfD: Der erste gute Satz! – Abg. Andreas Stoch SPD: Schauen Sie mal nach Berlin, wer da arbeitet!)

Die Jusos, also sozusagen der politische Arm der SPD,

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

appellieren auf ihrer Homepage in einem persönlichen Brief – der allerdings ein offener ist, sowohl in der Form als auch im Inhalt – an die Kabinettsmitglieder der SPD in der Bundesregierung und an die SPD-Parlamentarier, das Werbeverbot in § 219 a des Strafgesetzbuchs, wie es heißt, „endlich aufzuheben“. Unterzeichnet ist dieser Aufruf ausschließlich von – zumindest den Vornamen nach – weiblichen Jusos. – Oder sagt man dann „Jusis“?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jusinnen! – Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Jusösen!)

Das heißt: Die Männer im politischen Maschinenraum der SPD haben die Mitwirkung wohl aufgegeben. Das ist nicht nur interessant, das stimmt auch nachdenklich.

Wörtlich steht da:

Die Sozialdemokratie war in ihrer Geschichte immer wieder treibende Kraft im Kampf um die Rechte von Frauen.

So weit, so respektabel. Respektabel! Aber was für ein eingeschränktes Sichtfenster! Nehmen Sie zur Kenntnis: Abtreibung ist kein Frauenrecht.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Danke schön! Sehr gut!)

Da sind auch die Männer beteiligt.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Beate Böhlen und Wilhelm Halder GRÜNE – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wunderbar!)

Mehr noch, meine Damen und Herren: Es geht um das Leben eines Kindes.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Für mich, für uns Christdemokraten ist völlig klar, dass es eine Abschaffung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche nicht geben darf.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Bernd Gögel AfD)

Dieses Verbot ist ein wichtiger Teil des schmerzhaft austarieren Kompromisses zwischen dem Schutz des ungeborenen Lebens auf der einen Seite und der Not ungewollt schwangerer Frauen auf der anderen Seite. Es gehört damit untrennbar zur Beratungslösung des § 218 a. Uns ist wichtig, dass jede schwangere Frau Zugang zu einer guten und wertschätzenden Beratung hat.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Nur dieses vertrauensvolle Gespräch wird der psychischen Belastung gerecht, die ein Schwangerschaftskonflikt für Frauen bedeutet. Ich fürchte aber, dass die gezielte Abschaffung des Werbeverbots ein weiterer Schritt auf dem Weg ist, aus einem Schwangerschaftsabbruch einen ganz normalen medizinischen Eingriff zu machen. Das ist er aber nicht. Wir dürfen nie vergessen, dass Leben beendet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der § 219 a des Strafgesetzbuchs ist nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts integraler Teil des Schutzkonzpts. Der Logik dieser positiven Werbepflicht für das ungeborene Leben entspricht das Werbeverbot für die Abtreibung. Es schützt die Frauen vor manipulierten Informationen durch diejenigen, der mit Abtreibungen Geld verdient. Wir sehen dabei eine ganz besondere Verpflichtung, für die Schwächsten einzutreten, in diesem Fall für das ungeborene Leben. Diese Überzeugung gilt es gerade dann einzulösen, wenn sie infrage gestellt wird.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Sylvia Felder CDU: Der Bundesgesetzgeber wird sich mit dem Thema befassen – ich hoffe, im Sinne eines umfassenden Lebensschutzes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute eine Aktuelle Debatte, bei der die Gegenstände, auf die sich die AfD bezieht, zumindest in Teilen gar nicht so aktuell sind. Wir wollen einmal mit der Broschüre beginnen, auf die Sie in der von Ihnen beantragten

(Sascha Binder)

Aktuellen Debatte Bezug nehmen, eine Broschüre, die bereits seit drei Monaten Gegenstand von Kommentierungen in rechtslastigen Medien ist wie „Halle-Lied“, „Junge Freiheit“, rechte Blogs.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Frankfurter Allgemeine Zeitung! – Zurufe von der AfD, u. a.: Alles, nur nicht der „Vorwärts“, gell?)

– Sie können sich jetzt entscheiden: Wollen Sie mir zuhören, oder wollen Sie es lassen?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sie können ruhig weiterreden!)

Wir sind hier in einer Debatte des Landtags von Baden-Württemberg und in keiner Echokammer der AfD.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb sollten Sie zumindest hier im Parlament den Diskurs führen und dann auch zuhören, was die anderen in diesem Parlament sagen. Ob Sie das dann aufnehmen, ist Ihre Sache, aber zumindest zuhören sollten Sie.

(Zurufe von der AfD)

Sie machen sich in der Bewertung dieser Broschüre gemein mit Rechtsextremen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Oh nee!)

Sie propagieren den Rassismus, indem Sie die Wortwahl von klar Rechtsextremen übernehmen und von „Gesinnungsprüfung im Kindergarten“ sprechen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD)

Es geht in dieser Broschüre darum, dass Erzieherinnen und Erzieher, die mit rechtsextremen Aussagen von Eltern in der Kita konfrontiert werden, Unterstützung im Umgang damit erhalten. Mit Ihrem Titel dieser Aktuellen Debatte stellen Sie sich nicht gegen die Sozialdemokratie und stellen Sie sich nicht gegen die sozialdemokratische Familienministerin, sondern Sie stellen sich gegen die Leistung und die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Die Broschüre stammt aber nicht von den Erzieherinnen und Erziehern, sondern von einer staatlich geförderten Stiftung!)

Es geht um Unterstützung und nicht um Kontrolle. Mit Ihren Diffamierungen stellen Sie sich nicht nur gegen die Erzieherinnen und Erzieher, sondern auch gegen das Kindeswohl.

Wenn Sie auf die Verfassung Bezug nehmen, dann wissen Sie genau, dass es eine Erziehungspartnerschaft zwischen den Bildungseinrichtungen und den Eltern gibt. Wenn, wie Frau Wolle vorhin sagte, bei manchen Anzeichen die Eltern in die Kita geholt und mit ihnen ein Gespräch geführt werden soll, so ist das die tagtägliche Arbeit von Erzieherinnen und Erziehern und ist überhaupt nicht zu diffamieren, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wenn Sie behaupten, diese Handreichung solle dafür sorgen, politische Einstellungen der Eltern zu erfassen

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl!)

und zu kontrollieren, dann lügen Sie, meine Damen und Herren,

(Beifall des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

dann arbeiten Sie mit Missinterpretationen und falschen Zitaten. Wenn hier eine Partei diffamiert und kontrollieren will, dann ist es die Partei, die Lehrerportale ins Internet stellt und damit Personen in den Bildungseinrichtungen unseres Landes diffamieren und kontrollieren will.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Sie haben den Beschluss der Jusos angesprochen. Die Kollegin Felder hat es gerade angesprochen: Es gibt in der Bundesregierung, im Deutschen Bundestag eine Debatte über die Frage des Werbeverbots.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nicht nur, Herr Binder!)

Frau Wolle hat über den Beschluss der Jusos referiert. Ich sage Ihnen ganz offen: Den Beschluss der Jusos halte ich, hält meine Fraktion und hält auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für falsch.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der AfD und der FDP/DVP)

Aber wissen Sie, was der Unterschied zwischen der SPD und der AfD ist?

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Fünfprozenthürde!)

Wir sind in der Lage, falsche Entscheidungen, Handlungen, die aus unserer Sicht nicht richtig sind und durch die mit dem Thema nicht richtig umgegangen wird, auch als solche zu bezeichnen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Herr Binder, wir haben bis jetzt noch nichts gehört! – Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Ihre Jugendorganisation wird seit geraumer Zeit vom Verfassungsschutz überwacht.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Und Ihre muss verboten werden!)

Aber statt dass Sie sich von Ihrer Jugendorganisation distanzieren, unterstützen Sie diese weiter, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Der Abgeordnete Räßle lobt Ihre Jugendorganisation auch noch mit folgendem Zitat:

(Sascha Binder)

Es ist unsere Pflicht,

– so Herr Räßle als Vertreter der AfD –

diese jungen Leute vor den Angriffen und Diffamierungen des linksgrünen, deutschlandhassenden Mainstreams zu schützen. Wir müssen uns als aufrechte und gewaltfreie Patrioten hinter sie stellen, unseren jungen Leuten die nötige Rückendeckung geben und dürfen sie nicht vor lauter Angst dem politischen Gegner und seinen Medien sinnlos zum Fraß vorwerfen!

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Da hat er doch völlig recht!)

Kolleginnen und Kollegen, die Jugendorganisation Junge Alternative Baden-Württemberg wird wegen tatsächlicher Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vom Verfassungsschutz beobachtet.

(Zurufe von der AfD)

Von dieser Jugendorganisation haben Sie sich zu distanzieren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist alles zu diesem Thema gesagt. Wir haben heute, glaube ich, noch Wichtigeres zu tun, nämlich dem Königsrecht des Parlaments gerecht zu werden und über den Haushalt zu beraten.

Sie gestatten mir, dass ich meine verbleibende Redezeit nutze, um aus aktuellem Anlass auch an unsere französischen Freunde zu denken. Wir sind über den Anschlag in Straßburg tief erschüttert

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

und verurteilen diese feige Tat.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Und was ist mit dem Anschlag auf Räßle?)

Unsere Gedanken sind bei den Opfern, unser Mitgefühl gilt ihren Angehörigen. Wir werden unseren französischen Freunden beistehen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns in den zurückliegenden zweieinhalb Jahren immer wieder einmal gefragt, wann die intellektuelle Bodenbildung dessen, was von der AfD-Fraktion kommt, irgendwann einmal erreicht sein könnte.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Wir hatten immer wieder die Hoffnung, jetzt sei dieser Augenblick gekommen.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Aber am heutigen Tag beweisen Sie mal wieder: Es geht immer noch niedriger, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Welche Arroganz! – Abg. Udo Stein AfD: Tolle Argumentation!)

Es sind zwei Dinge, die Sie der SPD vorwerfen, um eine Partei zu verunglimpfen.

Ich habe nun wirklich oft genug Meinungsverschiedenheiten mit der SPD. Aber ich glaube, das eine ist, politische Differenzen zu haben, und das andere ist, den Versuch zu unternehmen, eine Partei als sozusagen völlig aus der Verfassung gefallen zu diskreditieren.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Mit diesem Beschluss, ja!)

– Da rufen Sie „Ja!“ . Das bestätigt genau das, was Sie vorhaben.

Jetzt schauen wir uns an, was Sie da vorgebracht haben. Zum einen geht es um die §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs. Was § 218 anbelangt, gibt es – das hat Kollege Poreski schon ausgeführt – in den demokratischen Parteien des Deutschen Bundestags überhaupt keinen Dissens. Das soll nicht geändert werden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das stimmt nicht!)

Was § 219 anbelangt, gibt es eine politische Debatte. Diese politische Debatte sollte geführt werden. Da kann ich nur an die Adresse der CDU appellieren. Es war im Deutschen Bundestag möglich, ohne Fraktionszwang – denn es handelt sich um eine Gewissensfrage – beim § 218 zu einer Mehrheitsentscheidung von Abgeordneten zu kommen, die ihrem Gewissen gefolgt sind.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Das geht gar nicht! So viele haben gar kein Gewissen!)

Ich würde mir wünschen, dass beim § 219 die CDU einer solchen Lösung nicht entgegensteht.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Dr. Abg. Fiechtner zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn es der weiteren Demaskierung der AfD dient.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Herr Dr. Rülke, es ist erstaunlich, wie schlecht Sie informiert sind. Sie sollten so langsam wissen, dass ich der einzige freie Abgeordnete in diesem Haus bin.

(Lachen)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Hinter Ihnen sitzt noch einer.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das stimmt nicht!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Da täuschen Sie sich auch. Der, der hinter mir sitzt, gehört der AfD an. Wirklich frei bin wahrhaftig nur ich.

Sie haben leider unrecht. § 219 ist momentan Gegenstand der Debatte, und Sie behaupten, § 218 sei gesetzelt.

(Zurufe von der CDU: Frage! – Gegenruf des Abg. Stefan Räßle AfD: Lasst ihn doch mal aussprechen! Wie lange dauert das oft bei euch? – Abg. Nese Eriklı GRÜNE: Das ist keine Frage!)

– Vielleicht seien Sie geduldig, auch aus den Reihen der CDU, die hier gerade ihren Argumentationslimbo abgelegt hat.

(Lachen bei der CDU)

Ist Ihnen entgangen, dass die frauenpolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag die Abschaffung des § 218 gefordert hat und dass die Abschaffung des § 218 Agenda bei der Linken ist? Bei der SPD kommt es über die Jugendorganisation und wird sicherlich auch Bestandteil der großen Politik werden.

Wie stehen Sie dazu, dass von Ihnen propagierte oder postulierte Parteien im Deutschen Bundestag den § 218 in seiner heutigen Form doch infrage stellen?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Fiechtner, wenn es so sein sollte, dass die frauenpolitische Sprecherin der Grünen das fordert, dann distanziere ich mich in aller Form von der frauenpolitischen Sprecherin der Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit bei den Grünen)

Aber ich will Ihnen gern zugestehen, dass Sie sich bei der frauenpolitischen Sprecherin der Grünen deutlich besser auskennen als ich.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Lassen wir es dabei bewenden und kommen zurück zum § 219. Wie gesagt, ich würde mir wünschen, dass der Deutsche Bundestag zu einer freien Gewissensentscheidung aller Abgeordneten kommt.

Was die Jusos angeht, hat der Kollege Binder, glaube ich, das Wesentliche gesagt. Ich sage es auch in aller Deutlichkeit: Einen solchen Beschluss halte ich für verheerend. Mir genügt die Distanzierung vom Kollegen Binder für die SPD-Fraktion von diesem Juso-Beschluss. Ich würde mir allerdings wünschen, dass Sie mit Ihrer Jugendorganisation ähnlich kritisch umgingen – und zwar alle Abgeordneten – und wir nicht solche Äußerungen hörten wie die von Herrn Räßle.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Da sitzen Sie wahrhaft im Glashaus und werfen mit Steinen, wenn Sie von Jugendorganisationen anfangen, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wir fordern keinen Mord!)

– Ja, ja, Sie fordern keinen Mord.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau! – Abg. Sascha Binder SPD: Nur die Umwälzung der Bundesrepublik Deutschland! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wir wehren uns gegen diese Angriffe!)

– Sie können hinterher in der zweiten Runde reden. Sie wären sicher eine gute Ergänzung zu Frau Wolle,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP)

rein äußerlich. Herr Räßle kann das nicht leisten.

(Heiterkeit)

Insofern können Sie gern in der zweiten Runde zu diesem Thema weitere Ausführungen machen.

Ich will jetzt zu der anderen Frage kommen, die Sie angesprochen haben, nämlich zu der Thematik dieser Broschüre. Es ist bemerkenswert, mit welchem Spürsinn Sie solche Themen suchen. Ich darf Ihnen gestehen: Diese Broschüre war mir bis zu dieser Aktuellen Debatte unbekannt. Ich habe sie mir aber im Unterschied zu Ihnen angeschaut und dabei nicht nur bis zu den „Zöpfen“ gelesen, um dann zu dem Ergebnis zu kommen: „Rechtsradikalismus geht einher mit Zöpfen.“ Das ist offensichtlich Ihre Theorie, und am heutigen Tag versuchen Sie das auch äußerlich zu bestätigen.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Dr. Christina Baum: Das ist Ihre Theorie!)

Ich finde es auch bemerkenswert, wie sehr Sie sich identifizieren

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

mit diesem Begriff Rechtsradikalismus. Wenn von Rechtsradikalismus die Rede ist, dann muss sich die AfD wehren.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Wir identifizieren uns mit Deutschland! – Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Identitäre Bewegung!)

Wenn dies nicht der Realität entsprechen würde, dann würden Sie doch gar nicht so aufgeregt reagieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

In der Tat ist schon deutlich geworden: Wenn man diese Broschüre dann weiterliest, kommt man zu einem ganz anderen Ergebnis. Da kommt man beispielsweise zu dem Ergebnis, dass diese Broschüre dazu rät, Kindern von Rechtsextremen dabei zu helfen, nicht ihre Eltern zu denunzieren,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Gegen die Eltern aufhetzen! Das hatten wir schon mal, Herr Rülke! – Zuruf von der AfD: Und Kinder von Linksextremen?)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

auch nicht in die Richtung zu gehen, in dieser Hinsicht irgendwie aktiv zu werden,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Aha!)

sondern da stellt sich die Frage: Wie kann man beispielsweise dabei helfen, dass solche Kinder zu einem Kindergeburtstag einladen können? Beispielsweise wird geraten, dass man, wenn andere sagen: „Mit denen wollen wir nicht spielen; da wollen wir nicht hin“, sie möglicherweise begleitet, oder dass man das Angebot macht, den Kindergeburtstag in der Kita stattfinden zu lassen

(Abg. Martin Rivoir SPD: Bei McDonald's!)

oder wo auch immer.

Also, ich kann daran nichts Verwerfliches finden. Es geht eher um Integration als um Distanzierung von Kindern.

Insofern kann ich sagen: Ich halte diese Broschüre persönlich nicht an jeder Stelle für gelungen, aber Belege für diese Art von Skandalisierung, die Sie da vornehmen, sind nun wirklich nicht erkennbar.

(Zuruf von der AfD: Es geht um den Herausgeber!)

Es ist wie so oft: Sie suchen, wie auch beim Migrationspakt, nach irgendwelchen Belegen für angebliche Weltverschwörungen, um sich als AfD dann vor diesem Hintergrund zu profilieren – weil man Inhalte bei Ihnen vergeblich sucht, meine Damen und Herren. Deshalb kommen Sie immer wieder auf diese Tour.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palka zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bitte schön – wenn es der weiteren Demaskierung der AfD dient.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das hatten wir schon mal! – Zuruf von der AfD: Das wiederholt sich gerade!)

Oder gehört der auch nicht dazu?

(Heiterkeit bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der SPD und der CDU)

Abg. Thomas Axel Palka AfD: Doch, Herr Dr. Rülke, ich gehöre dazu. – Nur eine Frage: Wie erkennt man eigentlich die rechtsextremen Kinder im Kindergarten? An den Zöpfen? Können Sie mir das bitte erklären? Ich weiß nicht, wie ich die erkenne.

(Unruhe)

Sie sagten gerade in Ihrer Rede, die soll man bekannt machen, da soll man aufklären. Aber wie erkennt man diese Kinder?

(Zurufe, u. a. Abg. Martin Rivoir SPD: An den weißen Haaren! – Unruhe)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, ich habe nicht davon gesprochen – Sie dürfen sich gern wieder hinsetzen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Abg. Thomas Axel Palka AfD: Nein, ich bleibe stehen.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie können auch gern stehen bleiben.

(Heiterkeit)

Wir führen aber keinen Dialog – damit das klar ist –,

(Abg. Thomas Axel Palka AfD: Das weiß ich!)

sondern ich beantworte Ihre Frage. Ich habe nicht davon gesprochen, dass man sie erkennt, sondern in dieser Broschüre ist davon die Rede, dass möglicherweise andere Kinder Vorbehalte haben, aufgrund von Verhaltensweisen oder weshalb immer, und sich dann schwertun im Umgang mit diesen Kindern,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: „Weshalb auch immer“!)

und man ihnen dabei helfen möchte, weil man diese Kinder nicht ausgrenzen will. Darum geht es an dieser Stelle in dieser Broschüre. Ich würde Ihnen raten, das mal nachzulesen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sie haben nicht geantwortet!)

Abschließend noch mal der Hinweis: Ich bin weiß Gott nicht immer einer Meinung mit der SPD. Aber was diesen Debatentitel betrifft und die Art und Weise, wie Sie fortgesetzt über diese Partei reden,

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

will ich Ihnen nur eines sagen, meine Damen und Herren: Schauen Sie mal 80 Jahre in unserer Geschichte zurück. Damals saßen die Vorgänger dieser Abgeordneten im KZ,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das waren andere!)

weil sie gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt haben,

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

und die geistigen Vorläufer von Leuten wie Herrn Räßle sind im Stechschritt durch das Brandenburger Tor marschiert. So war es nämlich in Deutschland!

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf: Bravo! – Abg. Stefan Räßle AfD: Ich fordere einen Ordnungsruf für den Kollegen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Sie fordern jetzt gar nichts. Sie sind jetzt erst mal ruhig.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das war eine persönliche Beleidigung und keine Kollektivbeleidigung! Das ist viel schlimmer! Skandal! – Weitere Zurufe von der AfD)

(Präsidentin Muhterem Aras)

– Herr Abg. Räßple, einen Moment bitte.

(Abg. Stefan Räßple AfD: Das muss ich mir nicht sagen lassen, so was! – Gegenruf von der SPD: Doch!
– Abg. Nese Erikli GRÜNE: Das ist die Wahrheit! –
Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

Meine Damen und Herren – –

(Anhaltende Unruhe)

Ich bitte Sie um Ruhe. – Herr Abg. Räßple, Sie haben sich für eine persönliche Erklärung gemeldet. Sie können nachher eine persönliche Erklärung abgeben.

Jetzt bin ich dran, Herr Abg. Baron. – Wir fahren in der Debatte fort.

(Abg. Stefan Räßple AfD: Kein Ordnungsruf? Das ist ein Skandal!)

– Herr Abg. Räßple, ein letzter Zwischenruf, eine letzte Bemerkung, und Sie fliegen raus!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Genau!)

Für die Landesregierung – –

(Abg. Stefan Räßple AfD: Das ist eine Unglaublichkeit!)

– Herr Abg. Räßple, Sie sind damit für heute von der Sitzung ausgeschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Stefan Räßple AfD: Das ist eine Verleumdung!)

– Sie verlassen jetzt die Sitzung!

(Abg. Stefan Räßple AfD: Nein, ich bleibe hier! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Herr Abg. Räßple – –

(Abg. Stefan Räßple AfD: Ich habe Rechte als Abgeordneter! Sie handeln verfassungswidrig, Frau Präsidentin! – Abg. Andreas Stoch SPD: Saaldiener! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Gögel sitzt da und lacht! Unterbrechen und rausführen!)

Herr Abg. Räßple, wir haben eine Geschäftsordnung. Danach können Sie sich gern später dagegen wehren. Aber jetzt gilt auf jeden Fall: Sie sind von der Sitzung ausgeschlossen. Ich bitte Sie, den Saal zu verlassen. Ansonsten ist die Sitzung erst einmal unterbrochen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wir machen erst weiter, wenn Sie draußen sind.

(Zuruf von der AfD: Skandal! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Saaldienst und Polizei anrufen! Herr Fraktionsvorsitzender, wie wär's: Kommen Sie Ihren Pflichten nach! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Bleiben Sie mal ruhig! Und gehen Sie gegen die ungerechte Behandlung vor! Das ist Ihre Aufgabe!)

(Unterbrechung der Sitzung: 9:57 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 10:06 Uhr)

(Die Abgeordneten der AfD haben den Plenarsaal verlassen.)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Sitzung fort. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, und bitte um Ruhe.

Meine Damen und Herren, laut § 92 Absatz 1 letzter Satz der Geschäftsordnung ist der Abgeordnete Räßple damit ohne Weiteres für die nächsten drei Sitzungstage von der Sitzung ausgeschlossen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Sabine Wölfle SPD: Sehr gut! – Abg. Stefan Herre AfD: Einspruch! Das kann doch nicht sein!)

In der Aktuellen Debatte erteile ich das Wort für die Landesregierung Herrn Minister Lucha.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Also, ich kenne keine sozialdemokratischen Abtreibungspläne. Ich kenne überhaupt keine Partei, die Abtreibungspläne hätte. Es erschließt sich – das haben viele meiner Vorrednerinnen und Vorredner auch festgestellt – kein Zusammenhang mit vermeintlich linksideologischen Einflüssen, vor denen man Familien oder Kinder – im Kontext des Titels der Aktuellen Debatte – irgendwie schützen müsste.

Ihre gedanklichen Verknüpfungen bei dem Thema der Aktuellen Debatte ergeben keinerlei Sinn. Eigentlich muss man darauf auch gar nicht weiter eingehen. Ich glaube, Sie haben ja gezeigt, dass es vermutlich doch wieder um eine Inszenierung ging, und das ist Ihnen geglückt.

Ich würde doch sagen, meine Damen und Herren, dass wir uns einmal die Sachverhalte anschauen. Meine Vorredner, Herr Poreski und andere, haben zur Frage der Schwangerschaftsabbrüche Stellung genommen. Wir haben einen Konsens in den demokratischen Parteien, wie wir mit dem Schwangerschaftskonflikt umgehen, dass wir Frauen in Konfliktsituationen umfassend beraten.

Ich möchte Sie an dieser Stelle kurz informieren.

Es gab im Jahr 2015 in Baden-Württemberg 62 995 qualifizierte Beratungen und 9 559 Abbrüche. Im Jahr 2016 gab es 68 285 qualifizierte Beratungen und 8 537 Abbrüche. Sie sehen, es gab einen Rückgang der Zahl der Abbrüche im Land bei einer gestiegenen Zahl qualifizierter Beratungen. Sie sehen, dass Baden-Württemberg seine Aufgabe, Frauen in Kon-

(Minister Manfred Lucha)

fliktsituationen, ihre Familien, ihre Angehörigen, ihr soziales Umfeld zu beraten, sehr ernst nimmt und hier sehr individuell beraten wird. Von Abtreibungsplänen kann da keine Rede sein.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Lucha, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Ja.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Vielen Dank, Herr Minister. – Ich hatte vor Kurzem eine Kleine Anfrage zur Zahl der Schwangerschaftsabbrüche, der vorgeburtlichen Kindstötungen, gestellt. Ich hatte dort auch die Frage gestellt, wie viele medizinische Prozeduren, die unter der großen Überschrift „Ausschabungen und Ähnliches“ laufen, bei Frauen im Alter von 20 bis 50 Jahren in Baden-Württemberg durchgeführt wurden. Denn es gibt den begründeten Verdacht, dass unter dieser Überschrift in Wahrheit auch vorgeburtliche Kindstötungen vorgenommen werden. Haben Sie mittlerweile Zahlen zu diesem Sachverhalt?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrter Herr Abg. Fiechtner, wie wir Ihnen ja auch schon mitgeteilt haben, können wir die Indikationen bei den Abrechnungen feststellen. Aber die Motive der Indikationen, die medizinisch sind, wenn Ausschabungen stattfinden, gibt es natürlich nicht in der Vorerhebung. Aber ich glaube, dass wir bei unserer Umsetzung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes tatsächlich einen sehr hohen Standard haben.

Im Übrigen ist Baden-Württemberg das Bundesland, das rückläufige Abtreibungszahlen hat, weil wir alle gemeinsam die Beratung ernst nehmen, weil wir auch Projekte wie STÄRKE und andere Projekte der Frühen Hilfen für Familien begleiten, und weil wir natürlich auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Das alles sind Mosaikbausteine, die zeigen, dass wir Menschen in schwierigen Lebenslagen ernst nehmen, dass wir sie nicht in irgendeiner Weise in eine Ecke stellen, sondern solidarisch begleiten.

Auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor linksideologischen Ideen und einer vermeintlichen Gesinnungsprüfung brauchen wir jetzt nicht einzugehen. Sie haben die Broschüren ja angesprochen und auch das, was in Mannheim in dem Kindergarten – im Übrigen mit Einverständnis der Eltern – Thema war. Mannheim wird das Ganze dienst- und fachrechtlich prüfen, hat der Oberbürgermeister gesagt.

Jetzt ist ja von der AfD niemand mehr anwesend. Selbst in einem hohen Maß mit einer sehr giftigen Wortwahl einzusteigen und dann selbst keine Kritik auszuhalten, das ist kein demokratischer Diskurs. Sie haben das ja angesprochen. Wir haben immer mal wieder Debatten, aber wir werden natürlich den Anstand, den der Diskurs gebietet, nie verlassen. Und am Ende haben wir in wesentlichen gesellschaftlichen Fragen auch immer konsensuale Prozesse hinbekommen. In diesem Stil werden wir auch weiterhin vorgehen.

Natürlich hat sich – Herr Rülke, Sie haben recht – die SPD, auch wenn ich selbst einer anderen Partei angehöre, um die-

se moderne Demokratie größte Verdienste erworben; die kann kein Mensch kleinreden.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU)

Natürlich benötigen wir sie im Diskurs, im Wettbewerb der Ideen demokratischer Parteien. Darum sind wir da. Liebe CDU, wir machen das ja genauso.

Jetzt sind die Adressaten der Ansprache weg. Ich möchte nur zwei Sätze sagen. Ich glaube, wir haben uns gemeinsam auch in der Koalition auf Information, Prävention und Aufklärung im Umgang mit extremistischen Tendenzen, mit der Gefährdung, mit einer Verführbarkeit jedweder Art – ob religiös bedingt, ob links- oder rechtsextremistisch – geeinigt. Unsere beste Prävention und unser bester Beitrag ist doch, dass wir jeden Tag für eine tolerante und offene Gesellschaft eintreten und uns immer wieder zu den Vorzügen der offenen Gesellschaft bekennen, einer Gesellschaft, in der jeder seine Freiheitsrechte so leben kann, dass er den Nächsten nicht gefährdet, aber auch vom Staat in seiner Meinungsbildung und in seiner Teilhabe geschützt ist.

Baden-Württemberg macht das mit einer äußerst effektiven Integrations- und Antidiskriminierungsarbeit. Nicht zuletzt haben wir aufgrund des Beschlusses im Koalitionsvertrag die landesweite Antidiskriminierungsstelle eingerichtet. Wir haben im Zukunftsplan und im „Masterplan Jugend“ enorm viele Präventionsaufgaben, wo wir junge Menschen befähigen, sich selbst eine Meinung zu bilden, kritisch abzuwägen – wie es auch Kollege Poreski und andere gesagt haben –, sich eigenständig entwickeln zu können, einen kritischen Geist zu entwickeln und in dieser Gesellschaft auch mitmachen zu können, Teilhabechancen zu haben. Das ist doch unser Gesellschaftsbild. Wir verunglimpfen nicht irgendwelche Gruppen aufgrund ihrer Religion, ihres Äußeren, sondern ganz im Gegenteil: Wir stärken jeden Einzelnen, jedes einzelne Kind und jeden einzelnen Jugendlichen, damit sie sich in dieser offenen, demokratischen Gesellschaft einbringen können.

Auf diesem Weg arbeiten wir, glaube ich, alle gemeinsam – die demokratischen Kräfte, die noch hier sitzen – weiter. Wir lassen uns aber auch diese offene Gesellschaft nicht kleinreden, meine Damen und Herren. Ich glaube, es ist eine gewisse Betroffenheit eingekehrt, weil der abstruse Titel dieser Aktuellen Debatte dazu geführt hat, dass sich die AfD wieder als Opfer stilisiert. Menschen, die in ihrem Denken totalitarismusegefährdet sind, tun das sehr gern. Ich sage einmal: im Austeilen Weltmeister, im Einstecken nicht einmal Kreismeister. Das ist natürlich nicht politischer Diskurs. Politischer Diskurs ist, dialektisch Meinung und Gegenmeinung gegenüberzustellen und sich dann eine Meinung zu bilden, die mehrheitsfähig ist. Das ist hier nicht gewünscht. Das zeigte auch gerade der Auszug.

Meine Damen und Herren, wir, die wir jetzt hier im Saal übrig geblieben sind, nehmen als Opposition und Regierung die Verantwortung für die Menschen in dieser Gesellschaft wahr, die offene Gesellschaft gegen Extremismus jedweder Form zu verteidigen, vor allem junge Menschen resilient zu machen, ihnen Teilhabe- und Verwirklichungschancen zu bieten – mit Schulen gegen Rassismus und anderen Maßnahmen, die wir mit dem Landesjugendring, mit Kirchengemeinden, mit vie-

(Minister Manfred Lucha)

len Partnerinnen und Partnern der Zivilgesellschaft, des Sports, der Kultur vielfältig fördern. Das ist eine vielfältige und lebenswerte Gesellschaft. Das ist das vielfältige und erfolgreiche Baden-Württemberg, meine Damen und Herren. Wir stehen doch gemeinsam dafür, dass das so bleibt, und dafür arbeiten wir jeden Tag.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Die Abgeordneten der AfD betreten den Plenarsaal.)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die AfD-Fraktion Herrn Abg. Klos.

(Zuruf: Jetzt kommen sie wieder! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herbert Wehner hat gesagt: „Wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen“!)

Abg. Rüdiger Klos AfD: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Rülke, für Ihre Worte hätten Sie mindestens einen Ordnungsruf kassieren müssen – um das einmal ganz klar zu sagen, Frau Präsidentin.

(Beifall bei der AfD)

Das war eine Ungeheuerlichkeit, die Sie sich hier erlaubt haben.

Herr Abg. Poreski, Sie haben bewiesen, dass es bei den Grünen immer noch tiefer geht, dass Sie es gut finden,

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Wovon reden Sie eigentlich?)

dass Kindergärtnerinnen Kinder, die kaum laufen können, vielleicht anderthalb Jahre alt sind, nicht lesen und schreiben können, aus dem Kinderhort herausholen, auf die Straße führen, vor meinem Informationsstand aufbauen. Dass die Kindergärtnerinnen denen dann Zettel in die Hand drücken, obwohl die Kinder noch nicht einmal lesen und schreiben können,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

das finden Sie gut. Das ist das Letzte. Schämen Sie sich, Herr Poreski!

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Zuruf von den Grünen: Sie sollten sich schämen! – Zuruf der Abg. Carola Wolle AfD)

Ich sage Ihnen noch eines, Herr Dr. Rülke: Ernst Achenbach, Heinrich Alef, Joachim Angermeyer, Albrecht Aschoff, Hermann Berg, Richard Burckardt, Rolf Dahlgrün – Sie wissen, wofür diese Namen stehen.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Bernd Gögel AfD: Sind die durch das Brandenburger Tor marschiert? – Gegenruf des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ja, vor 80 Jahren! – Zuruf von der AfD: FDP-Mitglieder!)

Präsidentin Muhterem Aras: Wird in der zweiten Runde das Wort gewünscht? Herr Abg. Poreski hätte noch Redezeit. – Dann für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Poreski.

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Herr Klos, ich kenne den Vorgang im Einzelnen nicht, aber eines ist klar: Sie hätten ohne Weiteres mit den Menschen in Kontakt treten und vielleicht sagen können, dass das, wogegen sie protestieren, vielleicht auch Ihre Meinung ist, dass es eben kein „Vogelschiss“ in der Geschichte ist. Aber genau das haben Sie nicht gemacht.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Rüdiger Klos AfD: Unfassbar!)

Die Zwischenrufe und auch ihre Reden haben eines genau bestätigt. Das Schema, nach dem Sie operieren, ist: Sie malen diffamierend einen Teufel an die Wand, den es nicht gibt; dann nehmen Sie für sich in Anspruch, ebendiesen erfundenen Teufel mit großer Geste auszutreiben. Dieses Schema ist nicht nur unseriös und vordemokratisch,

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Wir benennen unbequeme Themen!)

sondern genau das Schema, nach dem jede totalitäre Strömung operiert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Was für ein Unsinn!)

Die Jugend ist in freiheitlicher demokratischer Gesinnung zu erziehen – so steht es in Artikel 12 unserer Landesverfassung. Es ist Kern der frühkindlichen Bildung, Kinder zu stärken, zu ermutigen und demokratisch zu bilden.

Herr Palka – ich sehe ihn nicht – hat vorhin gefragt: „Was tun, wenn ein Kind in der Kita Hakenkreuze zeichnet und zu Hause gesagt wird, dies sei etwas Gutes?“ Was tun, wie damit umgehen, wenn Erzieherinnen oder Eltern vor Kindern in der Kita flüchtlingsfeindliche oder rassistische Aussagen treffen? Auch dazu muss man sich verhalten, dazu gibt es Handreichungen. Dass Sie sich darüber empören, ist mir schon klar; denn für Vielfalt und Demokratie haben Sie offensichtlich nicht viel übrig – dafür für ganz anderes.

Die AfD-Jugend Baden-Württemberg – deren Vorstand jetzt zurückgetreten ist – hat die verfassungsfeindlichen Bestrebungen in dieser Organisation ausdrücklich bestätigt. Dazu kam von Ihnen nichts.

Herr Fiechtner, ich habe versucht, das zu googeln. – Herr Fiechtner ist nicht mehr da.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Doch, ich bin da!)

– Okay. – Diese Aussage zu § 218 war nirgends zu finden. Wahrscheinlich sind Sie da auch wieder Fake News auf den Leim gegangen. Aber das ist nicht das Entscheidende.

Kinder sind

... auf verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Gesellschaft im Geist der Verständigung, des Friedens, der Toleranz, der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Freundschaft zwischen allen Völkern und ethnischen, nationalen und religiösen Gruppierungen sowie zu Urwohnern vorzubereiten;

(Thomas Poreski)

Das besagt Artikel 29 Absatz 1 Buchstabe d der UN-Kinderrechtskonvention. Und ich sage Ihnen eines: Mit Erzieherinnen und Lehrkräften, die das couragiert praktizieren, ist mir um die Zukunft unseres Landes nicht bange.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich Herrn Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Ein Tiefpunkt der Debatte am heutigen Vormittag: Zweierlei Maß zerstört jegliches Recht.

(Beifall bei der AfD – Abg. Stefan Herre AfD: So ist es! Bravo!)

„Unsere Familienpolitik ist genauso: laut und fordernd“ – mit so einem Spruch ging die SPD in den Bundestagswahlkampf. Es gab viele vollmundige Versprechen, die Familie zu unterstützen, sodass sich viele fragten: Wie soll man das alles bezahlen? Jetzt haben wir die Antwort. Die SPD-Jugendorganisation gibt die Antwort: einfach genügend ungeborene Kinder töten, dann bleibt für die Überlebenden mehr Geld übrig.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ist das ein Antrag zur Wiederaufnahme in die AfD?)

Der Parteinachwuchs, die Jusos, sozusagen die Zukunft der SPD, fordert nicht nur die Legalisierung der vorgeburtlichen Kindstötung – was manche „Abtreibung“ nennen – innerhalb der ersten zwölf Wochen, sondern eine generelle Legalisierung bis zum letzten Tag. Übrigens sind sie damit einig mit den Linken, manchen der Grünen – überhaupt dem ganzen linkssozialistischen Block, der ja von der Genderdebatte her die Freigabe der vorgeburtlichen Kindstötung als vermeintliches Frauenrecht fordert.

(Widerspruch bei der SPD)

Dann wird halt das Kind zerfetzt. Das Kind liegt im Mutterleib, dann kommt eine Zange, reißt ein Bein heraus, reißt dann das nächste heraus – wir wissen nicht, ob es wehtut; der Fötus kann ja nicht schreien –,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Geschmacklos!)

dann wird der Leib zerfetzt, der Kopf wird zerdrückt, das Gehirn wird abgesaugt. Sagen Sie das mal schwangeren Frauen, die planen, ihr Kind wegzumachen. Beschreiben Sie ihnen genau das, diesen grausamen, ekligen, verachtenswerten Akt – gegen jede Menschlichkeit.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Gleichzeitig fordern Sie die Einführung der Kinderrechte. Der Geburtskanal scheint bei der SPD also eine Art magischer Verwandlungsapparat zu sein, der einen Zellhaufen beim Austritt auf einmal in ein Wesen voller Rechte verwandelt.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: So ist es!)

Als Christ, Behinderter und Arzt bin ich klar gegen diese Barbarei. Ab der 24. Schwangerschaftswoche ist ein Kind sogar überlebensfähig für sich selbst. Für die Nichteltern: Eine Schwangerschaft dauert 40 Wochen. Ich selbst musste schon einmal einen Schwangerschaftsabbruch in der 22. Woche vornehmen, um das Leben der Frau zu retten. Es war einer der schlimmsten Tage in meinem Leben – ein Leben dem Tod aussetzen, damit ein anderes überleben kann.

Mögen sich die Frauen endlich wieder ihres wahren Wertes bewusst werden. Sie sind die Träger des Lebens. Sexualität, Liebe und Leben, auch der Fortbestand des Menschseins hängen eng zusammen. Befreien Sie sich vom Diktat der Verfügbarkeit, schütteln Sie das Joch der Medikamente ab. Mit dem einen Mann der Liebe werden Sie Kinder der Liebe gebären. Dort sind Kindstötungen völlig überflüssig.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den Grünen: Ich finde so was echt unerträglich! 2018!)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich erteile Herrn Abg. Dr. Gedeon das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Fiechtner, das war sehr gut, was Sie gesagt haben. Das Thema ist der ideologische Tabubruch der Jusos, der Jugendorganisation der SPD, dass man in die §-219-Diskussion, womit das offensichtlich nichts zu tun hat, die §-218-Diskussion eingeführt und gefordert hat, was immer wieder betont worden ist: Abtreibung bis zur Geburt. Das ist ein ideologischer Skandal, typisch für die Linken. Man lanciert das, man bricht das Tabu, und bei der nächsten Gelegenheit kommt es wieder hoch. Anstatt sich zu empören, stimmen die CDU und die anderen Parteien noch in diese infame demagogische Taktik ein.

Noch wichtiger für die heutige Diskussion ist meines Erachtens der demokratische Skandal, der heute initiiert wird. Daran ist nicht Herr Räßle schuld, daran sind Sie, Frau Aras, schuld.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Das geht auch nicht!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, Moment!

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Es ist ein Skandal, wie Sie hier die Sitzung führen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon – –

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Sie führen sich wie eine Oberlehrerin auf. Wir schaffen doch nicht den Autoritarismus in der Schule ab, damit wir ihn im Parlament wieder einführen. Es geht hier – –

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Die Präsidentin wird im Plenum nicht kritisiert! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Mikrofon abdrehen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon – –

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ja, bitte schön.

Präsidentin Muhterem Aras: Dafür bekommen Sie erst einmal einen Ordnungsruf. Und wenn Sie weitermachen, werden auch Sie von der Sitzung ausgeschlossen.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Sie können mir fünf Ordnungsrufe erteilen. Das interessiert mich nicht. Sie boykottieren hier Demokratie.

(Zurufe)

Das ist nicht Demokratie à la Deutschland, das ist Demokratie à la Türkei, was Sie hier machen. Es geht nicht um die Geschäftsordnung, meine Damen und Herren.

(Zurufe, u. a.: Mikrofon abschalten! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon – Schalten Sie bitte das Mikrofon ab.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Es geht um demokratische Grundrechte des Parlamentariers.

(Das Mikrofon des Redners wird abgeschaltet.)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Gedeon, Sie bekommen einen zweiten Ordnungsruf.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: So können Sie ein Parlament in Anatolien führen, aber nicht in Deutschland! – Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] verlässt das Redepult und begibt sich zu seinem Abgeordnetenplatz. – Lebhaftes Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Raus mit ihm! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das geht gar nicht! – Gegenruf des Abg. Stefan Herre AfD: Nicht so laut schreien, Herr Gall!)

– Moment, Herr Abg. Dr. Gedeon. Wir haben eine Geschäftsordnung. Dort ist genau geregelt,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau!)

was hier Normen und Formen sind und was auch Anstand ist. Kritik an der Präsidentin ist hier jedenfalls nicht erlaubt. Sie können dies gern über die AfD im Präsidium beraten, aber hier nicht.

Sie haben den zweiten Ordnungsruf kassiert. Dieses „in Anatolien“ ist diskriminierend.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Das geht gar nicht. Dafür werden Sie von der Sitzung ausgeschlossen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ich bitte Sie, den Saal zu verlassen. – Danke schön.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Das ist ein türkisches Parlament! Das stelle ich fest! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Den Rassismus können Sie einpacken! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Moment, er geht nicht! Sollen wir wieder die Polizei rufen? – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist die AfD! – Abg. Bernd Gögel AfD: Herr Rülke, für Sie hätten wir die Polizei heute Morgen auch schon gebraucht! Sie haben das provoziert! – Abg.

Stefan Herre AfD: Herr Rülke, Sie müssen den Mund halten! Sie müssen gar nichts sagen! Sie hätten genauso rausmüssen! Unverschämt! Sie hätten genauso gehen können! – Weitere Zurufe – Lebhaftes Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ruhe. – Herr Abg. Dr. Gedeon, ich bitte Sie jetzt, den Saal zu verlassen. Tun Sie dies nicht, werde ich die Sitzung kurz unterbrechen. Sie werden dann von den Saaldienern hinausgebracht. Ich bitte Sie einfach, den Sitzungssaal zu verlassen.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Ein Skandal, was Sie hier machen, Frau Aras! Sie machen das Parlament kaputt! – Gegenruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nein, Sie machen das Parlament kaputt und sonst niemand! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Herr Abg. Dr. Gedeon, ich bitte Sie zum letzten Mal, den Saal zu verlassen. Andernfalls werden Sie von einem Saaldienstler hinausbegleitet, und Sie sind für weitere drei Sitzungstage ausgeschlossen, wenn Sie jetzt nicht gehen.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] bleibt auf seinem Platz sitzen. – Präsidentin Muhterem Aras verlässt ihren Platz.)

(Unterbrechung der Sitzung: 10:30 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 10:33 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, wir fahren fort.

Auch für Herrn Abg. Dr. Gedeon gilt § 92 Absatz 1 der Geschäftsordnung, letzter Satz:

Der Abgeordnete ist damit ohne Weiteres für die nächsten drei Sitzungstage von der Sitzung ausgeschlossen; ...

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wir sind noch bei Tagesordnungspunkt 1. Jetzt habe ich noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Binder. Er hat auch noch Redezeit.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir gerade miterlebt haben, ist keine Glanzstunde dieses Parlaments. Man hat sich in diesem Parlament an Regeln zu halten, und im Rahmen dieser Regeln müssen wir Argumente austauschen.

(Abg. Udo Stein AfD: Die Regeln sollten für alle gelten!)

Das, was wir gerade erlebt haben, ist nicht das, was in ein Parlament gehört.

Deshalb sage ich Ihnen von der AfD eines: Wenn Sie hier eine Aktuelle Debatte beantragen und während Ihrer eigenen Aktuellen Debatte den Saal verlassen, um ihn dann wieder zu

(Sascha Binder)

betreten, um selbst wieder das Wort zu ergreifen, dann ist das, Kolleginnen und Kollegen, kein demokratischer Vorgang. Das hat in diesem Parlament nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Udo Stein AfD: Nachdem man sich hier auf das Übelste beleidigen lassen muss! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wer so mit demokratischen Grundwerten umgeht, hat nicht verstanden, wie Demokratie funktioniert. Das ist nämlich der Austausch von Argumenten

(Zurufe von der AfD)

und nicht das Davonlaufen, wenn man die Argumente nicht hören kann und nicht hören will.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, den Grünen, der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Punkt 1 unserer Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

a) Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19 – Drucksache 16/5100

Beschlussempfehlungen und Berichte des Ausschusses für Finanzen – Drucksachen 16/5260, 16/5261

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

b) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Kindertagesbetreuungsgesetzes – Drucksache 16/5111

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/5262

Berichterstatter: Abg. Tobias Wald

c) Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 20. November 2018 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2018 bis 2022 – Drucksachen 16/5213, 16/5263

Berichterstatter: Abg. Karl Klein

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von insgesamt zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Aussprache erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Walker.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir jetzt wieder über relevante Themen der Landespolitik diskutieren können.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Mit diesem Nachtragshaushalt investieren wir noch einmal zielgerichtet in die wichtigsten Zukunftsaufgaben unseres Landes. Das größte Investitionspaket geht an die Kommunen: insgesamt 1,6 Milliarden €, davon 1 Milliarde € vom Land, die in Integration und Inklusion investiert werden, in den Bus- und Bahnverkehr und in die Modernisierung der Krankenhäuser.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir nehmen vor allem für eine bessere Kinderbetreuung, eine bessere Ausstattung und eine Modernisierung der Schulen viel Geld in die Hand. Während in Berlin vor drei Jahren nach der Ankündigung, es solle Digitalisierungsmittel geben – die berühmten Wanka-Milliarden –, immer noch diskutiert wurde, haben wir in diesem Nachtragshaushalt dafür gesorgt, dass die nötigsten Mittel drin sind und auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass wir die Mittel schnell aus Berlin abrufen können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

An dieser Stelle und nach den Ereignissen in der vergangenen Woche muss man schon noch einmal feststellen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der FDP/DVP: Vor Ihren vollmundigen Worten in dieser Debatte zu diesem Thema hätten Sie vielleicht doch lieber einmal mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Landesparlamenten telefonieren oder sprechen sollen. Dann wären Sie vielleicht auch darauf gekommen, dass der von der Bundesregierung vorgeschlagene Weg eben nicht im Interesse der Länder liegt.

(Beifall bei den Grünen)

Darüber hinaus lagen Sie einfach falsch mit Ihrer Behauptung, unser Ministerpräsident würde mit seiner Haltung allein auf weiter Flur stehen. Das Gegenteil ist der Fall. Er hat sich nicht beirren lassen, er steht klar zu seinen Grundprinzipien des Föderalismus, und er hat sich mit dieser Haltung durchgesetzt: 16 : 0, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Herr Stoch, Sie haben gesagt, der Herr Ministerpräsident leide vielleicht unter Verschwörungstheorien. Sie werden ja wohl nicht im Ernst behaupten, dass 16 Ministerpräsidenten Anhänger von Verschwörungstheorien seien.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Die teilen auch nicht Herrn Kretschmanns Meinung!)

Was Sie als Landesparlamentarier dagegen haben, dass die Länder finanziell so ausgestattet werden, dass sie die erforderlichen Aufgaben selbst tätigen können, das müssen Sie nachher vielleicht noch einmal erklären.

(Thekla Walker)

Der Bund hat sich bis dato also als unfähig erwiesen, schnell die wichtigen Mittel in die Fläche des Landes zu bringen. Drei Jahre ist es her. Selbst wenn man vor drei Jahren Schnecken losgeschickt hätte, wären diese inzwischen schon in Stuttgart angekommen. So viel zum Tempo der Bundesregierung.

Daher ist die Haltung des Ministerpräsidenten richtig. Wir können uns solche Hängepartien in Zukunft nicht mehr leisten. Der Bund soll den Ländern die notwendigen Mittel über die Umsatzsteuer zukommen lassen. Wir investieren zielgerichtet. Das ist der Weg, den wir gehen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Walker, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stoch zu?

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Nein.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Oh!)

Meine Damen und Herren, wir haben nicht nur kräftig in die Zukunft des Landes investiert, wir haben auch wieder in großem Ausmaß Schulden getilgt. 1,25 Milliarden € Kreditmarktschulden werden getilgt, und wir reduzieren den Sanierungstau bei Brücken, Straßen und Landesliegenschaften.

Aber auch bei diesen Beratungen des Landeshaushalts liegen uns nun wieder die Anträge der Opposition vor, genau dies nicht zu tun. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP, wenn es nach Ihnen ginge, würden wir ausschließlich Kreditmarktschulden tilgen – keinen Cent für den Abbau des Sanierungstaus, keinen Cent für den kommunalen Sanierungsfonds, keinen Cent für den Versorgungsfonds oder die Rücklagen für die künftigen Pensionslasten.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Walker, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Sckerl zu? – Nein, das war nichts; eine Falschmeldung. Sorry. – Machen Sie bitte weiter, Frau Abg. Walker.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Eine Zwischenfrage des Herrn Sckerl, das glaube ich nicht!)

– Nein, nein. Alles gut.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Ich glaube kaum, dass Uli Sckerl eine Zwischenfrage stellen wollte.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Gesichtsausdruck ließ darauf schließen!)

Die Uhr läuft weiter.

Präsidentin Muhterem Aras: Fahren Sie bitte fort. – Ja, ich habe es im Griff.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Die Anträge, die Sie gestellt haben – Kreditmarktschuldentilgung; ich habe es vorhin ausgeführt –, sind nicht neu. Aber es ist schon erstaunlich, dass Sie nach all den Debatten, die wir geführt haben, immer wieder die gleichen Anträge herausziehen, die angesichts niedriger Zinsen – das haben wir auch schon oft wiederholt – auch ökonomisch völlig unvernünftig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Es wäre wirklich interessant, von Ihnen zu hören, wie Sie denn den Kommunen dabei helfen wollen, wie Sie die Kommunen unterstützen wollen, den Sanierungstau abzubauen. Dazu liegen mir von der FDP/DVP keine Anträge vor.

Auch die Sparvorschläge, die Sie wieder vorbringen, beinhalten keine neuen Ideen. Sie wiederholen immer wieder das Gleiche: Die Stellen in der Umweltverwaltung sollen abgebaut werden, die Nationalparkverwaltung soll ausgetrocknet werden. Einmal abgesehen davon, dass ein solches personalwirtschaftliches Harakiri überhaupt nicht umsetzbar wäre, stünden die minimalen Beträge, die dabei eingespart würden, in gar keinem Verhältnis zu den Investitionen, die wir hier im Land tätigen müssen und die es zu finanzieren gilt.

Eine andere große Weichenstellung, die im Blick auf die Schuldenbremse, die wir ja in der Landesverfassung verankern wollen, notwendig ist, ist die Ablösung der Nettokreditermächtigungen. Das ist kein einfaches Thema – ganz klar, schwer zu erklären. Aber es geht hierbei um 1,5 Milliarden €, die wir abgelöst haben. Das ist notwendig, um die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Darüber haben Sie kein Wort verloren, dazu haben Sie keine Anträge gestellt. Sie haben diesen Punkt einfach ignoriert – genauso wie übrigens die Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Wie bitte?)

– Die Nettokreditermächtigungen, Herr Hofelich.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Jetzt will die SPD hier noch – das möchte ich an dieser Stelle auch aufgreifen – ein Volksbegehren zur Abschaffung der Kitagebühren starten. Das ist aus unserer Sicht schon angesichts der Tatsache, dass es immer noch viele Eltern gibt, die überhaupt keinen Kitaplatz haben, die völlig falsche Priorität –

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

und schon gar nicht gerecht, solange das der Fall ist. Wir müssen die Qualität der frühkindlichen Bildung weiter verbessern,

(Zuruf von den Grünen: Richtig!)

wir müssen mehr Geld in die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher stecken, wir müssen grundsätzlich etwas zur Aufwertung dieses Berufs tun, damit sich mehr junge Männer und Frauen dafür entscheiden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und wir müssen Familien entlasten!)

Solange das nicht realisiert ist, ist dieser Weg falsch, und wir brauchen keine Beitragsfreiheit nach dem Gießkannenprinzip, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Bildung muss kostenfrei sein!)

– Hat keine Priorität.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ach so! Bei den Grünen, richtig!)

– Die Qualität hat Priorität. – Die AfD hat, wie immer, die üblichen Finanzierungsvorschläge gebracht: Abschaffung der politischen Bildung,

(Abg. Klaus Dürr AfD: Das stimmt nicht!)

(Thekla Walker)

Ausgaben für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, die in den Kommunen sind,

(Abg. Klaus Dürr AfD: Präzise sein!)

streichen – als ob die sich in Luft auflösen könnten; völlig daneben.

(Zuruf von der AfD)

Hinzu kommt alles, was ich einmal unter die Überschrift „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ stellen würde, und natürlich alles – Ihre Haltung ist, denke ich, auch in der Debatte heute Morgen wieder klar geworden –, was mit dem Thema Gleichstellung zu tun hat. Wen wundert das, wenn Sie in Ihren Reihen Abgeordnete haben, die sagen, dass die Quote angeblich nur – ich zitiere – „dummen, faulen, hässlichen und widerwärtigen Frauen“ nutzt.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Und wie geht der Satz weiter?)

Damit haben Sie alles über sich selbst und Ihr Frauenbild ausgesagt. Das ist an Respektlosigkeit und Widerwärtigkeit nicht zu überbieten.

(Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Walker, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Merz zu?

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Nein.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wäre ja noch schöner!)

Franz Untersteller hat es gesagt, und ich sage es Ihnen heute auch: Diese Äußerungen sind für einen Vertreter des Landtags von Baden-Württemberg schlicht inakzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, wir investieren mit diesem Nachtragshaushalt zielgerichtet in die Zukunft des Landes: Forschung und Entwicklung, künstliche Intelligenz, Wohnungsbau, nachhaltige Mobilität, noch einmal 100 Millionen € in das Paket zur Luftreinhaltung, das bereits in allen Punkten in der Umsetzung ist. Wir haben 6 Milliarden € Schulden getilgt. Wir investieren zielgerichtet, und die Schuldenuhr läuft zum ersten Mal in der Geschichte des Landes rückwärts.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Mit diesem Nachtragshaushalt sind wir für die Zukunft des Landes in allen relevanten Themen gut gestellt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wald.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz an Adam Smith erinnern, den Begründer der Nationalökonomie. Wer

an ihn denkt, dem fällt gewiss der Ausdruck „unsichtbare Hand“ ein. Diese unsichtbare Hand ist natürlich nur ein Bild. Er meinte, dass sich die Wirtschaft über Angebot und Nachfrage selbst regle.

Heute wissen wir jedoch, dass Politik den Rahmen setzen muss, dass Politik steuernd und lenkend tätig werden muss, dass Politik gestalten muss. Das konnte Adam Smith, der 1790 starb, damals natürlich noch nicht wissen. Doch Adam Smith sah schon vor mehr als 200 Jahren mit eindeutiger Schärfe, was in der heutigen Zeit noch gilt. Ich darf zitieren:

Die Politik der öffentlichen Verschuldung hat nach und nach jeden Staat geschwächt, der sich ihrer bedient hat.

Adam Smith hatte recht: Öffentliche Verschuldung schwächt den Staat nach und nach, ein schleichender Prozess, der sich in steigenden Lasten durch Zins und Tilgung manifestiert.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Ja, es ist gewiss richtig, dass wir in Zukunft nur noch in besonderen Notsituationen Kredite aufnehmen dürfen, um zielgerichtet zu investieren – der Schuldenbremse sei Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Gern wiederhole ich, was ich bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts gesagt habe: Für mich geht ein Traum in Erfüllung. Zum ersten Mal seit 50 Jahren zahlt das Land Kreditmarktschulden zurück.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Damit haben wir in dieser Legislaturperiode gemeinsam den Weg in eine generationengerechte, nachhaltige Finanzpolitik geebnet. Wir schaffen damit Zukunft. Damit schaffen wir Freiräume. Damit gestalten wir.

Natürlich höre ich schon wieder Kritik, beispielsweise von der SPD und von der FDP, wir hätten noch mehr tilgen sollen.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Aber natürlich rufe ich Ihnen zu: Sie hätten ja beginnen können.

Wir machen solide Finanzpolitik, und zwar nicht um des Sparens willen, sondern wir wissen, dass wir nicht ständig mehr ausgeben dürfen, als wir einnehmen. Dies zerrüttet letztlich die Basis unseres Wohlstands.

Sehr geehrte Damen und Herren, deshalb ist unser Kurs eine Wohltat für das Land.

(Zuruf der Abg. Sabine Wölfe SPD)

Wir bauen Schulden ab und investieren gleichzeitig auf gesellschaftspolitisch wichtigen Zukunftsfeldern. Zwei Beispiele möchte ich hervorheben.

Damit Baden-Württemberg das Innovationsland Nummer 1 bleibt, setzen wir einen Schwerpunkt in der Förderung der künstlichen Intelligenz. Wir dürfen im internationalen Wettbewerb nicht ins Hintertreffen geraten. Die Globalisierung

(Tobias Wald)

setzt uns unter Druck. Wir müssen unseren Standort sichern; das ist die Grundlage unseres Wohlstands.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ein zweites Beispiel: Das Automobil hat bei uns eine Heimat. Das muss so bleiben, und damit das so bleibt, geben wir im Nachtragshaushalt dafür noch einmal Geld – viel Geld, meine Damen und Herren. Wir sichern damit Zukunft, wir sichern damit Arbeitsplätze, wir sichern damit den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt.

Apropos Zusammenhalt: Für die Qualität der Kinderbetreuung nehmen wir auch wieder richtig viel Geld in die Hand. Ab 2019 wird sich die Förderung der Kindergärten schrittweise von aktuell 529 Millionen € auf über 1 Milliarde € verdoppeln. Für den Pakt für gute Bildung und Betreuung legen wir 80 Millionen € pro Jahr strukturell auf.

(Abg. Daniel Born SPD: Nachdem Sie ewig verhandelt hatten!)

Kinder sind unsere Zukunft; das weiß jeder. Aber wir handeln auch – im Gegensatz zu jenen, die sich nur mit populistischem Geschrei hervortun. Ihnen rufe ich zu: Schämen Sie sich! Schämen Sie sich für Ihre tatsächlich beschämende und erbärmliche Propaganda, auch in den sogenannten sozialen Medien. Sie verzerren die Wirklichkeit, Sie emotionalisieren, Sie wiegeln auf. Sie legen Feuer im Gewand des Biedermanns.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Belege!)

Hier im Parlament agieren Sie mit völlig untauglichen Anträgen,

(Abg. Anton Baron AfD: Beispiele?)

auch in der Haushaltspolitik.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Beweise!)

Es ist richtig – um bei diesem Themenfeld zu bleiben –: Wir müssen in der Flüchtlingspolitik nachsteuern.

(Zuruf des Abg. Udo Stein AfD)

Denn wir stehen bei diesem Themenfeld weiterhin vor einer großen Herausforderung. Den Aufgaben und Problemen muss man sich konstruktiv stellen, und das tun wir. Deshalb geben wir beispielsweise den Kommunen viel Geld, einen dreistelligen Millionenbetrag. Wir unterstützen unsere Kommunen und lassen sie nicht im Regen stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Und ja, wir schaffen mit diesem Nachtrag weitere 130 neue Stellen für Asylverfahren. Warum? Weil wir eine zügige Bearbeitung wollen,

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Grenzen schließen! Das ist billiger!)

weil das gesamtgesellschaftlich wichtig ist und weil das dem Frieden in unserem Land dient.

Die innere Sicherheit, das Recht: Ja, wir wollen eine wirkungsvolle Arbeit von Polizei und Justiz. Wo es notwendig ist, steuern wir selbstverständlich nach, auch mit diesem Nachtragshaushalt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

So sorgen wir für weitere qualitative Verbesserungen. Wir werden zusätzliche Überstunden unserer Polizistinnen und Polizisten vergüten; wir richten einen „Sonderstab gefährliche Ausländer“ ein und schaffen neue Stellen beim Landeskriminalamt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Zudem wird es einen neuen Staatsschutzsenat am Oberlandesgericht in Stuttgart geben.

Sie sehen, die CDU-Landtagsfraktion macht eine solide Finanz- und Haushaltspolitik, die ins Schwarze trifft.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ins Schwarze treffen, das ist immer gut! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Nie war grüner Applaus so berechtigt!)

Ob bei der Digitalisierung, bei den Kitas, den Schulen, bei Wirtschaft oder Wohnungsbau: Wir sind die treibende Kraft, und das wird so bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein Beispiel ist der in dieser Legislaturperiode aufgelegte kommunale Sanierungsfonds. Wir von der CDU sind kommunal stark verwurzelt; deshalb wissen wir, wo der Schuh drückt. Wir wissen, wo gehandelt werden muss, und wir wissen, wo die Hilfe des Landes benötigt wird. So geben wir über 600 Millionen € für die Modernisierung von Schulen und Straßen und für den ÖPNV in den Kommunen unseres Landes aus – und noch viel mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Denn Land und Kommunen Hand in Hand – nur so können wir die Herausforderungen meistern, auch im Wohnungsbau. So war es für uns, die CDU-Fraktion, auch wichtig, dass wir mit diesem Nachtragshaushalt weitere Fördermittel in die kommunale Wasserwirtschaft geben – ein für uns sehr wichtiges Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch auf ein Thema näher eingehen: Wir beschließen heute mit einem Antrag die künftige Rückgabe der NS-Raubkunst. Damit ist es unserer Landesregierung möglich, nach Entscheidung des Kabinetts betroffene Kunstobjekte in die Hände der rechtmäßigen Eigentümer zu geben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte unterstützen Sie diesen wichtigen Antrag.

Ich komme zum Schluss. Ich möchte noch einmal auf die zentralen Punkte hinweisen: Mit diesem Nachtragshaushalt tilgen wir Kreditmarktschulden in Höhe von 1,25 Milliarden €.

(Tobias Wald)

Des Weiteren bauen wir die Gesamtverschuldung um mehr als 6 Milliarden € ab. Wir schaffen mit diesem Haushalt eine historische Trendwende. Trotzdem investieren wir in wichtige Zukunftsfelder und sorgen für den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Deshalb, um auch mit Adam Smith zu schließen: Ein Lob wäre uns gewiss.

Aber ich möchte auch den Steuerzahlern danken, die schließlich dafür Sorge tragen, dass es unserem Land gut geht, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, die immer gut arbeiten, sodass auch wir gute Arbeit leisten können, sowie meinen Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, namentlich Frau Walker, und dem Finanzministerium für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Podeswa.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Auch nach den Beratungen im Finanzausschuss ist der Nachtragshaushalt unverändert ein Ausgabenhaushalt: 53,4 Milliarden €. Auch nach Abzug der Nettokreditmarktschuldentilgung ist das eine Steigerung von über 11 %. Ein Ausgabenhaushalt, der fünfmal stärker ansteigt als die Wirtschaftsleistung des Landes, kann offensichtlich nicht nachhaltig sein, kann Nachhaltigkeitskriterien offensichtlich nicht erfüllen und ist den Bürgern des Landes Baden-Württemberg gegenüber verantwortungslos.

(Beifall bei der AfD)

Noch viel bedenklicher als dieser Ausgabenrausch der Landesregierung sind allerdings in der Einschätzung der AfD-Fraktion die im Staatshaushalt begründeten zusätzlichen und langfristigen Milliardenbelastungen für Personalausgaben. Hatte sich die Regierung in den letzten Jahren noch zu den vom Landesrechnungshof geforderten Stelleneinsparverpflichtungen bekannt, sind diese ersatzlos gestrichen worden. Zusammen mit den schon im Haushalt genehmigten zusätzlichen Stellen und den im Nachtragshaushalt nun vorgesehenen zusätzlichen Stellen will die Landesregierung den Stellenplan um über 3 500 Stellen erhöhen. Auch bei einer nur geringfügig rückläufigen Konjunktur werden diese unverantwortlichen Steigerungen der Personalkosten die finanziellen Handlungsspielräume der Landesregierung in den kommenden Jahren extrem einschränken.

Es ist auch keine akademische Bildung erforderlich, um zu wissen, dass diese völlig falsche Weichenstellung die Landesregierung bei einer Rezession in eine Staatshaushaltskrise führen muss. Die AfD-Fraktion beantragt vor diesem Hintergrund die Wiedereinsetzung der Stelleneinsparverpflichtung und eine Streichung des geplanten Stellenaufwuchses.

(Beifall bei der AfD)

Unbestritten notwendige zusätzliche Stellen, beispielsweise bei den Verwaltungsgerichten, sind durch Stelleneinsparungen zu kompensieren.

Eine über die Erhöhung der Tilgung von Kreditmarktschulden, die Zuweisungen an die Städte und Landkreise und in den Versorgungsfonds hinausgehende Ausweitung des Landeshaushalts ist unverantwortlich und wird von uns grundsätzlich abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Regierungsfractionen haben sich in den Beratungen im Finanzausschuss mit über 40 Anträgen ihren eigenen Nachtragshaushalt noch einmal aufgehübscht und auch noch jede noch so ideologische oder absurde Idee mit Geld bedacht.

(Beifall der Abg. Carola Wolle AfD)

Darüber hinaus dürfte jedem hier Anwesenden klar sein, dass die Landesregierung, wenn der Nachtragshaushalt heute verabschiedet wird, in den verbleibenden sieben Arbeitstagen keine Milliardenbeträge sinnvoll ausgeben kann und dies natürlich auch nicht beabsichtigt.

Die weitere Aufblähung des Staatshaushalts dient nur dazu, die Haushaltsreste zu erhöhen und Schattenhaushalte zu befördern, bei denen zumindest die Gefahr besteht, dass sie sich der parlamentarischen Kontrolle und damit auch der öffentlichen Kontrolle entziehen.

Vor dem Hintergrund des hier vorgelegten Nachtragshaushalts entwickle ich dann auch immer mehr Verständnis dafür, dass der Finanzausschuss des Landtags eine Informationsreise nach Griechenland plant.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Wir werden schon sehr bald die Erfahrungen, die wir in Griechenland gemacht haben, hier dringend benötigen.

(Beifall bei der AfD)

Nachdem die hier versammelten Kartellparteien

(Oh-Rufe)

am Austausch demokratischer Argumente nicht besonders interessiert sind – ich habe auch in Ihren Vorreden überwiegend Behauptungen und keine Fakten gehört –, möchte ich mich hier darauf beschränken, nur kurz zusammenzufassen, was die AfD-Fraktion an Änderungsvorschlägen zum Staatshaushalt unterbreitet hat.

Insgesamt wurden 46 Änderungsanträge über insgesamt 1,6 Milliarden € eingebracht und damit Mittel im Staatshaushalt umgeschichtet, die der Entlastung der Bürger, der Zukunftssicherung des Wirtschaftsstandorts, der Verbesserung der inneren Sicherheit und der Erhöhung der Kreditmarktschuldentilgung dienen sollten. Dabei legte die AfD-Fraktion ein vollständig gegenfinanziertes Haushaltskonzept vor. Die Bürger sollen um über 1 Milliarde € entlastet werden, was angesichts der unfassbar guten Haushaltslage nicht nur eine Frage souveränen Regierungshandelns ist, sondern auch eine Frage der Anständigkeit den Bürgern gegenüber.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

(Dr. Rainer Podeswa)

Wir brauchen keine zusätzlichen Mittel für Wohnraumförderung. Warum brauchen wir keine zusätzlichen Mittel für Wohnraumförderung? Weil wir schon in den vergangenen Jahren und auch in diesem Jahr die zur Verfügung stehenden Mittel angesichts des unveränderten Baubooms gar nicht ausgeben konnten. Zusätzliche Mittel werden nur die Preise oder die Haushaltsreste erhöhen.

Was wir vor diesem Hintergrund eingebracht haben, ist eine Reduzierung des Grunderwerbsteuersatzes von 5 % auf 3,5 %, welche im Übrigen in der Anhörung von allen relevanten öffentlichen Gruppen gutgeheißen wurde –

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die Landratsämter sagen nichts? Die Städte, Kommunen und Landkreise haben es abgelehnt!)

dies unter der Voraussetzung, dass den Kommunen der vollständige finanzielle Ausgleich für die dadurch eintretende Minderung der Einnahmen der Kommunen gewährt wird,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Städtetag, Gemeindetag, Landkreistag!)

was in den AfD-Haushaltsänderungsvorschlägen berücksichtigt wurde.

Dass die Reduzierung der Grunderwerbsteuer und damit die Erleichterung des Erwerbs von Wohneigentum eine positive Auswirkung auf den Wohnungsmarkt haben wird, ist selbstverständlich.

Darüber hinaus wollen wir z. B. 311 Millionen € für die Förderung der Digitalisierung, für den Aufbau der Breitbandnetzinfrastruktur im ländlichen Raum bereitstellen. Wir haben gerade in Baden-Württemberg mit unserer mittelständisch geprägten Industrie, mit unseren vielen Hidden Champions in der Fläche das Problem, dass es eben nicht reicht, sich nur in Sonntagsreden darüber zu freuen. Vielmehr darf der Bürger mit Recht erwarten, dass die Landesregierung die Grundvoraussetzungen dafür schafft, dass diese Weltmarktführer, die eben nicht in Stuttgart sitzen, sondern in der Fläche, auch zukünftig die Grundlagen dafür haben, weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben.

(Beifall bei der AfD)

Wer einen Haushalt um 2,9 Milliarden € aufbläht und dann davon nur 24 Millionen € für die innere Sicherheit vorsieht – 0,8 % –,

(Abg. Carola Wolle AfD: In dieser Situation!)

„muss unter einer Glasglocke leben und die Realität nicht mehr zur Kenntnis nehmen“. Das sagt der Landeschef der Gewerkschaft der Polizei, Herr Kusterer, und das ist eine wunderbare Zusammenfassung der Einschätzungswerte der AfD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die AfD-Fraktion hat vor diesem Hintergrund in ihren Anträgen zusätzliche Mittel bereitgestellt für die Ausrüstung der Polizei, für den Ausbau der Polizeischulen, für die Schaffung zusätzlicher Abschiebehaftplätze,

(Beifall der Abg. Carola Wolle AfD)

von denen Baden-Württemberg überhaupt nur 30 hat. Wenn 80 % der Abschiebungsversuche scheitern, ist das dem Bürger nicht zu vermitteln, und er darf mit Recht erwarten, dass das Innenministerium handelt. Das hat es jetzt aber bereits im dritten Jahr nicht. Aus grün-ideologischen Gründen werden damit die Institutionen des Landes der Lächerlichkeit preisgegeben.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD fordert eine Stärkung des Petitionsausschusses, kostenneutral durch die Abschaffung des Bürgerbeauftragten. Die Bürger des Landes Baden-Württemberg haben 143 Bürgerbeauftragte gewählt. Diese sitzen hier und heißen Abgeordnete. Da brauchen wir nicht noch einen mehr.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion wird den Nachtragshaushalt ablehnen und konsequenterweise natürlich auch die darauf basierende mittelfristige Finanzplanung.

Die AfD-Fraktion wird dem Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Kindertagesbetreuungsgesetzes zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

Abg. Peter Hofelich SPD: Liebe Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ein alter Charmeur!)

Schon vor der Verabschiedung des Nachtragshaushalts, der – so über Monate hinweg die Finanzministerin –, wenn es denn überhaupt einen geben sollte, nur das gesetzlich Gebotene und unabdingbar Nötige abbilden soll – eine Ergänzung zu unserem Doppelhaushalt, der pro Jahr ein Volumen von 50 Milliarden € aufweist –, der, so der Fraktionsvorsitzende der Grünen, kein „Wünsch dir was“ bedeuten könne,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

eines Planwerks für unser Land, das, so die regierungsamtlichen schriftlichen Begründungen, vor allem den erreichten Ergebnissen in der Gemeinsamen Finanzkommission von Kommunen und Land gewidmet sei, nehmen wir zur Kenntnis, dass die grün-schwarzen Bekundungen und Maximen in ihr fast groteskes Gegenteil verkehrt wurden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Der Nachtragshaushalt ist unabdingbar, er platzt finanziell aus allen Nähten und geht weit über den notwendigen Zweck eines Nachtrags hinaus. Herr Kretschmann, Frau Sitzmann und Grün-Schwarz haben wieder einmal auf Fassade statt auf Klarheit gesetzt, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD)

(Peter Hofelich)

Mit Nebel geht es gleich weiter. Die Bühne wird hier gleich zum Marketing in Richtung Berlin genutzt. Es wird behauptet, es gebe eine 16:0-Mehrheit, die dem Ministerpräsident zu verdanken sei. Frau Walker weiß nicht, dass wir Fernsehen schauen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gelegentlich!)

Der Grund war, Frau Walker, dass hier eine Koalition im Negativen erreicht wurde, nämlich da, wo es um die Kofinanzierung, die kurzfristig eingebrachte Kofinanzierung durch die Länder ging. Es ging nicht darum, dass es plötzlich Fans der Haltung des Ministerpräsidenten gab.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: So sieht es aus!)

Ich finde sowieso, dass wir wirklich einmal ernsthaft über die Kooperationsfähigkeit des stolzen Südweststaats in Berlin reden müssen, darüber, welche Koalition wir wirklich mit dieser Regierung zustande bringen. Das ist eine interessante Frage.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Genau! So ist es!)

Ich bin einmal gespannt, wie die Südachse, die ja gepflegt wurde, funktioniert. Ich erinnere mich daran, dass der jetzige bayerische Ministerpräsident hier von jemand anderem „Map-pus im Quadrat“ genannt wurde. Tolle Zusammenarbeit! Darauf freue ich mich schon.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abg. Thekla Walker GRÜNE)

Hier ist wieder viel Fassade. Deswegen kann ich Ihnen nur sagen: Bleiben Sie ruhig mit dem, was Sie hier einbringen. Sie werden Ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht.

Es gibt aber auch noch etwas Zweites. Dieser Haushalt soll wie jeder Haushalt auch Ausdruck dafür sein – Königsrecht des Parlaments, Herr Wald, darauf legen Sie immer Wert –, dass man partnerschaftlich miteinander umgeht. Das ist etwas, was nicht gerade unwichtig ist.

Vor einer oder zwei Wochen stand hier noch jemand, der gesagt hat: „Ich kämpfe für Ihre Rechte.“ Ja, beim Finanzausgleichsgesetz, bei der Vorwegentnahme, die die Kommunen betrifft, da kann man nach oben gehen, tolle Kooperationsfähigkeit zeigen, toll für die Rechte der Kommunen kämpfen.

Was die Wanka-Milliarden angeht, will ich nur eines sagen: Abgesehen davon, dass Frau Wanka bei Ihnen einmal Mitglied war oder auch noch ist – man kann sich auch einmal mit dem Koalitionspartner direkt unterhalten –: Die Wanka-Milliarden dürfen nicht dazu dienen, dass wir hier einen Ministerpräsidenten haben, der selbst in seinem eigenen Revier passiv ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Deswegen: Was Stil und Prozedere dieses Nachtragshaushalts angeht – zum Inhalt kommen wir gleich –, kann ich in Kon-

cretisierung der Dialektfachkonferenz vom vergangenen Freitag nur sagen: „Pfeifadeckel“.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

– Der Ministerpräsident merkt, dass jemand anders auch Schwäbisch kann. „Pfeifadeckel“ heißt: „von wegen“.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist auch verstanden worden!)

– Ja, aber er hat mürrisch geschaut; der Monarch hat mürrisch geschaut. Hier vorn spricht einer, und da hat er mürrisch geschaut: „Was sagt denn dieser Mensch da?“ Worte und Wirklichkeit klaffen eben bei Grün-Schwarz weit auseinander.

(Abg. Tobias Wald CDU: Sie waren doch mal Staatssekretär unter ihm!)

Nachdem schon in der Einbringung durch die Regierung ein hohes, neu beantragtes Volumen von 3 Milliarden € pro Jahr veranschlagt wurde, sind jetzt noch 134 Änderungsanträge dazugekommen, davon sage und schreibe 49 Änderungsanträge von den Koalitionsfraktionen – falls ich richtig mitgezählt habe –, die im Ausschuss natürlich erwartungsgemäß durchgewinkt wurden, von deren Mehrzahl aber niemand wirklich sagen kann, warum sie nicht schon im Regierungsentwurf eingearbeitet waren;

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es! Exakt! – Abg. Tobias Wald CDU: Weil wir ein selbstbewusstes Parlament sind, Herr Kollege!)

alles für einen bloßen Nachtrag, so ungewöhnlich viele Änderungen – und in der Einreichung übrigens so kurzfristig, Herr Kollege Wald, zudem im Zweck offenkundig mehrfach keine nachträglichen parlamentarischen Initiativen, sondern Heftpflasterle für exekutive Versäumnisse in der Haushaltsaufstellung,

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: So sieht es aus! Politinszenierung nennt man das!)

sodass sogar unsere leistungsfähige Landtagsverwaltung mit einer Mail des Direktors – in der es hieß, irgendwann gehe es auch um die Fürsorgepflicht für die Beschäftigten – die weiße Flagge gehisst hat.

Dazu gibt es null Bereitschaft der Fraktionen von Grünen und CDU wie auch der Ressorts, über auch noch so kleine und sinnvolle Anträge der Opposition überhaupt nur zu debattieren. Ich erwähne die Stützung notleidender regionaler Sender über die LFK. Alle sehen dies als notwendig an, die Regierung zögert wegen 5 Millionen €. Warum eigentlich, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD)

Die verlässliche Zuschussgewährung für unsere Feuerwehr: Statt eines nun vorgesehenen jährlichen Abzugs von 1 Million €, der bei Feuerwehren und Bürgermeistern Vertrauen zerstört, wäre ein anderes Signal notwendig gewesen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

(Peter Hofelich)

Aufgrund des offenkundigen Bedarfs angesichts dramatisch rückgehender Schwimmbefähigungen der Kinder ein Investitionsprogramm „Modernisierte Schwimmbäder“ einzurichten wäre ein gutes Signal von diesem Haushalt gewesen. Warum eigentlich nicht?

(Beifall bei der SPD)

Das ist alles dringlich, alles machbar, alles fraktionsübergreifend sinnvoll, viel mehr als manches, was in Ihren 49 Änderungsanträgen drinsteht. Das wurde alles abgelehnt. Das ist der Stil. Schade!

(Beifall bei der SPD und des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP)

In der Mitte der Legislaturperiode hat sich in der Landespolitik ein Arbeitsstil entwickelt, der alles andere als Diskurs und Auseinandersetzung, geschweige denn Kompromiss ist; es ist eher Arroganz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Hofelich, lassen Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abg. Klenk zu?

(Zuruf: „Zwischenbemerkung“!)

Abg. Peter Hofelich SPD: Aus reiner Freundschaft.

(Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Ihre Motivlage spielt keine Rolle dabei!)

Abg. Wilfried Klenk CDU: Lieber Kollege Hofelich, Sie haben mich im Finanzausschuss zu Recht gefragt, ob die Absenkung der Feuerschutzsteuer aus grundsätzlichen Erwägungen stattfindet oder ob man eine Kürzung vornehmen will. Ich denke, ich habe Ihnen das damals richtig beantwortet. Deshalb bin ich etwas verwundert, dass Sie es heute in dieser Form noch einmal vortragen.

Abg. Peter Hofelich SPD: Das mag so sein, Herr Kollege, aber es ist so, dass für uns in der Abwägung der Haushaltssituation diese 1 Million € jederzeit aus dem Haushaltsvolumen heraus finanzierbar ist.

(Beifall bei der SPD)

Dazu kommen übrigens noch falsche Nacherzählungen. Frau Sitzmann suggeriert, dass erst im grün geführten Finanzministerium der Dreiklang aus Konsolidieren, Sanieren und Investieren die Devise war. Das ist falsch, meine Damen und Herren. Herr Schwarz behauptet, dass die implizite Verschuldung erst unter grüner Finanzverantwortung abgebaut wurde. Das ist falsch, Herr Schwarz.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Warum sind Sie dann dagegen? – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist zu vielschichtig!)

– Es ist wieder Advent, Sie kommen schnell mit den Hallelujas, ich weiß.

(Heiterkeit – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Erklären Sie es mir! Warum sind Sie dagegen, Herr Hofelich?)

– Ich bin nicht dagegen. Die implizite Verschuldung wird schon länger abgebaut; das wollte ich Ihnen sagen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie muss klar definiert sein!)

Wir haben Ihnen übrigens einen Vorschlag vorgelegt, aber darüber reden wir hier gar nicht.

Damit die Schuldenuhr wieder zurückgeht, Frau Walker, mussten Vorarbeiten geleistet werden. In diese Vorarbeiten sind uns manche mit der Nachricht hineingeplatzt, dass man 11 000 Lehrerstellen in diesem Land abbauen müsste.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Ja!)

Deswegen: Vorher beiseitestehen und jetzt die Früchte einsammeln, das ist überschwach; das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gut!)

Dazu kommen Versäumnisse. Welcher Teufel hat Sie eigentlich geritten, den eigentlichen Anlass des Nachtragshaushalts überhaupt bestehen zu lassen, nämlich die in jedem Fall anstehenden Einigungen in der Gemeinsamen Finanzkommission mit Städten, Gemeinden und Landkreisen?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ein Jahr nichts passiert!)

Herr Kretschmann und Frau Sitzmann, im Südweststaat, dem Bundesland der kommunalen Selbstverwaltung, kann man zwischen Land und Kommunen hart verhandeln. Man kann aber keine taktische Fassade um ihrer selbst oder grüner Machtdemonstration willen aufbauen, bei der am Ende fast dasselbe zugestandene Ergebnis herauskommt, wie es ein Dreivierteljahr vorher auch möglich gewesen wäre, aber leider mit einem Dreivierteljahr Verzögerung für unsere Kommunen. Entgegen der subsidiären Sirengesänge des Ministerpräsidenten: Sie müssen sich fragen lassen, ob Sie ein taktisches oder ein prinzipielles Verhältnis zur kommunalen Selbstverwaltung haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben, wie Sie wissen, viel intern debattiert, und wir haben klare Haltungen. Wir begrüßen selbstverständlich die spät und mühevoll erzielten Ergebnisse der Gemeinsamen Finanzkommission von Land und Kommunen und werden auch allen diesbezüglichen Haushaltsansätzen zustimmen.

Wir, die SPD, konzentrieren uns bei unseren Forderungen auf investive und damit einmalige Maßnahmen. Diese belaufen sich auf 722 Millionen €. Wir decken sie aus der Rücklage für Haushaltsrisiken. Dies ist auch jederzeit machbar und vertretbar. Wir gegenfinanzieren unsere Vorschläge für strukturelle Mehrausgaben, von denen ja auch von der Regierungsseite genug drin sind, durch Minderausgaben bei Zinsen und realistischere Veranschlagung der einzelnen Einnahmetitel.

Wir kritisieren weiterhin die im Urhaushalt getroffene Entscheidung für personelle Mehrausgaben des Landes, etwa und

(Peter Hofelich)

vor allem im ministeriellen Bereich, insbesondere in diesem schon absurden Wettrüsten bei Stabsstellen von Staatsministerium und Innenministerium.

Wir begrüßen die von der Regierung auch auf unser Drängen hin eingesetzten Mittel beispielsweise in der Justiz-, der Innen- oder der Sozialverwaltung. Wir sehen die Titel, welche durch Beschlüsse des Bundes hervorgerufen sind, etwa bei der Unterhaltsvorschussregelung, als positiv an und wollen, dass sie umgesetzt werden.

Wir sehen aber auch deutlich vier Investitionsschwerpunkte, welche die Landesregierung nicht energisch genug angeht. Diese Erfordernisse beantragen wir auch. Es ist Zeit für die Entlastung von Familien. Wir wollen nicht, dass Beitragsfreiheit und Qualität gegeneinander ausgespielt werden. Beides gehört zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Genau!)

Es war eine absurde Gegenüberstellung, die Sie, Frau Walker, gemacht haben, bei der man sich wieder an den Satz erinnert: Grün muss man sich leisten können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Sehr gut! – Zurufe der Abg. Andreas Schwarz und Thekla Walker GRÜNE)

Wir wollen den Einstieg in den beitragsfreien Kindergarten, und wir können dies auch gut begründen.

Es ist Zeit für bezahlbaren Wohnraum.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Kein Finanzierungskonzept!)

Die Ministerin kommt trotz eklatanter Mangelsituation, insbesondere in Ballungsräumen, nicht voran. Wir wollen neben den kommunalen Anstrengungen mit den Förderprogrammen des Landes und den sich weiter verbessernden steuerlichen Rahmenbedingungen des Bundes eine Landesentwicklungsgesellschaft, die den Kommunen bei der Entwicklung neuer Wohngebiete zur Seite steht, deren eigenständige Aufgaben stützt sowie selbst im Landesauftrag neue Wohnungen baut, und dafür sehen wir ein Gründungskapital von 321 Millionen € vor – eine Sache, mit der man vorankommt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist Zeit für besseren ÖPNV. Der zuständige Minister erklärt ständig eigene Versäumnisse und läuft ihnen hinterher. Wir wollen eine Fahrzeugbeschaffungsinitiative von einmalig 50 Millionen € in einer Welt der defekten Fahrzeugtüren und ausfallenden Lokomotiven. Wir wollen dies zusätzlich statt nur als Ersatzinvestition.

(Beifall bei der SPD)

Es ist endlich Zeit für normalen Unterricht. Die zuständige Ministerin ersetzt strukturiertes Vorgehen durch Nassforschen Stil. Mit 17 Millionen € können wir uns Luft verschaffen, ein Sofortprogramm gegen Unterrichtsausfall zuwege bringen und auch sozial gerecht die Weiterbeschäftigung von zeitvertraglich beschäftigten Lehrern über die Sommerferien sicherstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Hofelich, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Peter Hofelich SPD: Sehr gern, Frau Ministerin.

Wir sehen auch Chancen und gute Möglichkeiten, dass wir, weil das Schuldenkontrollkonto bei 642 Millionen € steht, dieses auch angehen. Wir müssen die Schuldenbremse ernst nehmen. Deswegen sind mehr Tilgungen möglich als die 250 Millionen €, die die Landesregierung vorsieht.

Wir leben in staatsfinanziell guten Zeiten. Deshalb ist es wichtig, dass wir strukturiert vorgehen und nicht ein „Wünsch dir was“ machen, bei dem zwei Partner keine wirkliche Haushaltspolitik machen, in der Struktur ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Brauer.

Meine Damen und Herren, dies ist die erste Rede unseres Kollegen Herrn Brauer. Wir haben ja die Regelung, dass da von Zwischenfragen abgesehen wird. Ich bitte Sie insgesamt um mehr Ruhe. – Vielen Dank.

Abg. Stephen Brauer FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sie sind ja nicht Ministerin, wie Herr Hofelich gerade gesagt hat, aber das ist immer noch besser als beleidigt zu werden, wie vorhin geschehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 21. November sprachen Sie, Frau Finanzministerin, zur Einbringung des Nachtragshaushalts. Ich zitiere:

Wir machen den Haushalt noch stabiler, noch nachhaltiger und noch wetterfester.

Diese Aussage stimmt – aber nur, wenn es, finanzpolitisch gesehen, immer wärmer wird. Dann und nur dann ist dieser Nachtragshaushalt wetterfest.

Nun ist ja der Klimawandel ein Phänomen, das insbesondere von den Grünen bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit ins Feld geführt wird.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Richtigerweise!)

Offenbar sind Sie, Frau Ministerin Sitzmann, der Meinung, dass sich der Klimawandel auch finanzpolitisch interpretieren lässt und dass auch weiterhin der warme Wind wehen wird, mit dem die grün-schwarzen Träume immer weiter in den Himmel steigen können. Wir alle wissen, dass dies nicht so ist, und ebenso wissen wir, dass der Anteil der Politik an den sprudelnden Einnahmen eher gering ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In diesem Jahr betrug die Gesamteinnahmen 53,5 Milliarden €, mehr als 13 Milliarden € über dem Wert von 2013. Wir erkennen ausdrücklich an, dass Sie der Versuchung nicht erliegen sind, gar keine Schulden abzubauen.

In der gedruckten Version Ihrer Rede steht auf der ersten Seite: „Die Schuldenuhr läuft rückwärts.“ Das stimmt, und zwar

(Stephen Brauer)

um genau 1,25 Milliarden €. Leider beginnt der Titel Ihrer Rede mit der Aussage, die Tilgung betrage über 6 Milliarden €. Das stimmt eben nicht. Sie tilgen gerade einmal ein Fünftel dieser Summe.

Wie kommen Sie auf diese Zahl von 6 Milliarden €? Das ist doch sicherlich nicht Ihre Idee, Frau Ministerin. Sie sind doch eine nüchtern kalkulierende Frau

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Stimmt! – Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: „Nüchtern betrachtet“!)

und wissen, dass nur die Differenz der Gesamtverschuldung von Zeitpunkt A zu Zeitpunkt B eine Tilgung darstellt. Wer hat Ihnen denn ins Ohr geflüstert, dass es anders sein könnte? Eventuell Ihr Vorgänger im Amt, Nils Schmid? Oder hat er Ihnen gar schriftliche Anweisungen mit der Überschrift „Hütchenspiele für Fortgeschrittene“ hinterlassen?

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Na, na, na!)

Sie kennen die Hütchenspieler. Egal, welches Hütchen man aufdeckt: Nie ist die Kugel drunter. Übertragen auf die Finanzpolitik Ihrer Regierung bedeutet das: Unter keinem Hütchen steckt echte Tilgung.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Immer nur der Abbau sogenannter impliziter Verschuldung. Das ist sozusagen ein Trostpreis – um im Bild zu bleiben. Sie geben Geld aus und behaupten einfach, damit eine bereits bestehende oder künftige Verpflichtung abzubauen, sozusagen zu tilgen.

Viele Häuslebauer tilgen zu wenig und kommen nicht herunter von den Schulden. Die Tilgung impliziter Schulden kann so zur Lebenslüge werden.

Zum Landeshaushalt: Die Kreditmarktschulden werden real auf 45 Milliarden € sinken. Damit haben Sie eine große Chance verpasst, die Chance, 5,9 Milliarden € echte Schulden, Kreditmarktschulden, zu tilgen.

Wohin ist das Geld geflossen? 188 Millionen € gingen als Zuschuss an die NECKARPRI, die aufgrund guter Entwicklung der EnBW diesen Zuschuss überhaupt nicht braucht. Dies wusste übrigens Herr Reinhart bereits im Sommer, leidet aber jetzt wohl an akuter Koalitionsamnesie.

120 Millionen € flossen in den Versorgungsfonds. Diese Ausgabe ist von allen noch die plausibelste. Weitere 600 Millionen € wurden in den kommunalen Sanierungsfonds eingestellt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ist das nicht plausibel?)

Das ist gut für die Kommunen, aber auf keinen Fall eine Tilgung von Landesschulden, wie der Rechnungshof bereits richtig bemerkte.

Der größte Brocken, 3,8 Milliarden €, soll für die Tilgung der ominösen impliziten Schulden zurückgelegt werden.

Aber was erreichen wir mit dieser Vorgehensweise? In der Boomphase, in welcher sich die Baubranche gerade befindet, werden diese Maßnahmen als Preistreiber wirken. Zusätzlich werden die privaten Bauherren dann auch noch damit bestraft, dass Sie ihnen eine dringend notwendige Senkung der Grunderwerbsteuer verweigern.

Einen anderen sinnvollen Einsatz von Finanzmitteln sehen wir bei den kleinen Hochschulstandorten im Land wie beispielsweise beim Campus Nordschwarzwald oder beim Campus Schwäbisch Hall.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Sehr richtig!)

Hier wurden Außenstellen genehmigt, deren Finanzierung nur durch das Engagement der örtlichen Wirtschaft überhaupt gesichert ist. Hier wäre eine Kostenübernahme durch das Land dringend angezeigt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Und war zugesagt!)

Meine Damen und Herren, ich gebe zu, diese Idee ist geklaut. Ministerpräsident Kretschmann ist zuerst darauf gekommen. Er hat den kleinen Hochschulen Mut zugesprochen und hat Anfang dieses Jahres, im Februar, in Horb Unterstützung vonseiten des Landes zugesagt. Lassen Sie den Ministerpräsidenten nicht im Regen stehen, und unterstützen Sie unseren Antrag auf Einrichtung eines Strukturfonds für kleine Hochschulen in Höhe von 12 Millionen €.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Vollkommen richtig!)

Dieser Fonds ist dringend erforderlich für eine bessere Versorgung des ländlichen Raums mit Studienplätzen und zur Stärkung der kleineren Hochschulstandorte im Land.

Aber selbst dann ist dieser Haushalt weder nachhaltig noch wetterfest. Er spiegelt allenfalls die Hoffnung auf einen dauerhaften Temperaturanstieg im finanziellen Sinn, sozusagen einen finanzpolitischen Klimawandel wider. Dieser wird aber leider ausbleiben. Deshalb lehnen wir diesen Nachtragshaushalt ab.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Sitzmann das Wort.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir nutzen die guten Zeiten, um für schlechtere vorzusorgen. Wir sanieren die Landesgebäude und Landesstraßen, und dafür nehmen wir in drei Jahren – also 2017, 2018 und 2019 – über 2,5 Milliarden € in die Hand. Meine Damen und Herren, das ist die größte Sanierungsoffensive in der Geschichte unseres Landes.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir lösen Kreditermächtigungen in Höhe von 1,5 Milliarden € ab, wir tilgen Schulden bei der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg, LBT, in Höhe von 400 Millionen €, und wir werden Kreditmarktschulden in Höhe von 1,25 Milliarden € zurückzahlen. Ja, meine Damen und Herren, auch wenn insbesondere die FDP/DVP das nicht anerkennen mag, ist es ei-

(Ministerin Edith Sitzmann)

ne historische Trendwende. Wir beenden die Politik auf Pump, und ab sofort läuft die Schuldenuhr rückwärts, und zwar relevant.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Konrad Epple CDU)

Wir verdoppeln die Rücklagen für zukünftige Pensionsverpflichtungen. 2014 lag der Stand bei 4 Milliarden €, bis Ende des Jahres 2020 werden wir diese Rücklagen von 4 Milliarden € auf 8 Milliarden € verdoppelt haben, meine Damen und Herren. Zudem führen wir 1 Milliarde € einer Rücklage für Haushaltsrisiken zu.

Das alles zeigt: Wir sorgen heute für Morgen vor, meine Damen und Herren. Wir sanieren, tilgen, und wir nutzen die guten Zeiten, um für schlechtere gerüstet zu sein. Ja, wir machen den Haushalt wetterfest.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wetterfest, werte Kollegin und Kollegen der FDP/DVP, das heißt natürlich, auch wenn es stürmisch ist, wenn die wirtschaftliche Situation – was wir nicht hoffen, aber möglich ist es ja – einmal nicht mehr so gut sein sollte wie heute.

Aber mit diesem Nachtrag investieren wir auch gezielt in eine gute Zukunft für unser Land. Manche Punkte sind hier schon angesprochen worden. Beispielsweise werden 5 Millionen € für die Auszahlung von Überstunden unserer Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung gestellt. Und ja, wir schaffen 131 neue Stellen in der Justiz, vor allem deshalb, um Asylverfahren zu beschleunigen. Das, finde ich, sind richtige und wichtige Investitionen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Gleiches gilt auch für die Förderung nach dem sogenannten LGVFG. Wir werden die Mittel für kommunale Straßen, für Radwege, für den Ausbau von Bus und Bahn nicht nur auf der jetzigen Höhe von 165 Millionen € fortführen, nein, wir werden sie ab 2020 fast verdoppeln auf dann 320 Millionen €. Wir stellen zusätzlich ein Maßnahmenpaket für die Luftreinhaltung im Volumen von über 100 Millionen € zur Verfügung, und wir führen die Wohnraumförderung mit 250 Millionen € pro Jahr auf Rekordniveau fort.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Selbstverständlich kümmern wir uns um die Kinder. Wir kümmern uns mit einem Pakt für gute Bildung und Betreuung um eine gute Bildung in jungen Jahren. Wir erhöhen gemeinsam mit den Kommunen die Kindergartenförderung ab 2019 stufenweise von etwas über einer halben Milliarde Euro auf dann über 1 Milliarde € im Jahr 2021. Haben wir für die Kleinkindbetreuung im Jahr 2011 noch 106 Millionen € ausgegeben, so steigern wir diese Ausgaben auf über 900 Millionen € im Jahr 2019.

Meine Damen und Herren, dies bedeutet auch: Wer jetzt die Grunderwerbsteuer in die Diskussion bringt, der gefährdet genau die Gegenfinanzierung für diese Zuschüsse. Also, meine Damen und Herren insbesondere von der AfD, alle Ihre Gegenfinanzierungsvorschläge, die Sie eingebracht haben, sind für diese Gegenfinanzierung wahrlich nicht geeignet, und sie sind nicht seriös.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch Quatsch!)

Wir sorgen natürlich auch vor, damit in Zukunft ausreichend Lehrkräfte an den Grundschulen in unserem Land vorhanden sind; weitere 200 Studienanfängerplätze werden wir schaffen.

Ja, meine Damen und Herren, während auf Bundesebene in Bezug auf die Digitalisierung der Schulen in den Ländern nichts vorangeht, haben wir in Baden-Württemberg bereits mit den Kommunen verhandelt. Land und Kommunen werden im kommenden Jahr 2019 insgesamt 150 Millionen € in die Digitalisierung der Klassenzimmer in unserem Land investieren.

Aber auch andere wichtige Zukunftsbereiche wie die künstliche Intelligenz werden vorangetrieben. 20 Millionen € stehen dafür im Nachtragshaushalt zusätzlich zur Verfügung. Wir hoffen und werben dafür, dass Bundesmittel für künstliche Intelligenz oder für die Batterieforschung bzw. -herstellung vom Land Baden-Württemberg in Zukunft verwendet werden können. An der Kofinanzierung wird es nicht scheitern. Wir können dafür bis zu 100 Millionen € zur Verfügung stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Also: Wir investieren kräftig und gezielt in die Zukunft, und darauf kommt es an.

Lassen Sie mich einige Worte zu unseren Beratungen sagen. Wir haben am Nikolaustag unter der Regie des Ausschussvorsitzenden Stickerberger immerhin 134 Änderungsanträge im Ausschuss behandelt. Wenn wir ein Fazit ziehen, dann gibt es vonseiten der Opposition viele Wünsche nach Mehrausgaben, Wünsche nach noch mehr Tilgung, aber leider ist erkennbar: Die solide Gegenfinanzierung, die strukturelle Finanzierung, das fehlt,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Dann können Sie nicht zuhören, Frau Ministerin!)

und deshalb war es mit Blick auf eine solide Haushaltspolitik auch nicht möglich, diesen Maßnahmen zuzustimmen. – Herr Kollege Stoch, ich habe sehr gut zugehört. Sie haben es vielleicht mitbekommen: Ich habe allen Rednern hier zugehört.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Im Ausschuss vielleicht nicht!)

– Auch im Ausschuss habe ich zugehört.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir hatten zu allem eine Gegenfinanzierung! – Gegenruf des Abg. Tobias Wald CDU: Sie waren ja gar nicht im Ausschuss!)

Aber leider ist es eben so, dass Ihre Änderungsanträge mit der Weisheit der oftmals zitierten schwäbischen oder vielleicht auch badischen Hausfrau nicht zusammenpassen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Oh Jesses! Aber Ihre Ausgaben! Meine Güte!)

Sie sind nicht seriös finanzierbar, meine Damen und Herren.

(Zurufe der Abg. Andreas Stoch und Peter Hofelich SPD)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Die Änderungsanträge der Regierungsfractionen zum Nachtragsentwurf umfassen insgesamt 16 Millionen €. Das betrifft Maßnahmen für kulturelle Einrichtungen, die Förderung von Abendgymnasien, die Verbesserung der Wasserversorgung oder Maßnahmen für den ländlichen Raum, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Finanzierung dieser Maßnahmen ist aus denjenigen Mitteln der Herbststeuerschätzung möglich, die eben nicht der Tilgungsverpflichtung nach der Landeshaushaltsordnung unterliegen. Daran sehen Sie, meine Damen und Herren: Unser Nachtrag steht auf einem sicheren und soliden Fundament.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Nun gestehe ich Ihnen von der FDP/DVP gern zu, dass Sie eine klare und auch in sich schlüssige Alternative zu diesem Haushalt eingebracht haben. Das Nein der FDP/DVP zur Tilgung impliziter Verschuldung ist eben auch ein Nein zu Sanierung und Modernisierung. Das Haushaltskonzept von Ihnen bedeutet eben in der Konsequenz, dass Polizeipräsidien oder Gerichte, Universitäten oder Uniklinika, Schulen oder Landesstraßen nicht saniert werden können und damit auch weiter verlottern.

Der Haushaltsansatz der FDP/DVP sorgt eben dafür, dass für die künftigen Pensionen der Beamtinnen und Beamten keine Vorsorge getroffen wird, und die Rücklage für Haushaltsrisiken würden Sie auch noch plündern, um mehr Kreditmarktschulden zu tilgen und den Grunderwerbsteuersatz zu senken. Das mag in sich vielleicht schlüssig sein, meine Damen und Herren. Ich halte es aber für nicht klug, für nicht nachhaltig und auch für nicht gerecht.

Ich denke, ausschließlich Kreditmarktschulden zu tilgen und auf Sanierung zu verzichten, das ist in der aktuellen Situation schlichtweg nicht wirtschaftlich. Denn – das hat ja auch der Rechnungshof bestätigt – die Zinsen sind niedrig, und die Sanierungskosten, wenn die Sanierungen nicht stattfinden, werden eben von Jahr zu Jahr höher.

Meine Damen und Herren, das ist nicht effizient, das ist nicht wirtschaftlich. Deshalb lehnen wir Ihre Haushaltsanträge ab.

Jetzt kommt ja immer wieder der Vorwurf, die Regierung würde den Haushalt aufblähen. Das ist natürlich ein wahrlich absurder Vorwurf, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der Haushalt ist auch gar nicht größer geworden!)

Das Haushaltsvolumen ist immer genauso groß wie die erwarteten Einnahmen, die sich im Wesentlichen aus der Steuerschätzung ergeben. Also wird das Haushaltsvolumen nicht von der Finanzministerin bestimmt, sondern von der wirtschaftlichen Entwicklung. Die ist natürlich gut, also wachsen auch die Einnahmen und damit das Haushaltsvolumen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und wenn die Einnahmen weniger werden?)

Ich finde, darüber können wir uns doch freuen und sollten darüber nicht lamentieren, lieber Herr Kollege Rülke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Der richtige Indikator für Ausgabendisziplin ist eben nicht das Haushaltsvolumen, sondern da müssten Sie schon die bereinigten Gesamtausgaben heranziehen. Wenn man sich die anschaut, ist die Entwicklung doch sehr moderat, Herr Podeswa: 2017 plus 1,4 %, 2018 plus 4 %, 2019 plus 2,2 %. Meine Damen und Herren, diese Zahlen sprechen für sich.

Dann haben Sie mir noch etwas Absonderliches vorgeworfen, Herr Rülke. Ich zitiere:

Sie geben genau das aus, was Sie einnehmen, und sorgen damit für einen nicht zukunftsfesten Haushalt.

Da reibe ich mir doch verwundert die Augen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, wenn die Einnahmen wegbrechen, denke ich nicht, dass Sie den Haushalt reduzieren werden!)

Wenn Sie einmal in die Landesverfassung schauen, lieber Herr Rülke, dann finden Sie dort die Aussage, dass Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein sollen. So ist es, und so machen wir das auch. Das Volumen sagt nun einmal nichts über die Qualität aus. Entscheidend ist eben, wofür wir das Geld ausgeben. Das habe ich bereits ein Stück weit dargestellt: für Zukunftsinvestitionen, für Tilgung, aber eben auch für Sanierung, meine Damen und Herren.

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rülke zu?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Immer gern.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vielen Dank, Frau Ministerin. Wenn Sie, wie Sie sagen, die Haushaltspolitik so sehen, dass Einnahmen und Ausgaben immer gleich sein müssen, warum tilgen Sie dann überhaupt Kreditmarktschulden?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Wir tilgen über 6 Milliarden €. Ich wiederhole gern die Zahl. Der Kollege von der FDP/DVP hat ja gerade aufgeführt, wo wir das überall tun. Selbstverständlich sorgen wir damit auch für die Zukunft vor. Ja, wir tilgen auch Kreditmarktschulden: 1,25 Milliarden €. Wir führen 400 Millionen € bei der LBT zurück, wir hinterlegen Kreditermächtigungen von 1,5 Milliarden € mit barem Geld, weil wir ab 2020 die Schuldenbremse souverän einhalten werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also geben Sie doch nicht genauso viel aus, wie Sie einnehmen!)

Wir machen also genau das, was Sie fordern, nämlich wir geben auch relevante Summen für den Abbau der Verschuldung aus, und der Streitpunkt liegt eben in der Frage, ob wir auch verdeckte Schulden abbauen sollen oder nicht. Ihre Alternative ist bekannt. Ich finde die einseitige Ausrichtung lediglich auf die Schulden am Kreditmarkt nicht vorausschauend und auch nicht klug. Das habe ich, glaube ich, mittlerweile ausreichend deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren, die SPD hat uns heute wieder gezeigt, wie sie Haushaltspolitik macht: fröhlich ob der guten Entwicklung der Einnahmen, Herr Kollege Hofelich.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Schublade!)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Sie ziehen durchs Land und versprechen allen alles:

(Zuruf von der SPD)

noch mehr Geld für Bildung, noch mehr Geld für den ÖPNV, noch mehr Geld für Wohnraumförderung und noch mehr Tilgung.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Und Sie streichen über 1 000 Lehrerstellen! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Das alles sind Forderungen der SPD-Fraktion, alles am besten auf Dauer. Allerdings lassen sich dauerhafte Ausgaben – das müsste ich Ihnen ja eigentlich nicht erklären; Sie wissen es selbst – nicht aus einer einmaligen Rücklage für Haushaltsrisiken bezahlen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gehen Sie mal davon aus, dass wir das wissen!)

Das ist nach Adam Riese nicht möglich.

Auch wenn wir einmalig weniger für Zinsen ausgeben müssen, können wir damit keine strukturellen Ausgaben finanzieren. Deshalb ist Ihr Konzept nicht nachhaltig. Es ist nicht weit-sichtig, und es ist eben auch für die Zukunft nicht verantwortungsvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zur AfD muss und will ich fast nichts sagen. Aber wir haben wieder das Phänomen, das wir schon bei den vergangenen Haushaltsberatungen hatten. Sie wollen nämlich einfach alles zusammenstreichen, was der Integration von Menschen in Baden-Württemberg dient. Das ist kommunalfreundlich, das ist wirtschaftsfreundlich, und das ist unmenschlich. Deshalb lehnen wir Ihre Anträge entschieden ab.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir, meine Damen und Herren, wollen nicht, dass Integration scheitert, sondern wir wollen, dass Integration gelingt.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Ist schon gescheitert! Wird auch weiterhin scheitern!)

Wir wollen unser Land nicht wie Sie spalten, sondern wir wollen alles tun, um unsere Gesellschaft zusammenzuhalten. Das ist der Unterschied. Dafür arbeiten wir verlässlich und beharrlich.

(Unruhe)

Zum Thema Stellenaufwuchs: Wie Sie, Herr Podeswa, jetzt auf die von Ihnen genannten Zahlen kommen, ist nicht nachvollziehbar. Tatsache ist: Im Regierungsentwurf zu diesem Nachtragshaushalt sind 631 neue Stellen enthalten. Von diesen Stellen – Sie machen sich ja Sorgen um die Gegenfinanzierung – sind fast 200 gegenfinanziert, verursachen also keine Zusatzkosten. So wurden z. B. im Rahmen des Qualitätskonzepts der Kultusministerin Stellen, die ehemals in den Wirtschaftsplänen der Institute verankert waren, jetzt in den Haushalt überführt. Das führt in der Summe zu mehr Stellen, aber es führt nicht zu mehr Kosten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Des Weiteren sind von diesen Stellen über 200 mit einem sogenannten k.w.-Vermerk versehen. Das heißt, sie sind zeitlich befristet. Und 29 Stellen wurden für Aufgaben in Ministerien geschaffen – sechs davon wiederum gegenfinanziert.

Der Vorwurf der Aufblähung der Stellen oder Ihre hier dargestellte Sorge, das Ganze sei in Zukunft nicht bezahlbar, ist also völlig unnötig. Denn in der Summe – also inklusive der Stellen in den Landesbetrieben – ist die Zahl der Stellen im Doppelhaushalt immer noch um 100 niedriger als 2017.

Ein wichtiger Punkt ist noch, dass wir mit diesem Nachtrag neben den einzelnen Bausteinen, die ich schon genannt habe, eben die Beschlüsse der Gemeinsamen Finanzkommission umsetzen werden. Wir haben mit den kommunalen Landesverbänden konstruktiv, intensiv und zukunftsorientiert verhandelt, und ich finde, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Uns ist es wichtig, dass Land und Kommunen auch in Zukunft für ein gutes Angebot für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land eng zusammenarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Weil wir das wollen und weil wir für eine starke kommunale Selbstverwaltung sind, gehen – das wurde schon 2016 in der Vereinbarung mit den Kommunen schriftlich fixiert – von jedem Euro, den wir an Steuern einnehmen, 23 Cent an unsere Kommunen, damit sie ihre Aufgaben gut erfüllen können.

Und, meine Damen und Herren: Wir, das Land Baden-Württemberg, erwarten das Gleiche vom Bund. Wir, das Land, sind zuständig für Bildung. Bildung ist eine originäre Landesaufgabe, und es ist ein Einfaches für den Bund, auf ganz anderem Weg als über den einer Grundgesetzänderung die Länder finanziell so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben gut wahrnehmen können.

(Beifall der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Das, Herr Kollege Stoch, geht ganz einfach über eine angemessene Verteilung der Umsatzsteuerpunkte.

Aber statt diesen einfachen Weg zu gehen will der Bund das Grundgesetz ändern und – auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, Herr Stoch – in unsere Bildungshoheit hineinregieren. Das stößt bei den Mitgliedern der Landesregierung, bei den Regierungsfractionen auf unseren erbitterten Widerstand. Wir lassen uns die Kompetenz für Bildung nicht durch Programm-mittel des Bundes abkaufen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir lassen uns nicht zu Verwaltungsprovinzen des Bundes degradieren. Das wäre wahrlich ein schlechtes Geschäft.

(Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stoch zu?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Bitte.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Ministerin, wenn Sie sich vielleicht im Nachhinein Ihre Rede noch einmal anschauen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die hat sie gut vorbereitet!)

(Andreas Stoch)

betrachten Sie Folgendes nicht als eklatanten Widerspruch?: Vor wenigen Minuten haben Sie kritisiert, dass die sogenannten Wanka-Milliarden über Jahre im Schaufenster stehen. – Da können Sie übrigens zur CDU hinüberschauen. – Damit suggerieren Sie hier im Parlament, dass der Bund schuld sei, dass die Länder keine Unterstützung bekommen, damit Digitalisierung im Bildungsbereich möglich ist. So habe ich Sie verstanden – ich glaube, alle hier. In der letzten halben Minute erklären Sie, dass der Bund tunlichst seine Finger aus dem Bildungsbereich herauslassen soll.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Merken Sie eigentlich nicht, dass Sie einen eklatanten Widerspruch in Ihrer Argumentation haben, wenn es um das Thema digitale Bildung geht?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Merken Sie nicht, dass das Land, wenn es verantwortlich ist, die Verantwortung seit Jahren zu übernehmen hat?

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und deswegen machen wir da nicht mit!)

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Herr Stoch, auch an Ihrem Interview, das ich heute Morgen mit Interesse gelesen habe, wird deutlich, dass wir da grundsätzlich unterschiedliche Ansichten haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Andreas Stoch SPD: Ich spreche von den Widersprüchen bei Ihnen!)

Wir erwarten, dass uns der Bund Mittel zur Verfügung stellt und die Länder entscheiden, wie und wo sie die auch im Bereich der Digitalisierung an Schulen einsetzen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Dann tun Sie es doch!)

Wir brauchen keine Bundesförderprogramme. Wir brauchen keine Förderkriterien. Wir brauchen lediglich den entsprechenden Anteil an den Umsatzsteuereinnahmen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Haben Sie dafür eine Mehrheit? – Abg. Andreas Stoch SPD: Investieren Sie doch! Sie haben doch Geld!)

Damit können wir das sicher besser machen, Herr Stoch, als es bundesweit oder zentral möglich wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ja, Herr Stoch, es ist nicht so, dass wir nichts tun. Ich habe es gerade gesagt: Wir haben mit den Kommunen vereinbart, dass wir im Jahr 2019 150 Millionen € für die Digitalisierung an Schulen zur Verfügung stellen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Und davon ist die Hälfte sofort gesperrt!)

Wenn es jetzt so ist, dass 16 Ministerpräsidenten zu dem, was der Bundestag beschlossen hat, Nein sagen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aber die sagen nicht Ja zu Kretschmann!)

dann wissen Sie selbst: Da gibt es, ich glaube, sieben Ministerpräsidenten Ihrer Partei. Ich weiß nicht, ob die auch Angstpsychosen haben oder Verschwörungstheorien anhängen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, die haben sie nicht!)

Ich finde, sie haben recht, Herr Stoch.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir – der Ministerpräsident, die Kultusministerin, der Vize-MP – gemeinsam die Bildungshoheit der Länder erhalten

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da haben wir keine Zweifel, Frau Ministerin!)

und dass wir weiterhin ein breites Bündnis aller Länder haben, um dennoch bei der Digitalisierung voranzukommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen. Wir haben jetzt einen Haushalt ohne neue Schulden und mit Tilgung in Milliardenhöhe. Nicht immer war der Haushalt so solide aufgestellt wie heute. Nicht immer waren die Zeiten so gut wie heute. Wir sorgen aber mit unserem Haushalt – ich hoffe, das ist mittlerweile deutlich geworden – auch für den Fall vor, dass die Zeiten einmal schlechter werden.

Klar ist aber auch, dass es Zeiten gab, in denen Beiträge zur Haushaltskonsolidierung notwendig waren. So wurde z. B. im Jahr 2008 die Eingangsbesoldung abgesenkt. Im Jahr 2013 wurde diese Absenkung erhöht und ausgeweitet. Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass diese Regierung, dass die Regierungsfractionen diese Absenkung zum 1. Januar dieses Jahres komplett, vollständig, auf einen Schlag rückgängig gemacht haben.

Das können wir tun, weil wir einen öffentlichen Dienst haben, der uns wertvoll ist. Wir können und wollen dies tun, weil der öffentliche Dienst weiterhin attraktiv und leistungsfähig sein muss. Deshalb war das ein richtiger und wichtiger Schritt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das Bundesverfassungsgericht hat nun im Oktober 2018 entschieden, dass die abgesenkte Eingangsbesoldung nichtig ist – und dies macht sie auch für die Vergangenheit ungültig. Folge des Urteils ist, dass in allen offenen Fällen die Differenz zu den vollen Bezügen nachgezahlt werden muss. Offene Fälle liegen dann vor, wenn ein entsprechender Antrag gestellt worden ist oder wenn Widerspruch gegen die abgesenkte Besoldung eingelegt worden ist. All diejenigen, die das betrifft, werden selbstverständlich die Nachzahlung bekommen.

Es gibt aber, meine Damen und Herren, auch junge Beamte, die damals keinen solchen Antrag gestellt haben oder keinen Widerspruch eingelegt haben. In diesen Fällen könnten wir tatsächlich die Verjährung geltend machen; damit wären Besoldungsansprüche verjährt, die in den Jahren vor 2015 entstanden sind. Ich möchte Ihnen vorschlagen, dass wir uns für eine großzügigere Lösung einsetzen. Ich möchte Ihnen vor-

(Ministerin Edith Sitzmann)

schlagen, dass wir keine Geltendmachung der Verjährung bei der Nachzahlung vornehmen, und zwar für alle Betroffenen und bis einschließlich 2013.

(Vereinzelt Beifall)

Ja, meine Damen und Herren, diese Lösung ist für das Land teurer; das ist richtig. Aber es ist eine Lösung, die fairer ist; denn hierdurch werden alle Beamtinnen und Beamte, alle Richterinnen und Richter gleich behandelt, unabhängig davon, ob sie einen Antrag gestellt haben oder nicht. Ich hoffe, dass ich für diesen Vorschlag Ihre Unterstützung bekomme. Ich denke, das wäre ein starkes Signal für unsere Bediensteten, die wertvolle Arbeit für uns tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich möchte zum Schluss meinen Dank aussprechen. Ich danke allen Mitgliedern des Finanzausschusses, insbesondere dessen Vorsitzendem Rainer Stichelberger. Ich danke den Vorsitzenden der Arbeitskreise der Landtagsfraktionen für die guten Beratungen. Bedanken möchte ich mich bei den Beschäftigten der Landtagsverwaltung, die es in Anbetracht der Fülle von Anträgen wahrlich nicht immer einfach haben. Ich danke allen Fraktionen des Landtags, insbesondere aber der grünen Fraktion und der CDU-Fraktion, für ihre Unterstützung und für die gute Zusammenarbeit. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen aus dem Kabinett und insbesondere auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums und der Haushaltsabteilungen der anderen Häuser, die an der Erstellung dieses soliden und nachhaltigen Nachtragshaushalts gearbeitet haben.

Zum Schluss danke ich Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Walker für einen kurzen Beitrag.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Herr Hofelich, ich möchte Ihnen zum Thema „Beitragsfreie Kita“ antworten:

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Es geht eben nicht darum, Qualität und eine mögliche Beitragsfreiheit gegeneinander auszuspielen. Die Frage ist vielmehr: Was hat jetzt Priorität? Solange es immer noch Eltern gibt, die für ihre Kinder keinen Platz erhalten, solange wir hinsichtlich der Qualitätsverbesserung immer noch einiges tun müssen und solange es wichtig bleibt, noch mehr junge Menschen für den Erzieherberuf zu begeistern, hat dies eben Priorität.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ihr Ansinnen würde pro Jahr strukturell 700 Millionen € kosten –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sie dürfen nicht alles glauben! Das Kultusministerium spricht von deutlich weniger!)

und das in einer Lage, in der, wie wir sehen, in vielen Kommunen Menschen, die, etwa als Geringverdiener, auf Unterstützung angewiesen sind, sowieso schon keine Beiträge zahlen

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ganze 4 % sind befreit!
Der Rest zahlt!)

oder weniger Beiträge zahlen.

Heute steht in der FAZ – ich möchte dies aufgreifen, weil es einfach dazu passt –: Dieser Vorschlag, dieses Ansinnen, eine völlige Beitragsbefreiung jetzt auf den Weg zu bringen, ist im Grunde genommen ein Gesetz gut für Gutverdiener.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das stimmt nicht! Kleine und mittlere Einkommen werden benachteiligt!)

Ich füge hinzu: für Gutverdiener, die jetzt schon einen Kita-Platz haben. Was daran sozial oder gerecht sein soll, ist mir schleierhaft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Thekla Walker GRÜNE und Abg. Gabi Rolland SPD unterhalten sich.)

Präsidentin Muhterem Aras: Sehr geehrte Frau Abg. Walker und Frau Abg. Rolland, die Debatte ist hier vorn. Ihre Redezeit ist beendet.

Ich erteile für die Fraktion der FDP/DVP Herrn Abg. Karrais das Wort.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade wieder gehört, dass die Regierung angeblich über 6 Milliarden € an Schulden tilgt. Das war zwar alles ein bisschen zögerlich, weil Sie das so richtig erst später mal zwischendrin rausgelassen haben. Aber Sie bleiben bei Ihrer Aussage aus der ersten Lesung, Frau Ministerin, dass Sie 6 Milliarden € tilgen würden. Ich kann Sie da nur wieder korrigieren: Es sind 1,25 Milliarden € – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Offenbar haben Sie halt eingesehen, dass Sie da ein bisschen zu dick aufgetragen haben. Darum haben Sie das heute ein bisschen schmaler formuliert. Aber Sie sind bei Ihrer Aussage geblieben.

Es bleibt festzuhalten: Hätten wir von der FDP/DVP nicht von Anfang an kritisiert, dass Sie den Schuldenbegriff verwässern, würde die Regierung heute vermutlich gar keine Kreditmarktschulden tilgen. Das liegt daran, dass wir von Anfang an in der Legislatur klargemacht haben, dass Ihr Ansatz aus unserer Sicht nicht fürsorglich und nicht sinnvoll für die nachfolgenden Generationen ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ihr Angriff, Frau Walker, zeigt, dass Sie da wohl auch ein bisschen ein schlechtes Gewissen haben. Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Walker, haben wir nämlich mal gelernt, dass Zinsen aufgrund der wirtschaftlichen Lage durchaus auch einmal steigen können und dass es eben ein Problem ist, wenn die Schulden nicht abgebaut werden, obwohl die Mittel eigentlich da wären.

(Abg. Thekla Walker GRÜNE: Wir bauen ja auch ab!)

(Daniel Karrais)

Das Einzige, was Sie mit Ihrem Abbau impliziter Schulden machen, ist, vorzugaukeln, dass Sie Schulden tilgen. Aber letztendlich laufen Sie dann durchs Land und schneiden rote Bändchen durch. Wer bezahlt? Die nachfolgenden Generationen, wenn die Zinsen wieder steigen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thekla Walker
GRÜNE: Wer bezahlt die Brücken und Straßen?)

Die FDP/DVP-Fraktion hat mit ihren Anträgen gezeigt, wie es anders geht, und vor allem, wie es nachhaltig geht. Mit der Umsetzung unserer Anträge kommen Sie zu einer echten Kreditmarktschuldentilgung von 6 Milliarden €. Dazu gibt es noch eine voll gegenfinanzierte Steuersenkung durch Absenkung des Grunderwerbsteuersatzes auf 3,5 %. Die FDP/DVP steht für beides: für eine Entlastung der jungen Familien im Land und für nachhaltiges Haushalten.

Aber wir verzichten nicht nur auf das Schröpfen der Häuslekäufer. Wir wollen auch sinnvolle Ausgaben machen, die dringend notwendig sind. Es war Ihre Regierung, die auf eine Anfrage von uns bestätigt hat, dass beispielsweise im Regierungspräsidium Freiburg auf 22 Polizisten ein einziger Laptop kommt. Von der Versorgung mit Smartphones will ich da gar nicht erst reden. Für einen Minister, der sowohl die Verantwortung für die innere Sicherheit als auch für die Digitalisierung in seinem Haus vereint, ist es ein Armutszeugnis, dass keine vernünftige mobile IT für die Polizeikräfte im Land zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Unserem Antrag, ein solides Konzept für den Strafvollzug zu erarbeiten, sind Sie auch nicht gefolgt. Nötig wäre dies aber dringend angesichts der Situation in den Gefängnissen. Auch hier bleibt Ihre Regierung untätig.

Statt einen Beitrag zur Sicherheit im Land zu leisten, wollen Sie einen weiteren Stellenaufwuchs im Umweltbereich. Einen Beitrag zur Nachhaltigkeit mögen Sie das nennen. Ich sehe darin nur die strukturelle Schwächung des Haushalts, und zwar zulasten der jungen Generation und der aktuellen Steuerzahler.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was beim grünen Umweltminister geht, bekommen Sie beim schwarzen Landwirtschaftsminister nicht hin: Von 20 Stellen, die Peter Hauk für die Amtstierärzte gefordert hat – da muss man betonen, dass er die zu Recht gefordert hat –, bekommt er gerade einmal vier. Mit genügend Amtstierärzten könnte man die Kontrollen in den Betrieben aber maßgeblich verbessern. Dann könnte der Staat seine Aufgabe endlich besser wahrnehmen und die Tierhaltungsbetriebe kontrollieren und müsste das Feld nicht den teils illegalen Aktivitäten der sogenannten Tierrechtsaktivisten überlassen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Für das Tierwohl scheint man sich bei den Grünen also wohl nicht zu interessieren, wenn ein schwarzer Minister zuständig ist. Nachhaltig, wie Frau Sitzmann ihren Nachtragshaushalt nennt, ist das jedenfalls nicht.

Bei einem Schuldenstand von über 46 Milliarden € zahlt das Land 1,6 Milliarden € für Zinsen. Das scheint momentan ver-

treibar – das hatte ich schon gesagt –, kann sich aber schnell ändern. Wenn die Zinsen in den nächsten Jahren steigen, müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in diesem Land für den Fehler, den Sie heute machen, bezahlen. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, echte Schulden zu tilgen, um in Zukunft auf Zinssteigerungen vorbereitet zu sein. Das ist wahre Nachhaltigkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zum Abschluss möchte ich betonen: Einen – ich zitiere – „noch stabileren, noch nachhaltigeren und noch wetterfesteren Haushalt“, wie die Ministerin es nennt, beschließen Sie, werde Kolleginnen und Kollegen von Grünen und CDU, mit diesem Nachtrag und mit diesem Werk jedenfalls nicht. Im Gegenteil: Er sorgt eher dafür, dass der nächste Sturm das Dach abdeckt und dass es reinregnet. Die FDP/DVP-Fraktion lehnt den vorliegenden Nachtragshaushalt deshalb ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Bevor wir allerdings zur Abstimmung kommen, möchte ich mich noch kurz zu den Vorgängen von heute Vormittag unter Tagesordnungspunkt 1 äußern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war das erste Mal in der Geschichte des Hauses, dass nach einem Sitzungsausschluss die Polizei gebeten wurde, ein Mitglied des Landtags aus dem Sitzungssaal zu begleiten. Das ist nicht üblich und sollte in einem Parlament, das respektvoll miteinander umgeht, auch nicht nötig sein. Diese außergewöhnliche Hinzuziehung des polizeilichen Objektschutzes, der regulär im Landtag vertreten ist, war der Tatsache geschuldet, dass die beiden Adressaten meiner Aufforderung nicht Folge geleistet haben.

An dieser Stelle danke ich den Polizeibeamten ausdrücklich dafür, dass sie mir zur Durchsetzung des Hausrechts verholfen haben.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Bevor wir nun in die Abstimmung eintreten, gibt es den Antrag der AfD-Fraktion, für alle Anträge eine namentliche Abstimmung vorzunehmen.

(Oh-Rufe – Zuruf: Alle?)

Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung von Herrn Abg. Sckerl.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Demagogie der AfD! – Abg. Reinhold Gall SPD: Zwölf Stunden abstimmen! – Weitere Zurufe)

– Moment! Meine Damen und Herren, der Antrag auf eine namentliche Abstimmung ist das gute Recht jeder Fraktion.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das stimmt!)

(Präsidentin Muhterem Aras)

Auch das ist in der Geschäftsordnung geregelt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aber nicht alle!)

Bitte, Herr Abg. Sckerl.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich beantrage namens der Fraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP, in Abweichung von der Geschäftsordnung für die anstehenden Abstimmungen über den Nachtrag zum Staatshaushaltsplan die Zahl der namentlichen Abstimmungen auf zwei pro Fraktion zu beschränken – § 105 Absatz 1 der Geschäftsordnung.

Ohne diese Beschränkung ist es angesichts von 46 von der AfD-Fraktion beantragten namentlichen Abstimmungen – Klammer auf: Zeitdauer 15 bis 18 Stunden; Klammer zu – unmöglich,

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Vollzeitparlament!)

eine Einhaltung des Zeitplans für die heutige Sitzung zu gewährleisten. Hierdurch wird die Arbeitsfähigkeit des Parlaments stark beeinträchtigt, zumal der Arbeitsplan heute Nachmittag noch Sitzungen der Ausschüsse vorsieht.

Frau Präsidentin, ich bitte darum, die Beschlussfassung über diesen Geschäftsordnungsantrag herbeizuführen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Bevor wir darüber abstimmen --

(Abg. Anton Baron AfD meldet sich.)

– Herr Abg. Baron, bitte. Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Laut § 105 Absatz 2 muss dem auf Verlangen von fünf Abgeordneten zuerst einmal eine Prüfung durch den zuständigen Ausschuss vorausgehen. Das beantragen wir hiermit.

(Zuruf: Nicht zu verstehen! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, beide Anträge sind in der Geschäftsordnung so genannt. Beide Anträge sind korrekt. Über den Antrag von Herrn Abg. Sckerl lasse ich jetzt nicht abstimmen, weil zunächst der Ständige Ausschuss beraten muss.

Ich unterbreche die Sitzung jetzt für eine halbe Stunde. Zunächst findet zur Prüfung eine Sitzung des Ständigen Ausschusses statt. Danach setzen wir die Sitzung fort.

Vielen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:04 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 12:30 Uhr)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen und die Türen zu schließen.

Wir setzen die Sitzung nach der Unterbrechung fort. Ich bitte den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses, hier vorn über die Beratung des Antrags zu berichten. – Herr Abg. Dr. Scheffold, bitte.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU steht an einem Saalmikrofon.)

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe, u. a.: Lauter! – Gehen Sie doch bitte nach vorn! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nein. Ich bitte um Ruhe, dann versteht man ihn gut.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU begibt sich zum Re-deput.)

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die Angelegenheit kurz beraten. Wir waren uns im Ständigen Ausschuss einig, dass die Geschäftsordnungsanträge so, wie sie gestellt sind, abgestimmt werden können. Daher steht dem weiteren Verfahren nichts im Wege.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Vielen Dank, Herr Vorsitzender Dr. Scheffold. – Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! An diesem Morgen soll hier erneut ein würdeloses Schaustück stattfinden. Dass eine dumpfe Mehrheit aus Gleichgültigkeit, aus welchen Gründen auch immer,

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Fiechtner, geht's eigentlich noch? – Unruhe)

die eingetragenen Minderheitenrechte ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte kommen Sie zur Sache.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... dieses Parlaments mit Füßen treten will, ist eine Art Ermächtigung.

(Oh-Rufe – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das geht zu weit! – Unruhe)

Daher beantrage ich – ein Ermächtigungsgesetz in klassischer Weise – an dieser Stelle eine namentliche Abstimmung zu diesem Beschluss des Ständigen Ausschusses.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das geht gar nicht! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Bitte hören Sie einen Moment zu. – Wir sind immer noch bei § 105 der Geschäftsordnung: Abweichungen von der Geschäftsordnung. Der Ständi-

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

ge Ausschuss hat uns nach seiner Beratung empfohlen, darüber abzustimmen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Einstimmig! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Einstimmig empfohlen! Auch von der AfD empfohlen!)

Herr Abg. Dr. Fiechtner (fraktionslos) beantragt über diese Frage jetzt eine namentliche Abstimmung.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das geht doch gar nicht!)

Wird dieser Antrag von fünf Personen unterstützt? –

(Oh-Rufe – Unruhe)

Das ist der Fall.

(Abg. Nicole Razavi CDU zur AfD-Fraktion: Ihr habt doch gerade zugestimmt im Ständigen Ausschuss! Was soll denn das jetzt? – Abg. Tobias Wald CDU: Völliges Chaos bei der AfD!)

Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung über die Entscheidung über die Abweichung von der Geschäftsordnung.

(Anhaltende Unruhe)

Jetzt muss ich über diesen Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner abstimmen lassen. Wer dafür ist, stimme mit Ja, wer dagegen ist, stimme mit Nein. Ich bitte jetzt die Schriftführer, den Namensaufruf vorzunehmen. Frau Abg. Krebs beginnt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE und Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Worüber stimmen wir ab?)

– Wir stimmen, wie ich eben sagte, über den Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner – –

(Zuruf: Er hat doch gar keinen Antrag gestellt! – Große Unruhe)

– Okay. – Noch einmal: Wir stimmen jetzt namentlich ab über eine Abweichung von der Geschäftsordnung entsprechend dem Antrag von Herrn Abg. Sckerl.

Ich lese den Antrag noch einmal vor, den der Ständige Ausschuss auch so begutachtet hat. Herr Abg. Sckerl hatte gemäß § 105 der Geschäftsordnung – Abweichungen von der Geschäftsordnung – beantragt, für die anstehende Abstimmung über den Nachtrag zum Staatshaushaltsplan die Zahl der namentlichen Abstimmungen auf zwei Änderungsanträge pro Fraktion zu beschränken.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau! So ist es!)

Die Begründung brauche ich jetzt nicht mehr vorzulesen.

Wer diesem Antrag der Grünen zustimmt, stimme mit Ja – –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das heißt Grüne, CDU, FDP/DVP, SPD! – Abg. Reinhold Gall SPD: Da haben alle zugestimmt im Ausschuss! – Unruhe)

Wer diesem Antrag, den Herr Abg. Sckerl von den Grünen für mehrere Fraktionen gestellt hat, zustimmt, stimme mit Ja. Wer dagegen ist, stimme mit Nein.

Frau Schriftführerin Krebs übernimmt den Namensaufruf. Wir beginnen mit dem Buchstaben G.

(Namensaufruf)

Haben alle, die im Raum sind, abgestimmt? – Dann schließe ich den Abstimmungsvorgang und bitte um die Auszählung der Stimmen. Wir warten so lange.

(Auszählen der Stimmen)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung mitteilen:

Beteiligt haben sich 133 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 116 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 17 Abgeordnete gestimmt;
es gab keine Enthaltungen.*

Der Antrag hat somit die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. Ihm ist zugestimmt.

*

Mit J a haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Andrea Lindlohr, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walker, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinda Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbler, Sabine Kurtz, Siegfried Lorek, Claudia Martin, Paul Nemeth, Christine Neumann-Martin, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Schefold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ramazan Selcuk, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Jonas Weber, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölffe.

FDP/DVP: Stephen Brauer, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haubmann, Klaus Hoher, Daniel Karrais, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Mit **N e i n** haben gestimmt:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Harald Pfeiffer, Dr. Rainer Podeswa, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

Fraktionslos: Dr. Heinrich Fiechtner.

*

Das heißt, jede Fraktion hat jetzt die Möglichkeit, für die anstehenden Abstimmungen in dieser Nachtragshaushaltsberatung zwei Anträge zu benennen, bei denen eine namentliche Abstimmung durchgeführt werden soll. Ich bitte um Mitteilung, was Sie erwarten.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Frau Präsidentin!)

– Lassen Sie mich bitte kurz aussprechen. – Ich bitte jetzt um Nennung, welche Anträge dann namentlich abgestimmt werden sollen.

Herr Abg. Dr. Fiechtner, bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsidentin! Es handelt sich um die vorherige Abstimmung. Nachdem sich dieses Parlament entschlossen hat, in einer sehr, sehr merkwürdigen Weise zu agieren, beantrage ich, dass man diese Abstimmung noch einmal auszählt. Ich hege Zweifel, dass die Zahlen korrekt sind.

(Vereinzelt Lachen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ablehnen!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich darf noch einmal wiederholen – es ist so eindeutig –: Es haben sich 133 Abgeordnete beteiligt; mit Ja haben 116 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 17 Abgeordnete.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Noch mal auszählen!)

Ich bin nicht bereit, nochmals auszählen zu lassen. Ich verlasse mich hier auf das Ergebnis.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zurufe: Sehr gut!)

Welche Fraktion möchte denn namentliche Abstimmungen beantragen? – Die AfD. Würden Sie bitte sagen, zu welchen Änderungsanträgen?

Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin! Ich nenne Ihnen die Drucksachenummern. Das sind die Änderungsanträge Drucksachen 16/5353-37 und 16/5353-39.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut. Ich werde das dann im Laufe des Abstimmungsmarathons entsprechend aufrufen.

Wir sind bei TOP 2 und treten in der Zweiten Beratung in die **A b s t i m m u n g** ein. Wir beginnen mit Buchstabe a der Tagesordnung: Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19. Es handelt sich um die Drucksache 16/5100. Ich lasse zunächst über den Entwurf des

Nachtrags zum Staatshaushaltsplan 2018/19 der Landesregierung

entscheiden. Abstimmungsgrundlage dafür ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/5260.

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich die Abschnitte der Beschlussempfehlung jeweils einzeln und die Einzelpläne – soweit möglich – im Ganzen aufrufe. – Damit sind Sie jetzt einverstanden.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf und hier den neu aufzunehmenden

Einzelplan 01

Landtag

Zu Kapitel 0101 – Landtag – Titel 428 01 – Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigten) – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-11, vor, der eine personelle Verstärkung des Petitionsausschusses fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0101 – Landtag – liegt außerdem der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-12, vor, der in den Ziffern 1 bis 9 Änderungen zugunsten einer IT-Ausstattung in Eigenverantwortung der Fraktionen fordert.

Sind Sie damit einverstanden, über die neun Ziffern des Änderungsantrags gemeinsam abzustimmen? –

(Abg. Anton Baron AfD: Nein!)

Sie wollen, dass wir alle Ziffern einzeln abstimmen.

Wer stimmt Ziffer 1 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 1 abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 2 des Änderungsantrags zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 2 abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 3 des Änderungsantrags zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 3 ist damit abgelehnt.

Ich rufe Ziffer 4 des Änderungsantrags auf. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ziffer 4 ist damit ebenso mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Ziffer 5 auf. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ziffer 5 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Ziffer 6 des Änderungsantrags auf. Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 6 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Ziffer 7 auf. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ziffer 7 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Ziffer 8 auf. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Ziffer 8 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Ziffer 9 auf. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Auch Ziffer 9 ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Zu Kapitel 0104 – Landeszentrale für politische Bildung – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-13, vor, der die Streichung dieses Kapitels mit Ausnahme des Titels 685 01 – Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung – und der Titelgruppe 78 – Für die Gedenkstättenarbeit – fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0105 – Der Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-14, vor, der die ersatzlose Streichung dieses Kapitels fordert. Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag der Fraktion der AfD mehrheitlich abgelehnt.

Wer Einzelplan 01 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen, bitte? – Damit ist Einzelplan 01 – Landtag – mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt II auf:

Einzelplan 02

Staatsministerium

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen.

Zu Kapitel 0201 – Staatsministerium – Titelgruppe 86 – Arbeitsprogramm Gesellschaftlicher Zusammenhalt – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-15, vor, der die ersatzlose Streichung dieser Titelgruppe fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu Kapitel 0202 – Allgemeine Bewilligungen –, Drucksache 16/5353-1. Dieser Änderungsantrag will in Abschnitt I bei Titel 686 01 eine Erhöhung des Zuschusses an die Landesanstalt für Kommunikation zur Förderung der regionalen Fernsehsender und in Abschnitt II die Gegenfinanzierung aus Kapitel 1212 – Sammelansätze – Titel 359 01 – Entnahme aus der Rücklage für Haushaltsrisiken. Sind Sie damit einverstanden, über die Abschnitte I und II des Änderungsantrags zusammen abzustimmen? – Das ist der Fall. Danke schön.

Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der SPD mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 972 01 des Kapitels 0202 – Allgemeine Bewilligungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-16, vor, der eine Reduzierung der globalen Minderausgabe für den Einzelplan 02 begehrt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Einzelplan 02 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Einzelplan 02 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt III auf:

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen.

Zu Kapitel 0302 – Allgemeine Bewilligungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-17, vor, der bei Titel 684 02 die Erhöhung der Zuschüsse an den Landesverband Baden-Württemberg der Sinti und Roma ablehnt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Dann gibt es einen weiteren Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-18. Er fordert die Einfügung des Kapitels 0303 – Digitalisierung – und die Aufnahme des neuen Titels 712 01 N, um mit zusätzlichen Haushaltsmitteln die Stadt- und Landkreise bei der Einsetzung von Digitalisierungsmanagern zur Unterstützung der IT-Infrastruktur in Schulen zu unterstützen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-19, abstimmen, mit dem die Einfügung des Kapitels 0303 – Digitalisierung – gefordert wird, der durch zusätzliche Mittel bei Titel 883 70 beim Breitbandausbau die Gleichstellung der Kommunen im ländlichen Raum mit den städtischen Ballungszentren ermöglichen soll. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 883 72 – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände – des Kapitels 0310 – Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz, Rettungsdienst, Krisenmanagement – liegen zwei Änderungsanträge vor.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-20, abstimmen, der weiter gehend ist und mit dem die Verdopplung der Haushaltsansätze erreicht werden soll, um weitere Zuschussanträge für die Feuerwehrfahrzeugflotten bewilligen zu können. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5353-74, abstimmen, der die Beibehaltung des bisherigen Mittelansatzes fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0315 – Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei – Titel 812 69 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-57, vor, der mehr Mittel für digitale Technik bei der Polizei verlangt. Wer stimmt hier

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0316 – Polizeipräsidium Einsatz – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-21, vor, der mehr Mittel für die Anschaffung von Körperkameras vorsieht. Wer stimmt hier zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0331 – Migration – liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor. Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag Drucksache 16/5353-22 zu Titel 633 08 – Pauschale Erstattung von Aufwendungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen – abstimmen, der eine Reduzierung der Mittelansätze fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag zu Titel 534 75 – Dienstleistungen Dritter u. dgl. –, Drucksache 16/5353-23, abstimmen, der den Haushaltsansatz reduzieren will. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Einzelplan 03 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration – mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt IV auf:

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Zu Kapitel 0404 – Staatliche Schulämter – Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-24, vor, der fordert, dass die Ausgaben für den Datenschutzbeauftragten ohne zusätzliche Haushaltsmittel zu decken sind. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – des Kapitels 0410 – Realschulen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-25, vor, der verlangt, den Mittelansatz zu reduzieren. Wer stimmt dem zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0416 – Gymnasien und Staatliche Gymnasien in Aufbauform mit Internat – und zu Kapitel 0418 – Gemeinschaftsschulen – liegt jeweils ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksachen 16/5353-2 und 16/5353-3, vor, mit denen in Abschnitt I bei Titel 422 01 mehr Mittel zum Ausbau der Krankheitsreserve und in Abschnitt II die Gegenfinanzierung aus Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – Kapitel 1209 – Staatsvermögen – gefordert werden. Sind Sie

damit einverstanden, dass ich die beiden Änderungsanträge der Fraktion der SPD insgesamt aufrufe? – Danke schön.

Wer den beiden Änderungsanträgen der Fraktion der SPD zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind diese Änderungsanträge der Fraktion der SPD mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0420 – Berufliche Schulen (Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufliche Gymnasien, Berufsoberschulen, Fachschulen) – liegen zwei Änderungsanträge zu Titel 422 01 – Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten – vor.

Ich lasse zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-26, abstimmen, der weiter geht als der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5353-4, und eine Reduzierung des Mittelansatzes sowie im Stellenteil bei der Besoldungsgruppe A 13 – Studienrat – fordert. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-26, mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5353-4, abstimmen, der in Abschnitt I eine Erhöhung der Haushaltsmittel und Stellen für den Ausbau der Krankheitsreserve und in Abschnitt II die Gegenfinanzierung aus Kapitel 1209 – Staatsvermögen – des Einzelplans 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – fordert. Sind Sie damit einverstanden, dass ich über die Abschnitte I und II des Änderungsantrags gemeinsam abstimmen lasse? – Danke schön.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5353-4, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0436 – Allgemeine Schulangelegenheiten – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5353-5, vor, der in Abschnitt I die neue Titelgruppe 100 mit der Bezeichnung „Weiterbeschäftigung von Vertreterlehrkräften über die Sommerferien“ und einen neuen Titel 428 100 N – Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – vorsieht und in Abschnitt II die Gegenfinanzierung aus Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – Kapitel 1209 – Staatsvermögen – anstrebt. Sind Sie auch hier mit einer gemeinsamen Abstimmung einverstanden? – Danke schön.

Wer stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5353-5, zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0439 – Vorschulische Bildung und Betreuung – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5353-6, vor, der in Abschnitt I bei der Titelgruppe 90 – Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung – Änderungen beim Haushaltsvermerk und höhere Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände fordert, um einkommensschwache Familien zu entlasten. In Abschnitt II verlangt der Antrag die Gegenfinanzierung aus Einzelplan 12, wie schon vorgelesen. Sind Sie mit einer gemeinsamen Abstimmung einverstanden? – Danke schön.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5353-6, ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zuletzt zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5353-7, zu Kapitel 0460 – Sportförderung –, der in Abschnitt I bei Titel 883 80 N die Erhöhung der Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände verlangt und in Abschnitt II wiederum die Gegenfinanzierung über Einzelplan 12 fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben nun über den Einzelplan 04 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses abzustimmen. Wer Einzelplan 04 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Einzelplan 04 – Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über zwei Entschließungsanträge der Fraktion der FDP/DVP abzustimmen. Zu Kapitel 0439 – Vorschulische Bildung und Betreuung – liegt der Entschließungsantrag Drucksache 16/5353-58 vor, der einen Entwurf für ein Gesetz vorschlägt, mit dem wesentliche Bereiche der Kinder-tagespflege gesetzlich geregelt werden. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Entschließungsantrag Drucksache 16/5353-59 zu den Kapiteln 0443 – Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg –, 0444 – Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung – und 0448 – Zentrale Lehrerfortbildung und Akademie Schloss Rotenfels – abstimmen. Mit diesem Entschließungsantrag werden die Einberufung einer unabhängigen Sachverständigenkommission, die sich mit dem Qualitätskonzept für das baden-württembergische Bildungswesen befasst, und ein Fortbildungsbudget für jede Schule gefordert. Wer diesem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Abschnitt V auf:

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer Einzelplan 05 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine. Einzelplan 05 – Ministerium der Justiz und für Europa – ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch abzustimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-60, der zu Kapitel 0508 – Justizvollzugsanstalten – gestellt ist und fordert, dem Landtag bis zum 30. Juni 2019 ein Konzept zum Ausbau der Haftplätze und zur Verbesserung der Situation der Angehörigen des Justizvollzugs inklusive des Werkdienstes vorzulegen. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Abschnitt VI auf:

Einzelplan 06

Ministerium für Finanzen

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Zu Kapitel 0620 – Betriebe und Beteiligungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-61, vor, der fordert, den Titel 682 15 – Zuschuss an die NECKARPRI GmbH – neu in den Nachtrag aufzunehmen und die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel komplett zu streichen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Einzelplan 06 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Einzelplan 06 – Ministerium für Finanzen – mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt VII auf:

Einzelplan 07

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Zu Kapitel 0711 – Wohnungswesen – liegen drei Änderungsanträge vor.

Zunächst lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-27, der bei Titel 883 79 N – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden – fordert, die Haushaltsmittel zu streichen und für die Absenkung des Grunderwerbsteuersatzes zu verwenden. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-62, der das gleiche Anliegen verfolgt, aber später eingebracht wurde. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5353-8, zur Abstimmung. Dieser Antrag fordert in Abschnitt I, durch die Aufnahme von Titelgruppe 80 – Landesentwicklungsgesellschaft – mit einigen Titeln zusätzliche Haushaltsmittel bereitzustellen, wobei entsprechend Abschnitt II die Gegenfinanzierung über Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – Kapitel 1212 – Sammelansätze – erfolgen soll. Sind Sie mit einer gemeinsamen Abstimmung einverstanden? – Danke schön.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wer Einzelplan 07 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Einzelplan 07 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt VIII auf:

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Zu Kapitel 0802 – Allgemeine Bewilligungen – Titel 686 85 – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-28, vor, der aufgrund der Afrikanischen Schweinepest Mittel für die Gewährung einer Abschussprämie für Schwarzwild fordert. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Weiter liegt zu Kapitel 0802 der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-29, vor, der begehrt, einen neuen Titel 686 86 N – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke – aufzunehmen, um Mittel als Hegegeld für Raubwild und Raubzeug einzustellen. Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Einzelplan 08 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt IX auf:

Einzelplan 09

Ministerium für Soziales und Integration

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Zu Kapitel 0908 – Integration – Titel 633 02 – Maßnahmen im Rahmen des Pakts für Integration – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-30, vor, der aus allgemeinpolitischen Erwägungen Mittelkürzungen verlangt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Schön formuliert!
„Allgemeinpolitisch“! Mal was ins Schaufenster gestellt!)

Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0918 – Jugendhilfe – Titel 534 01 N – Altersüberprüfung von Flüchtlingen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-31, vor, der die Einstellung von Mitteln für die flächendeckende Altersüberprüfung minderjähriger und unbegleiteter Flüchtlinge fordert. Zustimmung? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der nächste Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-32, bezieht sich ebenfalls auf Kapitel 0918 und fordert als Folge des vorherigen Antrags Kürzungen beim neu einzufügenden Titel 633 79 – Kostenerstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0920 – Ältere Menschen und Pflege – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-33, vor, der in Ziffer 1 bei Titel 547 74 N – Sonstige sächliche Ausgaben – und in Ziffer 2 bei Titel 682 74 N – Zuschüsse zur Einrichtung einer Pflegekammer – eine Streichung verlangt.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich den Änderungsantrag insgesamt zur Abstimmung stelle?

(Zuruf von der AfD: Nein!)

– Gut. Ich rufe Ziffer 1 zur Abstimmung auf. Wer stimmt dieser Ziffer 1 zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Ziffer 1 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe dann Ziffer 2 auf. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch Ziffer 2 ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0921 – Förderung der Chancengleichheit und Demografie – Titel 684 01 – Zuschüsse an Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Frauenförderung tätig sind – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-34, vor, der eine Änderung der Erläuterung bei diesem Titel begehrt. Wer stimmt dem zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 0922 – Gesundheitspflege – Titel 891 91A N – Zuschüsse für Investitionen an kommunale und sonstige öffentliche Krankenhäuser – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-35, vor, der Mittelerhöhungen mit dem Ziel fordert, die Versorgung in der Fläche zu erhalten. Wer stimmt hier zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-36, der ebenfalls zu Kapitel 0922 gestellt ist und Titel 893 93A – Zuschüsse für Investitionen an private Krankenhäuser – betrifft, verlangt aus demselben Grund Mittelerhöhungen. Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Wer ent hält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Einzelplan 09 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einzelplan 09 – Ministerium für Soziales und Integration – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt X auf:

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer Einzelplan 10 in dieser Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt XI auf:

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Zu Kapitel 1201 – Steuern – Titel 053 01 – Grunderwerbsteuer – liegen zwei Änderungsanträge vor.

Hier geht es zuerst um den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-37, zu dem eine namentliche Abstimmung beantragt wurde. Es geht hier um eine Senkung der Grunderwerbsteuer. Wer dem Antrag zustimmt, der stimme mit Ja, wer dagegen ist, sage Nein.

Ich bitte Herrn Schriftführer Stauch, den Namensaufruf vorzunehmen. Er beginnt mit dem Buchstaben H.

Ich bitte Herrn Stauch, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Raum, der abstimmen möchte? – Dann kann ich die Abstimmung schließen. Vielen Dank.

Dann müssen wir einen Moment warten, bis die Auszählung erfolgt ist.

(Auszählen der Stimmen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben. – Wenn Sie bitte wieder Ihre Plätze einnehmen wollen, da wir gleich weitermachen müssen.

Beteiligt haben sich 135 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 19 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 116 Abgeordnete gestimmt.*

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-37, ist damit abgelehnt.

(Zuruf: Gott sei Dank!)

*

Mit Ja haben gestimmt:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Heiner Merz, Harald Pfeiffer, Dr. Rainer Podeswa, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

Fraktionslos: Dr. Heinrich Fiechtner.

Mit Nein haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Andrea Lindlohr, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Köbler, Sabine Kurtz, Siegfried Lorek, Claudia Martin, Paul Nemeth, Christine Neumann-Martin, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulstblei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ramazan Selcuk, Rainer Stickerberger, Andreas Stoch, Jonas Weber, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfl.

FDP/DVP: Stephen Brauer, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Daniel Karrais, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

*

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion – – Bitte?

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ich möchte mein Abstimmungsverhalten erklären!)

– Ja, dann bitte. Machen Sie das bitte auch vom Saalmikrofon aus.

(Zurufe)

Herr Abg. Dr. Podeswa möchte seine Abstimmung erklären. Das ist ganz kurz möglich.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Das ist nach der Geschäftsordnung fünf Minuten lang möglich, was sehr kurz ist angesichts der bedeutenden Entscheidung, die dieses Haus hier getroffen hat und die von den Bürgern sicherlich mit großem Ernstauen zur Kenntnis genommen wird.

Der CDU-Parteitag spricht sich für die Abschaffung der Grunderwerbsteuer aus,

(Zurufe von den Grünen: Ihr Abstimmungsverhalten!)

(Dr. Rainer Podeswa)

der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Herr Professor Reinhart, spricht sich für die Abschaffung der Grunderwerbsteuer aus, die FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg stellt einen Antrag zur Abschaffung der Grunderwerbsteuer, und die AfD ebenfalls.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und?)

Bei einer Beteiligung von 135 Abgeordneten an der namentlichen Abstimmung darf nach dem Ergebnis von 116 Gegenstimmen

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und?)

davon ausgegangen werden, dass der überwiegende Teil der Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU unserem Änderungsantrag nicht stattgegeben hat und damit offensichtlich eine Entlastung der Bürger –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was hat das mit Ihrem Abstimmungsverhalten zu tun? – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollen Ihr Abstimmungsverhalten erklären! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Podeswa, würden Sie bitte Ihr persönliches Abstimmungsverhalten begründen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Ich begründe mein persönliches Abstimmungsverhalten damit, dass angesichts – wie schon dargestellt – der Haushaltslage und der Lage auf dem Wohnungsmarkt eine Entlastung der Bürger und eine Entlastung des Wohnungsmarkts geboten sind.

Dazu bietet sich unbürokratisch und ohne Subventionitis die ganz einfache Möglichkeit, den Grunderwerbsteuersatz wieder auf den Stand zurückzuführen, wie er vor einer Haushaltsnotlage war und wie er im Übrigen in Bundesländern, mit denen sich Baden-Württemberg gern vergleicht, z. B. Bayern, gegeben ist. Deshalb war es eine pure Selbstverständlichkeit,

(Zurufe – Unruhe – Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, können Sie für Ruhe sorgen?)

dieser Entlastung der Bürger und des Wohnungsmarkts zuzustimmen, was ich auch getan habe.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, was begehren Sie?

(Heiterkeit)

Ist das auch eine Begründung des persönlichen Abstimmungsverhaltens?

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsidentin, ich habe einen Geschäftsordnungsantrag.

Ich hatte vorhin darum ersucht, das Ergebnis der Abstimmung, das letztlich die weiteren Abstimmungen ermöglicht hatte, nochmals nachzuzählen. In § 99 Absatz 7 der Geschäftsordnung steht:

Wird die Richtigkeit von einem Abgeordneten bezweifelt, so erfolgt sofort eine Nachprüfung durch die Schriftführer und den Präsidenten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl und Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ist erfolgt!)

– Das ist nicht erfolgt,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ist erfolgt!)

und insofern sind alle darauf folgenden Abstimmungen aller Wahrscheinlichkeit nach nicht rechtskonform

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

und müssen demzufolge wahrscheinlich noch einmal durchgeführt werden. Ich bitte, das im Präsidium zu klären.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, es muss ja irgendwie auch plausibel sein. Ich habe Ihnen eben vorgelesen, wie die Verhältnisse sind.

(Abg. Tobias Wald CDU zur AfD: Ein AfDler hat mit ausgezählt! Können Sie nicht zählen, oder was? – Abg. Nicole Razavi CDU: Weitermachen! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Wir hatten vorhin 116 Jastimmen und 17 Neinstimmen, Herr Abg. Dr. Fiechtner. Wie oft soll ich das auszählen lassen, damit Ihnen das Ergebnis recht ist?

(Abg. Anton Baron AfD: Die Minderheitenrechte sollten hier schon gewahrt bleiben! – Anhaltende Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das war eine Frage. Kann ich darauf antworten?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wieso hat er das Wort, Frau Präsidentin? Wo sind wir denn hier?)

Frau Präsidentin, das Wort „Plausibilität“ taucht in der Geschäftsordnung nicht auf.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das ist ein Kasperletheater der AfD! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Das macht ihr doch schon zweieinhalb Jahre mit uns! Jetzt müsst ihr es mal aushalten!)

Es ist lediglich festgehalten, dass ein Abgeordneter die Richtigkeit bezweifeln müsse, um eine erneute Auszählung loszutreten. Das bitte ich zu tun, und dann wird man wahrscheinlich noch einmal alle darauf folgenden Abstimmungen durchführen müssen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es gibt keine Auszählung, weil es keine Stimmzettel gegeben hat!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, es ist in der Zwischenzeit noch einmal nachgezählt worden. Es hat alles seine Richtigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Tobias Wald CDU: Er soll selbst auszählen!)

Also, Sie beantragen Nachzählung, und diese ist erfolgt.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das hatte ich schon vorher beantragt.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich kann Ihnen kein anderes Abstimmungsergebnis mitteilen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Aber nicht, bevor all diese Abstimmungen erfolgt sind.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ja, doch, in der Zwischenzeit – –

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Das heißt, das Plenum hat offensichtlich auf einer falschen Rechtsgrundlage weiter gehandelt. Demzufolge müsste man jetzt noch einmal auszählen, das Ergebnis noch einmal verkünden und festhalten, und dann kann man noch einmal zählen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der hat nicht ständig das Wort! Wo sind wir denn? – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Jetzt machen wir weiter! – Lebhaftige Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es ist noch einmal überprüft worden.

Ich bitte jetzt um Ruhe. Wir schreiten mit der Abstimmung fort.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es reicht uns jetzt!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Guter Antrag!)

Drucksache 16/5353-63, der sich ebenfalls für eine Senkung des Grunderwerbsteuersatzes ausspricht. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 1205 – Kommunaler Finanzausgleich – Titel 613 11 – Grunderwerbsteuerüberlassung an die Stadt- und Landkreise nach dem örtlichen Aufkommen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-38, vor, der verlangt, den Kommunen die fehlenden Mittel durch eine Grunderwerbsteuersenkung zu ersetzen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur nächsten namentlichen Abstimmung. In dem Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-39, der sich ebenfalls auf Kapitel 1205 bezieht und Titel 633 01 – Zuweisungen an Stadt- und Landkreise zur

Durchführung der Schülerbeförderungskostenerstattung – betrifft, wird eine Mittelerhöhung gefordert, um jedem Kind die kostenlose Schülerbeförderung zu ermöglichen.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD. Frau Schriftführerin Krebs nimmt den Namensaufruf vor und beginnt beim Buchstaben K.

Frau Abg. Krebs, fangen Sie bitte an.

(Namensaufruf)

Sind noch Kolleginnen oder Kollegen im Raum, die abstimmen wollen? Haben jetzt alle abgestimmt, die im Raum sind? –

(Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben!)

Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung zum Auszählen.

(Auszählen der Stimmen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Ich kann das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag Drucksache 16/5353-39 bekannt geben.

Beteiligt haben sich 135 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 18 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 116 Abgeordnete gestimmt;
enthalten hat sich ein Abgeordneter.*

Der Änderungsantrag Drucksache 16/5353-39 ist damit abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

AfD: Dr. Rainer Balzer, Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Klaus Dürr, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Stefan Herre, Rüdiger Klos, Dr. Heiner Merz, Harald Pfeiffer, Dr. Rainer Podeswa, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Udo Stein, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Susanne Bay, Beate Böhlen, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Nese Erikli, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Andrea Lindlohr, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Edith Sitzmann, Franz Untersteller, Thekla Walker, Jürgen Walter, Dorothea Wehinger, Elke Zimmer.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Thomas Dörfinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Sylvia Felder, Marion Gentges, Fabian Gramling, Friedlinde Gurr-Hirsch, Manuel Hagel, Sabine Hartmann-Müller, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Ho-

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

ckenberger, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Kößler, Sabine Kurtz, Siegfried Lorek, Claudia Martin, Paul Nemeth, Christine Neumann-Martin, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Schefold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulstblei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Georg Nelius, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ramazan Selcuk, Rainer Stickelberger, Andreas Stoch, Jonas Weber, Dr. Boris Weirauch, Sabine Wölfl.

FDP/DVP: Stephen Brauer, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Daniel Karrais, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Dr. Erik Schweickert, Nico Weinmann.

Der Stimme e n t h a l t e n hat sich:

Fraktionslos: Dr. Heinrich Fiechtner.

*

Es gibt noch einmal einen Wunsch auf Abgabe einer persönlichen Erklärung. – Herr Abg. Dr. Balzer. Bitte.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, danke. – Ich möchte mein persönliches Abstimmungsverhalten zu unserem Änderungsantrag erklären, der jedem Kind die kostenlose Schülerbeförderung ermöglichen will.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das wollen wir nicht wissen!)

Diese Diskussion hat mich sehr lange umgetrieben. Ich habe mich in der Diskussion auch sehr intensiv mit dem auseinandergesetzt, was Grüne, Sozialdemokraten und Christdemokraten zum Thema Nahverkehr als Letztes auch im Wissenschaftsausschuss geäußert haben. Man will ja eigentlich die kostenlose Nahverkehrskarte für Studenten. Es gibt Kommunen, die schon für Familien, aber auch für Nicht-Familien den kompletten Nahverkehr kostenlos machen wollen. Wir – alle Fraktionen hier – wollen eigentlich die Familien, die Kinder und vor allem die Bildungschancen fördern.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist doch keine persönliche Erklärung! Er redet ständig über die anderen!)

Deshalb habe ich diesem Antrag zugestimmt und wundere mich, dass dieses Hohe Haus diese Chance für eine Förderung der Bildung – im Besonderen aus den Reihen der Grünen und der Sozialdemokraten wird das ja häufig gesagt – einfach fallen lässt und hier nicht zustimmt.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Danke für das Zuhören, Herr Lede Abal, bei meiner Erklärung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das war keine persönliche Erklärung! – Gegenruf des Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Das war eine persönliche Erklärung, nämlich die meine!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wir schreiten fort mit der Abstimmung über die Änderungsanträge – besonders von der AfD – und kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-40, zu Titel 633 07 – Förderung der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Er betrifft ebenfalls Kapitel 1205. Mit diesem Antrag wird eine Mittelkürzung gefordert.

(Mehrere Abgeordnete unterhalten sich im Stehen miteinander.)

– Ich darf die Kollegen bitten, ihre Plätze wieder einzunehmen, damit wir abstimmen können.

Wir sind jetzt wieder in der Abstimmung. Wissen Sie jetzt alle, worum es geht?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Okay. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich bitte jetzt darum, dass wir diesen Abstimmungsmarathon gemeinsam durchstehen.

Zu Kapitel 1206 – Schulden und Forderungen – liegen vier Änderungsanträge vor. Drei davon betreffen den Titel 325 86 – Auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt.

Zunächst stelle ich den weiter gehenden Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-64, zur Abstimmung, der verlangt, die gesamte Schuldentilgungsverpflichtung in die Tilgung der Kreditmarktschulden zu setzen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5353-9, der in Abschnitt I neben dem gleichen Titel in Abschnitt II auch noch Kapitel 1212 – Sammelansätze – betrifft und ebenfalls eine verstärkte Schuldentilgung einfordert. Darf ich das wieder insgesamt zur Abstimmung stellen? – Danke schön.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-41, zum gleichen Titel. Er wünscht ebenfalls eine verstärkte Schuldentilgung. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich – ebenfalls bei Kapitel 1206 – den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-65, zu Titel 575 86 – Zinsen an den sonstigen inländischen Kreditmarkt – zur Abstimmung, der nach der geforderten gesamten Schuldentilgungsverpflichtung eine Senkung der Zinsausgaben vorsieht. Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 1208 – Staatlicher Hochbau – liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der AfD vor.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Der Änderungsantrag Drucksache 16/5353-42 fordert mit dem neuen Titel 711 05 N – Neubau Abschiebehafplätze – zusätzliche Mittel. Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag Drucksache 16/5353-43 verlangt mit dem neuen Titel 715 16 N – Neu- und Umbaumaßnahmen Hochschule der Polizei in Villingen-Schwenningen – Mittel für die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur. Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 1209 – Staatsvermögen – Titel 916 01 N – Zuführung an den Allgemeinen Grundstock – liegen zwei Änderungsanträge vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-66, zur Abstimmung, der neben der Streichung der im Nachtragshaushalt vorgesehenen Zuführung zum Allgemeinen Grundstock auch noch die Streichung des Haushaltsvermerks fordert. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-44, der ebenfalls die Streichung dieses Haushaltsansatzes verlangt. Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der Fraktion AfD ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 1212 – Sammelansätze – liegen acht Änderungsanträge vor.

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-45, zur Abstimmung, der den Titel 359 07 N – Entnahme aus der Rücklage für den Gesellschaftlichen Zusammenhalt – und den Titel 919 07 N – Zuführung aus der Rücklage für das Arbeitsprogramm Gesellschaftlicher Zusammenhalt – betrifft und die Streichung der beiden Titel begehrt. Wer ist für die Streichung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-46, der Titel 416 01 – Globale Mehrausgaben für Personalausgaben einschließlich Versorgungsbezüge, Beihilfen und Nachversicherungen – betrifft und als Folge von Stelleneinsparverpflichtungen Minderausgaben verlangt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-47, fordert die Neuaufnahme des Titels 633 01 N – Fit For Return – und die Einstellung von Haushaltsmitteln zur Vorbereitung auf die Rückführung von Asylbewerbern. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-48, fordert eine Kürzung bei Titel 919 01 N – Zuführung an die Rücklage für Haushaltsrisiken –, eine geänderte Fassung eines Haushaltsvermerks und eine Ergänzung der Erläuterung für die Finanzierung mehrerer Zwecke, u. a. Schülerbeförderung und Ausbau der Breitbandinfrastruktur. Wer

stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-67, zur Abstimmung, der bei Titel 919 05 – Zuführung an die Rücklage für Maßnahmen im Sinne des § 1 Absatz 3 der VO zu § 18 LHO – Kürzungen vorsieht, um die Rückführung von Kreditmarktschulden zu ermöglichen. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-68, fordert eine Kürzung bei Titel 919 06 – Zuführung an die Rücklage für den Strategiedialog Automobilwirtschaft Baden-Württemberg. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-69, fordert die Streichung der Mittel bei Titel 919 07 N – Zuführung an die Rücklage für das Arbeitsprogramm Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-70, fordert eine Kürzung bei Titel 919 10 – Zuführung an den Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg – zwecks Erhöhung der Kreditmarktschuldentilgung. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 1223 – Zukunftsinvestitionen – liegen zwei Änderungsanträge vor.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-49, fordert die Neuaufnahme der Titelgruppe 94 – Digitalisierung – und Mittelkürzungen bei Titel 547 94 – Sachaufwand – aufgrund der Streichung des Projekts „ella“. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-71, fordert eine Änderung bei Titelgruppe 95 – Kommunaler Sanierungsfonds – und die Streichung der Mittel bei Titel 883 95A – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Einzelplan 12 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt XII auf:

Einzelplan 13

Ministerium für Verkehr

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Zunächst stelle ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/5353-10, zur Abstimmung. Dieser Antrag fordert in Abschnitt I, der Kapitel 1303 – öffentlicher Verkehr – betrifft, durch die Aufnahme von Titelgruppe 96 – Förderung/Erwerb von Schienenfahrzeugen im ÖPNV/SPNV –, unter dem Titel 891 96 – Zuweisungen für Investitionen an öffentliche Unternehmen – zusätzliche Haushaltsmittel bereitzustellen. Die in Abschnitt II beantragte Gegenfinanzierung soll über Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – Kapitel 1212 – Sammelansätze – erfolgen. Sind Sie damit einverstanden, über die Abschnitte I und II gemeinsam abzustimmen? – Danke.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-50, fordert bei Kapitel 1304 – Straßenverkehr – die Neuaufnahme des Titels 633 77 – Erstattung an Stadt- und Landkreise – und eine Erhöhung der Mittel, um kleinere Straßenschäden schnell bearbeiten zu können und schlimmere Schäden zu minimieren. Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ebenfalls bei Kapitel 1304 verlangt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-51, bei Titel 786 79 die Reduzierung der Mittel für Radwege an Landesstraßen. Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Die haben ihren eigenen Antrag abgelehnt!)

– Kann ich weitermachen? – Das gleiche Ansinnen verfolgt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-72.

(Unruhe)

– Habe ich die verwechselt?

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Nein, nein, die sind kopiert!)

Wer stimmt dem Antrag der Fraktion der FDP/DVP zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Er ist auch mehrheitlich abgelehnt.

Dann kommt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-52. Er fordert bei Kapitel 1306 – Nachhaltige Mobilität – die Neuaufnahme des Titels 919 01 N – Zuführung an die Rücklage Luftreinhaltung, insbesondere für die Landeshauptstadt Stuttgart. Mit dem Antrag sollen Minderausgaben erzielt werden. Wer stimmt dem Antrag zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-53, der beim gleichen Kapitel die Neuaufnahme des Titels 534 80 – Kosten für Dienstleistungen Dritter und dgl. – und eine Kürzung des Haushaltsansatzes verlangt.

(Einige Abgeordnete unterhalten sich stehend im hinteren Bereich des Plenarsaals.)

– Meine Herren, Sie mögen bitte außerhalb des Plenarsaals weitersprechen. Das ist bitter, ich weiß. Aber nehmen Sie bitte die Plätze wieder ein.

(Abg. Anton Baron AfD: Unglaublich!)

Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ebenfalls zum gleichen Kapitel gestellt ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-54, der bei Titel 686 88B – Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland – Kürzungen im Jahr 2019 begehrt. Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-55, fordert bei Kapitel 1306 – Nachhaltige Mobilität – die Neuaufnahme des Titels 883 84 – Planung und Bau von Radschnellverbindungen – und eine Streichung der Mittel, die bisher für die Umsetzung kommunaler Radschnellwegeprojekte im Jahr 2019 vorgesehen sind.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Katzenstein?)

Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Einzelplan 13 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt XIII auf:

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses.

Zu Kapitel 1402 – Allgemeine Bewilligungen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5353-56, vor, der fordert, bei Titel 429 76 – Personalaufwand – bei der Initiative zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Wissenschaft die Mittel und eine Erläuterung zu streichen. Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Auch dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Zu Kapitel 1403 – Allgemeine Aufwendungen für die Hochschulen – liegt der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/5353-73, vor, der eine neue Titelgruppe für einen Strukturfonds zur Förderung und zum Erhalt kleiner Hochschulstandorte fordert. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Einzelplan 14 in der Fassung der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Meine Damen und Herren, wir kommen in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g** über den Entwurf des Nachtragsgesetzes der Landesregierung

(Unruhe)

– Bitte?

Das Gesetz trägt den Titel:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Es handelt sich um die Drucksache 16/5100. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/5261. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 16/5261 zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Staatshaushaltsgesetzes 2018/19

in der Fassung der Beschlussempfehlung mit den Nummern 1 bis 9.

Zu Artikel 1 liegen der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/5358-2, und der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5358-1, vor.

Zuerst lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5358-1, abstimmen, der Stelleneinsparverpflichtungen fordert. Ich schlage Ihnen vor, diesen Änderungsantrag insgesamt zur Abstimmung zu stellen. Sind Sie damit einverstanden?

(Abg. Anton Baron AfD: Nein! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das wäre ja jetzt lächerlich, Herr Kollege! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist lächerlich! Reine Schikane! – Abg. Sabine Wölfl SPD: Kindergarten! – Abg. Reinhold Gall SPD: Passt zu ihnen! Kindisch!)

– Dann rufe ich den Antrag ziffernweise auf.

(Unruhe)

– Ich bitte um Ruhe. Ich suche nur geschwind den Antrag.

Wir kommen zu Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der AfD. Wer stimmt Ziffer 1 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Ziffer 1 ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Ziffer 2. Wer stimmt dieser Ziffer zu? –

(Abg. Anton Baron AfD: Beleidigungen!)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Auch diese Ziffer ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Ziffer 3 des Änderungsantrags. Wer stimmt dieser Ziffer zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit

ist der Änderungsantrag der Fraktion der AfD in allen drei Ziffern mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/5358-2, der eine Grundlage für eine unentgeltliche Herausgabe von NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturgütern an die Berechtigten schaffen soll. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? –

(Zurufe)

Dem Änderungsantrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, Artikel 1 insgesamt zur Abstimmung zu stellen. Sind Sie einverstanden?

(Zuruf von der AfD: Nein!)

– Sie auch wieder nicht.

Wer stimmt Nummer 1 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 Nummer 1 so zugestimmt.

Wir kommen zu Artikel 1 Nummer 2. Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Nummer 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 3. Wer stimmt hier zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 4. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Nummer 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 5. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Nummer 5 ist ebenfalls mehrheitlich zugestimmt.

Nummer 6: Wer ist dafür? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 7. Wer stimmt Nummer 7 zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Auch Nummer 7 ist mehrheitlich zugestimmt.

Nummer 8: Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch Nummer 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Bei Nummer 9 bitte ich um Handzeichen für Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 9 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wer Artikel 1 mit der beschlossenen Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Staatshaushaltsplans 2018/2019

Wer stimmt Artikel 2 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer stimmt Artikel 3 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun gemäß dem zu Sitzungsbeginn getroffenen Beschluss zur **A b s t i m m u n g** in der Dritten Beratung. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in der Zweiten Beratung gefassten Beschlüsse zu den Drucksachen 16/5260 und 16/5261.

Zunächst rufe ich wieder auf:

Entwurf des Nachtragshaushaltsplans der Landesregierung

Einzelplan 01

Landtag

Wer stimmt Einzelplan 01 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 01 – Landtag – ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer stimmt Einzelplan 02 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 02 – Staatsministerium – ist mehrheitlich zugestimmt.

Einzelplan 03

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration

Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration – ist mehrheitlich zugestimmt.

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport

Wer stimmt Einzelplan 04 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 04 ist mehrheitlich zugestimmt.

Einzelplan 05

Ministerium der Justiz und für Europa

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Einzelplan 05 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 06

Ministerium für Finanzen

Wer stimmt zu? Handzeichen, bitte! – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist auch Einzelplan 06 – Ministerium für Finanzen – mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

Einzelplan 07

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Handzeichen bitte für Zustimmung! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch Einzelplan 07 – Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – mehrheitlich zugestimmt.

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Wer stimmt zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – ist auch mehrheitlich zugestimmt.

Einzelplan 09

Ministerium für Soziales und Integration

Wer stimmt zu? Ich bitte um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 09 – Ministerium für Soziales und Integration – ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

Einzelplan 10

Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Wer stimmt Einzelplan 10 zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Wer stimmt Einzelplan 12 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – ist ebenfalls mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 13

Ministerium für Verkehr

Wer stimmt Einzelplan 13 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr – ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Auch Einzelplan 14 – Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst – ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Jetzt kommen wir in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Entwurf des Nachtragsgesetzes der Landesregierung:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19

Dabei handelt es sich um die Drucksache 16/5100. Abstimmungsgrundlage sind auch hier die soeben in Zweiter Beratung gefassten Beschlüsse.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Staatshaushaltsgesetzes 2018/19

mit den Nummern 1 bis 9. Darf ich den Artikel 1 insgesamt zur Abstimmung stellen?

(Abg. Anton Baron AfD: Nein!)

– Okay.

Ich rufe Nummer 1 von Artikel 1 auf. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Nummer 1 mehrheitlich zugestimmt.

Das Ganze machen wir jetzt bis Nummer 9.

(Abg. Thomas Blenke CDU: 2 bis 9!)

Nummer 2: Zustimmung? – Ablehnung? – Enthaltungen? – Nummer 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Nummer 3: Zustimmung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Wir haben auch Nummer 3 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 4. Zustimmung? – Ablehnung? – Enthaltungen? – Nummer 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 5. Ich bitte um Handzeichen für Zustimmung. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nummer 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Nummer 6 steht zur Abstimmung. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Nummer 6 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 7. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Nummer 7 ist mehrheitlich zugestimmt.

Nummer 8: Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Nummer 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 9. Zustimmung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch Nummer 9 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 insgesamt mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Staatshaushaltsplans 2018/2019

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. Dezember 2018 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2018/19“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Tobias Wald CDU: Sehr gut!)

Wir kommen zur **A b s t i m m u n g** über Punkt 2 b der Tagesordnung. Das betrifft das

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Kindertagesbetreuungsgesetzes

Es handelt sich um die Drucksache 16/5111. Abstimmungsgrundlage ist Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/5262. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit Änderungen in Artikel 1 zuzustimmen.

Zu dem Gesetzentwurf liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/5369, vor, den ich an der entsprechenden Stelle zur Abstimmung stellen werde.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Ich würde Ihnen gern vorschlagen, Artikel 1 insgesamt zur Abstimmung zu stellen.

(Zuruf: Gern! – Abg. Reinhold Gall SPD: Dann stelle ich einen Geschäftsordnungsantrag!)

– Bitte, Herr Abg. Gall.

Abg. Reinhold Gall SPD: Frau Präsidentin, ich stelle nach § 45 der Geschäftsordnung den Geschäftsordnungsantrag, dass der Landtag beschließt, über den Artikel im Gesamten abzustimmen.

(Beifall des Abg. Klaus Hoher FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann stelle ich diesen Antrag nach § 45 Absatz 5 der Geschäftsordnung zur Abstimmung. Wer stimmt zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Geschäftsordnungsantrag zugestimmt. Wir können jetzt über Artikel 1 insgesamt abstimmen.

(Zuruf von der AfD: Kartellparteien! – Abg. Nicole Razavi CDU zu Abg. Reinhold Gall SPD: Das hättest du auch früher machen können!)

Wer stimmt Artikel 1 zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Weitere Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

mit den Nummern 1 und 2. Ich würde auch gern den Artikel 2 insgesamt zur Abstimmung stellen.

(Abg. Anton Baron AfD: Nein! – Unruhe – Abg. Reinhold Gall SPD meldet sich.)

– Herr Abg. Gall, bitte.

Abg. Reinhold Gall SPD: Dann stelle ich den gleichen Geschäftsordnungsantrag noch einmal zu Artikel 2.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut. Auch hier steht ein Antrag gemäß § 45 Absatz 5 der Geschäftsordnung zur Abstimmung. Wer stimmt dem zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Geschäftsordnungsantrag zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Artikel 2 im Gesamten. Wer stimmt Artikel 2 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU, Drucksache 16/5369, abstimmen, der die Einfügung eines neuen Artikels 3 zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes in den Gesetzentwurf sowie die dazugehörigen Folgeänderungen begehrt. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Änderungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP und Abg. Udo Stein AfD: Einstimmig!)

– Danke. Einstimmig.

Ich rufe auf

Artikel 4 (neu)

Änderung des Kindertagesbetreuungsgesetzes

mit den Nummern 1 bis 3. Sind Sie damit einverstanden, dass ich den Artikel 4 (neu) insgesamt zur Abstimmung stelle?

(Zurufe: Ja! – Abg. Anton Baron AfD: Nein! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es sind bloß drei Nummern, Frau Präsidentin! Das verkraften wir!)

– Dann lasse ich zunächst über Nummer 1 abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Nummer 1 mehrheitlich zugestimmt.

(Zuruf von der AfD: Einstimmig!)

Nun lasse ich über Nummer 2 abstimmen. Wer stimmt Nummer 2 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Nummer 2 einstimmig zugestimmt.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Nummer 1 auch!)

Wir kommen zur Abstimmung über Nummer 3. Wer stimmt dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch Nummer 3 einstimmig zugestimmt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Artikel 4 (neu). Wer Artikel 4 (neu) zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 4 (neu) mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5 (neu)

Inkrafttreten

Wer Artikel 5 (neu) zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist hier einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. Dezember 2018 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Kindertagesbetreuungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/5262, abzustimmen. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 16. November 2018 – Bericht der Gemeinsamen Finanzkommission –, Drucksache 16/5115, Kenntnis zu nehmen. Wer Abschnitt II dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt II einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Wir kommen unter Punkt 2 c der Tagesordnung zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung und den Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 20. November 2018 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2018 bis 2022 –, Drucksachen 16/5213 und 16/5263. Der Ausschuss für Finanzen schlägt Ihnen in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 16/5263 vor, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 20. November 2018, Drucksache 16/5213, Kenntnis zu nehmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 16/5164

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/5289

Berichterstatter: Abg. Sascha Binder

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Als Erster hat für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Themenwechsel: Nach langer Haushaltsberatung haben wir jetzt das Thema Landesverfassungsschutzgesetz. Ich will mich auf das Wesentliche beschränken.

Was sind die wesentlichen Inhalte des vorliegenden Gesetzentwurfs? Es geht zum einen um die Anpassung von Datenschutzregelungen als Folge der Änderungen des allgemeinen Datenschutzrechts durch die Einführung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung. Dies betrifft natürlich das Landesverfassungsschutzgesetz, das Ausführungsgesetz zum Artikel 10-Gesetz und andere.

Zum Zweiten werden zwei Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz im Rahmen der Vorfeldaufklärung, u. a. bei der Terrorismusbekämpfung, aber nicht nur dort, an bestehende bundesrechtliche Regelungen angepasst.

Bekanntlich, meine Damen und Herren, gilt anstelle der Datenschutz-Grundverordnung im Bereich des Inneren, damit auch des Verfassungsschutzes, die sogenannte II-Richtlinie. Aber auch sie enthält für uns die bindende Verpflichtung, den Datenschutz im Bereich der Innenpolitik auf ein entsprechendes Niveau zu heben.

Ich glaube, dass das Datenschutzniveau dieses Gesetzes nicht wesentlich verändert werden musste. Schon zuvor war ein gutes datenschutzrechtliches Niveau erreicht. Das liegt nicht zuletzt an der Reform des letzten Jahres; dort hatten wir bereits die Vorgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, u. a. zum Antiterrordateigesetz, umgesetzt. Damit werden nach unserer Überzeugung Bürgerrechte im Zusammenhang mit diesem Gesetz ausreichend geschützt.

Die Neufassung des Landesverfassungsschutzgesetzes ist auch ein Beitrag zum besseren Verständnis von Gesetzen. Um die Rechte von Bürgern gerade in so sensiblen Bereichen zu wahren, ist es u. a. auch sehr wichtig, dass Gesetze verständlich sind. Nun ist ein solches Landesgesetz für Verfassungsschutz keine ganz einfache Lektüre. Wir haben deshalb die Reform zum Anlass genommen, das Gesetz verständlicher zu machen, neu zu strukturieren und an etlichen Stellen auch glattzuziehen. Das Gesetz ist nach unserer Überzeugung, meine Damen und Herren, dadurch besser geworden. Es hat eine Struktur, die sich nicht nur absoluten Experten in diesem Bereich, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern erschließt, die sich einmal zufällig für diese Materie interessieren.

Im Ergebnis halten wir – das ist für uns wichtig – den Verfassungsschutz handlungsfähig in all seinen Aufgaben. Gleichzeitig wahren wir die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger.

Im Gesetzentwurf werden die Voraussetzungen für den sogenannten IMSI-Catcher angepasst. Sie wissen, was für ein Instrument das ist: Mit ihm kann man herausfinden, welche Handyschlüsse eine Person nutzt. Daher wird der IMSI-Catcher eigentlich in fast allen Fällen als notwendige Vorstufe zur Telekommunikationsüberwachung eingesetzt. Bisher waren – das musste korrigiert werden – die Hürden für den Einsatz dieser Vorstufe enger gefasst als die der Telekommunikationsüberwachung selbst, und es war wichtig, das zu klären und hier einheitliche Rechtsverhältnisse zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

An dieser Stelle die Bemerkung, dass die Voraussetzungen für den Einsatz dieses Instruments in Baden-Württemberg deutlich strenger sind als im Gesetz des Bundes und in vielen anderen Bundesländern.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit hat dieser Regelung zugestimmt; das ist uns besonders wichtig.

Insgesamt führt die Reform auch nicht zu einer Verschärfung für die Bürgerinnen und Bürger etwa durch mehr Überwachungsmöglichkeiten für den Verfassungsschutz. Das gilt auch für die sogenannte Kontostammdatenabfrage, die ja auf Bundesebene schon länger möglich ist und die jetzt auch für den Bereich der Landesbehörde eingeführt wird, die bisher den Umweg über Ermächtigungen bei der Bundesbehörde gehen musste. Auch hier gibt der Landesbeauftragte grünes Licht.

Uns liegt ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion vor. Ich will deshalb darauf eingehen, weil ich ihn für sehr durchsichtig halte. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der AfD, ich glaube, es gibt nur einen Grund, warum Sie diesen Antrag gestellt haben. Er zielt darauf ab, dass sogenannter gewaltfreier Inlandsterrorismus von diesen Instrumenten ausgenommen ist. Ich glaube, Sie wollen einfach nur, dass diese Instrumente aktuell nicht gegen die Parteijugend der AfD eingesetzt werden, die Gegenstand der Überwachung durch den Verfassungsschutz ist.

(Abg. Emil Sänze AfD: Absolut falsch! Nein! Das ist alles falsch! Wir wollen keine Gesinnungsschnüffelei!)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Sie wollen auch – das ist allerdings bedenklich –, dass rechts-extremistische Organisationen wie die Identitäre Bewegung vor zu viel Beobachtung durch das Landesamt geschützt werden. Das wollen wir ausdrücklich nicht.

Ich bitte darum, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat Herr Kollege Zimmermann für die CDU.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In Anbetracht der Zeit und in Anbetracht der Rede meines Kollegen Sckerl kann ich auf vieles verzichten. Denn Sie haben alles richtig gesagt.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich erlaube mir aber trotzdem, ein, zwei Sätze zu sagen. Denn was mir heute ganz besonders Grund zur Freude gibt, ist unser heutiger Koalitionspartner. Das steht im Gegensatz zum Beginn der 15. Legislaturperiode – da waren wir drüben im Ausweich-Plenarsaal –; da hatte nämlich die heutige Finanzministerin

(Abg. Klaus Dürr AfD: Die heutige!)

– ja – eine Verschlinkung oder gar Abschaffung des LfV gefordert. Doch, siehe da, mit der Zeit wird man schlauer und sieht man die Realitäten – kein Wort mehr von Verschlinkung oder gar Abschaffung des LfV.

Wofür die CDU immer gekämpft hat, war, dass wir das LfV stärken

(Heiterkeit bei der SPD)

– ja, dass wir das LfV stärken. Ich habe erst gemeint – – Da lacht der Kollege Alexander – Mensch, wie ist der Nachname? – Maier. Ich habe gemeint, er würde heute reden, weil er von der letzten Legislaturperiode nichts weiß und deshalb völlig unbedarft dafür kämpft. Aber, Herr Kollege Sckerl, es freut mich bei Ihnen umso mehr, dass Sie uns gefolgt sind; es hat fünf Jahre gedauert.

(Vereinzelt Beifall)

Heute sind wir am Ziel, wenn es darum geht, dass wir dem Landesamt für Verfassungsschutz die wichtigen und notwendigen Instrumente an die Hand geben und für eine Umstrukturierung sorgen.

Meine Damen und Herren, wer das LfV stärkt, der stärkt auch die Freiheit der Menschen in unserem Land. Das gilt ganz aktuell. Was in Straßburg passiert ist, liegt keine 24 Stunden zurück. Den neuesten Meldungen zufolge ist der Täter, der noch auf der Flucht ist, möglicherweise auf dem Weg nach Deutschland –

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

wenn ich die regionale Nähe sehe, heißt das, vielleicht auch nach Baden-Württemberg. Es könnte also aktueller nicht sein, dass wir hier im Land heute für unsere Freiheit kämpfen.

Kollege Sckerl hat das Richtige gesagt – und mir einen Schluck Wasser erspart, weil ich damit meine Rede beende. Bitte stimmen Sie einhellig dafür, dass wir dieses Gesetz heute verabschieden können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Ulli Hockenberger CDU: Zeit eingeholt, Jimmy! Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich rufe Herrn Abg. Berg für die AfD auf.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatssekretär Klenk, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! „Big Strobl is watching you“ – anders lassen sich die Gesetzesänderungen dieser Landesregierung nicht mehr beschreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Menschen werden unter Generalverdacht gestellt, und statt Sicherheit zu gewährleisten und endlich die Grenzen zu schützen – wie uns der schreckliche Anschlag gestern in Straßburg wieder vor Augen führt – sowie geltendes Recht anzuwenden sollen immer neue Gesetzesverschärfungen und Grundrechtseinschränkungen den Bürger im Rechtsverhältnis zum Staat schwächen.

Die geplanten Gesetzesänderungen haben zwei Schwerpunkte. Zum einen ergeben sich als Folge der Änderungen des allgemeinen Datenschutzrechts Änderungen des Landesverfassungsschutzgesetzes, des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz. Zum anderen werden Befugnisse des Landesamts für Verfassungsschutz unter dem Vorwand der Anpassung an die bundesrechtlichen Regelungen neu eingeführt bzw. angepasst sowie erheblich und auch bedenklich ausgeweitet. Im harmlosesten Fall sind die Änderungen unausgereift, im schlimmsten Fall sollen Bürgerrechte weiter beschnitten werden.

Mit dem Kampf gegen den Terror hat die ständige Erweiterung von Befugnissen des Inlandsnachrichtendienstes immer weniger zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Was stattdessen benötigt wird, ist eine Ausweitung der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes. Die Kontrolle derjenigen, die – auch – im Verborgenen arbeiten, bedarf in einer funktionierenden Demokratie des wachsamem Auges gewählter Gremien wie des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Hier gilt es, die Befugnisse deutlich auszuweiten. Ich frage mich, wo hier die Grünen bleiben. Bürgerrechte, Schutz der Freiheit und die Kontrolle staatlicher Organe sind bei Ihnen wohl nur zu Wahlkampfzwecken angesagt, liebe Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die grundlegende Frage, die sich stellt, ist doch, ob Freiheit, Bürgerrechte, Privatsphäre und Unschuldsvermutung für has-

(Lars Patrick Berg)

tige und unreife Gesetzesvorhaben geopfert werden sollen oder ob man – wenigstens die Grünen – nicht besser zunächst innehalten sollte. Aber offenbar, lieber Herr Kollege Schwarz, Herr Kollege Sckerl, tun Sie das nicht. Ich erinnere an das hier im Plenum durchgepeitschte Polizeigesetz vom vergangenen Jahr: Außer Ärger und Spesen nicht viel gewesen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Thomas Blenke CDU: So ein Quatsch!)

Sie könnten das Gesetz und die Änderungen im Innenausschuss in Ruhe und ausgiebig diskutieren. Aber genau das wollen Sie nicht; denn dann würde klar werden, dass es nicht um den Schutz und die Sicherheit, sondern um ein staatliches Big Brother geht. Sie wollen die Eingriffsbefugnisse drastisch erweitern und dabei zugleich die Eingriffsschwellen senken. Dies betrifft das Abschöpfen der Kontostammdaten im Finanzsektor, und das schon in bloßen Verdachtsfällen.

Bedenklich ist zudem, dass die Dokumentationspflicht nicht ausdrücklich vorgesehen ist. Dies gilt es unbedingt klarzustellen. Denn dies öffnet dem Missbrauch Tür und Tor.

Eine Überprüfung behördlichen Handelns ist damit erheblich eingeschränkt. Die Dokumentation von behördlichem Handeln ist aber sowohl unter dem Gesichtspunkt des rechtsstaatlichen Rechtsschutzes als auch im Interesse der behördeninternen Überprüfung des eigenen Handelns unbedingt geboten.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zudem sollen zukünftig die Voraussetzungen für den Einsatz eines sogenannten IMSI-Catchers, mit dem die Geräte- und Kartennummer ausgelesen und der Standort eines Telefons in der Funkzelle eingegrenzt werden kann, weiter ausgeweitet werden, und der bislang gesetzlich vorgesehene Gewaltbezug soll hier entfallen.

Als Fazit bleibt – ich komme zum Schluss –: Sie schränken Bürgerrechte ein, bauen die Befugnisse des Verfassungsschutzes dramatisch aus. Es sollte daher vielmehr die grundsätzliche Frage diskutiert werden, ob die allgemein gefassten Aufgabenzuweisungen an den Verfassungsschutz noch zeitgemäß sind oder ob nicht eine Beschränkung auf den Kernbestand des Staatsschutzes ausreichen sollte –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist der Kernbestand!)

spricht im Wesentlichen, lieber Herr Zimmermann, bei Staatsgefährdung, Spionageabwehr und Vorgehen gegen Gefährdung

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

durch gewalttätige Bestrebungen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr gut! – Abg. Thomas Blenke CDU: Eine eigenartige Argumentation! – Abg. Karl Zimmermann CDU zu Abg. Lars Patrick Berg AfD: Also, wenn ich nicht wüsste, dass Sie von der AfD sind, ich hätte es nicht glauben wollen! Aber ich erlebe heute vieles!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat der Kollege Binder für die SPD.

Abg. Sascha Binder SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Inhalt des Gesetzes hat der Kollege Sckerl schon einiges gesagt. Ich möchte zwei Punkte nennen, die im Gesetz und im Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens aus unserer Sicht deutlich verbesserungswürdig sind.

Bei einem solchen Gesetz, das inhaltlich eine breite Zustimmung erfahren kann, kann das Parlament erwarten, dass das Gesetz rechtzeitig in den Landtag eingebracht wird, damit es zum 1. Januar 2019 wirklich in Kraft treten kann. – Herr Kollege Sckerl, Sie lachen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich lache nicht!)

Aber wenn der Innenminister im Innenausschuss auf die Frage, wie es denn dazu kam, dass das Gesetz so spät eingebracht wurde, und zu dem Umstand, dass wir für ein solches Gesetz eine Sondersitzung des Ständigen Ausschusses brauchen, gar nichts zu sagen hat und keinerlei Begründung abgibt, weil er meint, es sei nicht notwendig, dazu eine Begründung abzugeben, dann kann ich Ihnen nur sagen: So geht man gerade bei einem solchen Gesetz, das nicht hoch streitig ist, mit einem Parlament nicht um.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb sage ich Ihnen – das habe ich im Ausschuss auch gesagt –: Wir sind jederzeit bereit, bei wichtigen, bei dringenden Gesetzesvorlagen Sondersitzungen zu machen. Wenn es aber das Innenministerium nicht hinbekommt, dieses Gesetz nach der Verbandsanhörung am 7. September früher einzubringen, dann tut es mir furchtbar leid. Dann liegt es nicht an diesem Parlament, sondern an der schlechten Organisation an der Spitze des Innenministeriums, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Dass gerade auch Sie von den Grünen nicht auf die Vorschläge des Landesdatenschutzbeauftragten eingegangen sind, sei Ihnen überlassen. Wir haben versucht, noch einmal einen Antrag zu stellen, um dieses Gesetz noch etwas verbessern zu können. Wir haben jetzt im Parlament darauf verzichtet, damit Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, nicht noch einmal gegen eine Verbesserung des Datenschutzes in diesem Gesetz stimmen müssen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Zum Abschluss darf ich sagen: Es war ja eine bemerkenswerte Rede des Kollegen Karl Zimmermann, der heute der grünen Fraktion und Herrn Sckerl im Besonderen außerordentliche Zustimmung entgegengebracht hat – nicht, dass die einen oder anderen bei den Grünen jetzt verunsichert sind, wenn Karl Zimmermann eine solche Rede hält.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Ich kann Sie beruhigen: Wir haben das Ganze ordentlich abgewogen. Sie können, wie wir auch, diesem Gesetz ohne Probleme zustimmen. Sie brauchen sich durch die Rede von Karl Zimmermann nicht verunsichern zu lassen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

(Sascha Binder)

Allerdings sollten Sie sich für die Zukunft schon ab und zu einmal überlegen, was die grüne Fraktion gerade bei der Abwägung von Freiheitsrechten noch von der CDU-Fraktion hier im Landtag unterscheidet.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Witzig, witzig! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Le-de Abal GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Professor Dr. Goll für die FDP/DVP. – Bitte.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Verfahren, was dieses Gesetz angeht, hat der Kollege Binder schon manches Richtige gesagt. Dieser Kritik schließe ich mich ausdrücklich an. Das hätte nicht sein müssen. Die Frage ist jetzt natürlich, ob man den Ärger am Gesetz selbst auslässt, das vernünftig ist. Das wollen wir nicht. Das werden wir auch nicht machen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Das Gesetz hat drei Teile. Der datenschutzrechtliche Teil ist im Wesentlichen unstrittig, auch wenn hier gilt, dass man dem Datenschutzbeauftragten ruhig ein Stückchen hätte entgegenkommen können. Das hätte dieses Gesetz keinesfalls verschlechtert. Das hätte es nach meiner Meinung verbessert. Ich finde, man kann es ein bisschen lockerer sehen. Man muss den Datenschutzbeauftragten nicht immer nur in Sonntagsreden loben, sondern man kann, wenn er etwas will, was nicht wehtut, auch einmal Ja sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD)

Aber das Gesetz deswegen abzulehnen, weil es da in ein, zwei Punkten nicht geändert wurde, wäre natürlich auch unverhältnismäßig.

Der zweite Teil ist angesprochen worden, der sogenannte IMSI-Catcher. Wir brauchen den IMSI-Catcher, um bestimmten konspirativen Strukturen typischerweise terroristischer Organisationen rechtzeitig einigermaßen auf die Schliche zu kommen. Das ist ganz klar.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ja!)

Es ist ein Gesetz, das die Freiheit schützt, indem wir uns vor Anschlägen auf die Freiheit ein Stück weit schützen. Diese maßvolle Ausweitung des Einsatzes tragen wir ohne Weiteres mit.

Beim dritten Teil würde es mich eigentlich jucken, einige Worte zu den Kontostammdaten zu sagen. Ich tue es aus Zeitgründen nicht. Das Thema Kontostammdaten hat es in sich. Ich sage nur: Die Diskussion um das Thema „Abfrage der Kontostammdaten“ hat mich persönlich dazu gebracht, dass ich heute sage: Geschützt ist nur ein Datum, das nicht erhoben wird. Nur dann kann man sagen, es ist geschützt.

Dieses Gesetz ist ausgeweitet worden, ausgeweitet worden, ausgeweitet worden. Ein sehr guter Rechtsanwalt aus Karlsruhe, Widmaier – viele kennen ihn; er ist leider früh gestorben –, hat in einer Podiumsdiskussion einmal zu mir gesagt,

das könne jetzt jeder Dorfpolizist. Ich sagte dazu: Jeder Dorfpolizist? Unmöglich! Ich fahre nach Hause und blättere im Gesetz. Gegen Schluss des Paragraphen heißt es: jede Polizeidienststelle im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung.

Der Mann hatte recht; jeder Dorfpolizist kann zumindest theoretisch die Kontostammdaten abfragen. Das ist sehr fragwürdig. Aber dass es dann ausgerechnet das Landesamt für Verfassungsschutz nicht darf, ist auch wieder kurios. Darum stimmen wir diesem dritten Teil auch noch zu. Denn wenn, dann soll es auch oder gerade das Landesamt für Verfassungsschutz tun dürfen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die Regierung spricht Herr Staatssekretär Klenk.

Staatssekretär Wilfried Klenk: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir vorab einige wenige Worte zu den schrecklichen Ereignissen in Straßburg, die uns alle betroffen machen. Menschen, die fröhlich waren, die im Grunde genommen wie wir unbesorgt Weihnachten feiern wollten, mussten ihr Leben lassen. Menschen, die einfach nur eine schöne Zeit verbringen wollten, wurden schwer verletzt.

Familien müssen jetzt am Krankenbett um das Leben ihrer Väter, Mütter, Schwestern, Brüder bangen. Manche Familien hat die Gewissheit ereilt, dass sie ihre geliebten Angehörigen nie mehr in die Arme werden schließen können, dass sie für immer Lebewohl sagen müssen. Ich denke, wir alle sind in Gedanken bei diesen Menschen. Wir sind bei den Angehörigen, die trauern und sich vermutlich schmerzerfüllt der Frage nach dem Warum zuwenden.

Die Hintergründe der Tat sind noch nicht ausermittelt; doch lässt sich sicher sagen, dass wir dieses furchtbare Leid, das über die Menschen gekommen ist, niemals hinnehmen wollen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD, der SPD und der FDP/DVP)

Für das Innenministerium Baden-Württemberg kann ich sagen, dass unsere Sicherheitsbehörden alles in ihrer Macht Stehende tun, um die französischen Kollegen bei den Fahndungs- und Ermittlungsarbeiten – Sie wissen, was das bedeutet – zu unterstützen, um den oder die Täter dingfest zu machen. – Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir nun zu dem Gesetzentwurf. Wir verfolgen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf vor allem das Ziel, bereichsspezifische datenschutzrechtliche Änderungen am Landesverfassungsschutzgesetz, am Landessicherheitsüberprüfungsgesetz und am Ausführungsgesetz zum Artikel 10-Gesetz vorzunehmen. Diese Änderungen sind aufgrund der Novellierung des allgemeinen Datenschutzrechts zum 25. Mai 2018 erforderlich.

So wollen wir etwa solche Datenschutzregelungen in das Landesverfassungsschutzgesetz aufnehmen, die bisher im Landesdatenschutzgesetz enthalten waren. Aufgenommen wer-

(Staatssekretär Wilfried Klenk)

den soll auch die Möglichkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten aufgrund einer Einwilligung des Betroffenen. Diese Regelung war schon seit Jahrzehnten im bisherigen Landesdatenschutzgesetz verankert, fand also Konsens über alle Regierungsparteien hinweg und ist auch im Bundesverfassungsschutzgesetz und sogar in der Datenschutz-Grundverordnung enthalten.

Das bisherige datenschutzrechtliche Niveau behalten wir bei; auch der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat dies in seiner Stellungnahme ausdrücklich bestätigt.

Diese datenschutzrechtlichen Änderungen haben wir zum Anlass genommen, das Landesverfassungsschutzgesetz übersichtlicher zu gestalten. Es wird in Abschnitte unterteilt, die Überschriften einiger Vorschriften werden konkretisiert, das Gesetz wird systematisch-logisch aufgebaut und redundante Regelungen werden beseitigt.

Zugleich sorgen wir durch maßvolle Änderungen der Befugnisse dafür, dass das Landesamt für Verfassungsschutz weiterhin in der Lage ist, Bedrohungen effektiv zu begegnen. Zum einen soll unser Landesamt für Verfassungsschutz zukünftig die Befugnis zur Abfrage von Kontostammdaten erhalten. Dabei bekommt es über das Bundeszentralamt für Steuern beispielsweise Zugang zur Nummer eines Kontos oder zum Tag der Eröffnung des Kontos.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat diese Befugnis schon, und von dieser Befugnis soll selbstverständlich bei allen Formen des Extremismus Gebrauch gemacht werden können. Wir wollen dies nicht, so wie Sie von der Fraktion der AfD – da muss ich Sie ansprechen –, so einschränken, dass das ausgerechnet in Fällen des Inlandextremismus, also des deutschen Rechts- und Linksextremismus, ausgeschlossen ist.

Auch die Befürchtung Ihrer Fraktion, die Abfrage würde nicht protokolliert, ist unbegründet.

Schon jetzt hat das Landesamt für Verfassungsschutz die weiter reichende Befugnis, Auskunftersuchen an Kreditinstitute zu Konten, Kontoinhabern, Geldbewegungen und Geldanlagen zu richten, und die so erlangten Informationen über Geldströme und Kontobewegungen von Organisationen und Personen können – das wurde von Vorrednern schon angesprochen – zur Feststellung von Hintermännern beitragen, die extremistischer Bestrebungen oder sicherheitsgefährdender bzw. geheimdienstlicher Tätigkeiten verdächtigt werden.

Wenn wir über die Geldströme an die Hintermänner kommen, können wir effektiv gegen Verfassungsfeinde vorgehen und ihre Strukturen damit aufdecken. Genau an diese Drahtzieher wollen wir doch alle heran. Voraussetzung dafür ist jedoch die Kenntnis des kontoführenden Kreditinstituts. Dafür ist bisher ein Ausforschen mit nachrichtendienstlichen Mitteln erforderlich. Dagegen kann das Landesamt für Verfassungsschutz diese Kenntnis zukünftig über die Kontostammdatenabfrage erlangen, die mit einer geringeren Eingriffstiefe verbunden ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

Die neue Befugnis beruht auf einer neu gefassten Regelung der Abgabenordnung, die erst ab dem 1. Januar 2020 anwendbar ist. Daher soll auch das Landesamt für Verfassungsschutz die Möglichkeit der Kontostammdatenabfrage erst ab diesem

Zeitpunkt erhalten. – Lieber Kollege Binder, da hätten wir dann darüber reden können. Das hätte nicht zwingend zum 1. Januar erfolgen müssen; ich wäre da offen gewesen.

(Abg. Klaus Dürr AfD: „Gewesen“!)

Zum anderen wollen wir die materiellen Voraussetzungen für den Einsatz eines IMSI-Catchers verändern. Mit dem IMSI-Catcher können Geräte- und Kartennummern eines Mobiltelefons ermittelt und der Standort des Geräts innerhalb einer Funkzelle lokalisiert werden. Diese Maßnahme ist wichtig für die Vorbereitung von Beschränkungsmaßnahmen nach dem Artikel 10-Gesetz und von Verbindungsdatenauskünften.

Zukünftig sollen die materiellen Voraussetzungen für den Einsatz eines IMSI-Catchers der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Rechnung tragen. Danach ist der Einsatz eines IMSI-Catchers nicht mit einem Eingriff in Artikel 10 des Grundgesetzes verbunden. Die Voraussetzungen für den Einsatz sollen daher nicht – wie bisher – strenger sein als für eine Beschränkungsmaßnahme nach dem Artikel 10-Gesetz.

Deshalb wollen wir die Fälle des Inlandextremismus zukünftig nicht zusätzlich auf Fälle mit Gewaltbezug beschränken. An der materiellen Einsatzschwelle des Artikel 10-Gesetzes und der Verfahrenssicherung in Form der Durchführung eines dem Artikel 10-Gesetz entsprechenden Verfahrens halten wir dagegen fest, obwohl das verfassungsrechtlich nicht vorgegeben ist.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass selbst der Landesbeauftragte für den Datenschutz in seiner Stellungnahme festgestellt hat, dass die materiellen Änderungen dieses Gesetzentwurfs überschaubar sind. Die Befugnis zur Erhebung von Kontostammdaten erscheine unproblematisch, und die Reduzierung der Voraussetzungen für den Einsatz des IMSI-Catchers sei nachvollziehbar begründet; gravierende datenschutzrechtliche oder verfassungsschutzrechtliche Probleme seien damit nicht verbunden. Das sehen wir genauso.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in Zeiten rechtsextremer, linksextremer und islamistischer Umtriebe erwarten die Bürger, dass der Rechtsstaat handlungsfähig ist. Unser Landesamt für Verfassungsschutz hat genau diese wichtige und zugleich schwierige Aufgabe, Gefahren von unserer Demokratie abzuwehren. Dazu braucht es aber auch die hierfür notwendigen Mittel.

Dieser Gesetzentwurf ist daher ein richtiger Schritt, den wir mit Bedacht machen. Wir schaffen mehr Sicherheit für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Ich darf mich schon jetzt bei den Fraktionen, die ihre Zustimmung signalisiert haben, recht herzlich bedanken.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/5164.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Grundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/5289. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der AfD vor, den ich dann bei Artikel 1 zur Abstimmung stellen werde.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes

mit den Nummern 1 bis 23. Kann ich die Nummern zusammenfassen? – Herr Abg. Baron, bitte.

Abg. Anton Baron AfD: Wir möchten gern die Nummern 8 und 9 getrennt abstimmen lassen. Den Rest kann man zusammenfassen.

(Zuruf von der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Dann kann ich die Nummern 1 bis 7 und später dann die Nummern 10 bis 23 gemeinsam abstimmen lassen.

Ich rufe jetzt die Nummern 1 bis 7 von Artikel 1 auf. Wer stimmt diesen Nummern zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die Nummern 1 bis 7 einstimmig so beschlossen.

Jetzt komme ich zu Nummer 8. Dazu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/5362, vor. Er bezieht sich in Ziffer 1 auf die Nummer 8 und in Ziffer 2 auf die Nummer 9. Sie wollen einzeln darüber abstimmen. Ich stelle daher die einzelnen Buchstaben von Ziffer 1 des Änderungsantrags der Reihe nach zur Abstimmung.

Wer Buchstabe a von Ziffer 1 des Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Buchstabe a mehrheitlich abgelehnt.

Wer Buchstabe b zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Buchstabe b mehrheitlich abgelehnt.

Wer Buchstabe c zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch Buchstabe c ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zu Buchstabe d. Wer stimmt hier zu? Handzeichen, bitte! – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist auch Buchstabe d mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich abstimmen über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der AfD. Wer Ziffer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 2 mehrheitlich abgelehnt.

Nun schlage ich Ihnen vor, dass ich Artikel 1 des Gesetzentwurfs insgesamt zur Abstimmung stelle. Sind Sie damit einverstanden? – Nein.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Nummern 8 und 9 und dann 10 bis 23!)

– Okay. Wer stimmt Nummer 8 des Artikels 1 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Nummer 8 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu Nummer 9 von Artikel 1. Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch Nummer 9 mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Anton Baron AfD: Und jetzt können Sie zusammenfassen!)

Jetzt kann ich die Nummern 10 bis 23 zur Abstimmung stellen. Wer stimmt den Nummern 10 bis 23 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Nummern 10 bis 23 einstimmig zugestimmt.

Jetzt komme ich zu

Artikel 2

Änderung des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes

mit den Nummern 1 bis 6. Kann ich jetzt hier über Artikel 2 insgesamt abstimmen lassen? – Das ist der Fall. Vielen Dank.

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 10-Gesetz

mit den Nummern 1 und 2. Kann ich darüber zusammen abstimmen lassen? – Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 3 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Neubekanntmachung

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 4 einstimmig zugestimmt.

Artikel 5

Inkrafttreten

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 5 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. Dezember 2018 das folgende Gesetz beschlossen:“.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes und anderer Gesetze“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Gegenprobe! – Danke. Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Wir kommen zu Punkt 4. – Mir ist im Übrigen gesagt worden, dass Tagesordnungspunkt 6 abgesetzt ist.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur sozialräumlichen Gestaltung von Pflege- und Unterstützungsstrukturen und zur Änderung des Landespflegegesetzes – Drucksache 16/5175

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/5320

Berichterstatter: Abg. Jochen Haußmann

Das Präsidium hat festgelegt, dass hier auf eine Aussprache verzichtet wird.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/5175. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Integration, Drucksache 16/5320. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit Änderungen in Artikel 2 zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zur sozialräumlichen Gestaltung von Pflege- und Unterstützungsstrukturen (Landespflegestrukturgesetz – LPSG)

mit den Abschnitten 1 bis 4. Die FDP/DVP hat darum gebeten, über die Abschnitte 1 bis 3 von Artikel 1 und bei Abschnitt 4 über § 9 getrennt abzustimmen. Außerdem hat die Fraktion der AfD gewünscht, bei Artikel 1 eine getrennte Abstimmung vorzunehmen.

Ich rufe auf

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Ziele

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 1 mehrheitlich zugestimmt.

§ 2

Gestaltung der Angebote

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 2 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Abschnitt 2

Sicherstellung und Koordinierung der Angebotsstruktur

§ 3

Landespflegeausschuss

Zunächst stelle ich jetzt, wie gewünscht, § 3 zur Abstimmung. Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 3 mehrheitlich zugestimmt.

Bitte, Herr Abg. Baron.

Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, wir hatten eigentlich mit der Landtagsverwaltung ausgemacht, dass wir über § 2 Absatz 1, 2 und 3 und über § 3 Absatz 1 Nummer 1 bis 9 separat abstimmen lassen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ja, aber wir haben jetzt schon abgestimmt. Ich hatte vorher angekündigt, wie ich das mache. Wir sind jetzt schon bei den §§ 4 und 5. Wollen Sie die getrennt abstimmen lassen oder gemeinsam?

(Zuruf: Darüber kann man insgesamt abstimmen!)

– Über die §§ 4 und 5 können wir wiederum zusammen abstimmen.

§ 4 und § 5

Wer stimmt den §§ 4 und 5 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den §§ 4 und 5 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über

Abschnitt 3

Förderung von Pflegeeinrichtungen und Unterstützungsstrukturen

§ 6 bis § 8

Kann ich über diese Paragraphen zusammen abstimmen lassen? – Gut. Wer Abschnitt 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Abschnitt 3 mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über

Abschnitt 4

Strukturen der Beratung

§ 9

Initiativrecht zur Errichtung von Pflegestützpunkten

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Zunächst stelle ich jetzt, wie gewünscht, § 9 zur Abstimmung. Wer § 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist § 9 mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt würde ich gern über die §§ 10 bis 17 zusammen abstimmen lassen. Sind Sie damit einverstanden?

§ 10 bis § 17

Wer stimmt den §§ 10 bis 17 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Hiermit ist den §§ 10 bis 17 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landespflegegesetzes

mit den Nummern 1 bis 5 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer Artikel 2 in dieser Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer stimmt Artikel 3 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 3 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. Dezember 2018 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur sozialräumlichen Gestaltung von Pflege- und Unterstützungsstrukturen und zur Änderung des Landespflegegesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlusstabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 4 ist erledigt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes – Drucksache 16/5176

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/5321

Berichterstatte(rin): Abg. Carola Wolle

Auch hierzu hat das Präsidium festgelegt, dass in dieser Zweiten Beratung auf die Aussprache verzichtet wird.

Wir kommen daher gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/5176. Wir stimmen auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Integration, Drucksache 16/5321, ab. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Artikel 1

Änderung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes

mit den Nummern 1 bis 3. Kann ich über Artikel 1 insgesamt abstimmen lassen? – Wer ist mit Artikel 1 einverstanden? Ich bitte um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer stimmt hier zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch hier einstimmige Zustimmung gegeben.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. Dezember 2018 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes“. – Damit sind Sie einverstanden.

Wir kommen zur

Schlusstabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Wir haben Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Wir haben Punkt 6 der Tagesordnung abgesetzt.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir haben nicht unser Einverständnis gegeben!)

– Mir ist mitgeteilt worden, dass Punkt 6 der Tagesordnung – Herr Abg. Sckerl, bitte.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Präsidentin, wenn es denn nötig ist, stelle ich den Geschäftsordnungsantrag, dass der Landtag beschließt, Tagesordnungspunkt 6 auf die Sitzung am 19. Dezember zu verschieben. Der Landtag ist jederzeit bestimmend für das Verfahren und kann solche Entscheidungen jederzeit mit Mehrheit treffen. Ich bitte um Abstimmung.

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Danke. – Dann stelle ich diesen Geschäftsordnungsantrag gleich zur Abstimmung. Wer stimmt dem Antrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunkts 6 mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 16/5211

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/5265

Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler

Auch hierzu wurde im Präsidium festgelegt, dass in der Zweiten Beratung auf die Aussprache verzichtet wird.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf auf der Grundlage der Beschlussempfehlung Drucksache 16/5265. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Kirchensteuergesetzes

mit den Nummern 1 und 2. Kann ich über die Nummern 1 und 2 gemeinsam abstimmen lassen? – Dann bitte ich um das Handzeichen. Wer stimmt Artikel 1 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 1 ist einstimmig zugestimmt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

– Ich verstehe Sie nicht.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Enthaltung!)

– Also, bei einer Enthaltung ist dem – –

(Zuruf)

– Bei zwei Enthaltungen – meldet sich noch jemand? okay – mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Gesetzes über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs

mit den Nummern 1 und 2. Kann ich Artikel 2 insgesamt zur Abstimmung stellen? – Dann bitte ich um das Handzeichen, wer Artikel 2 zustimmt. – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung ist Artikel 2 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Bevor wir in die Abstimmung über Artikel 3 eintreten, muss ich noch einen Hinweis geben. Hier ist es wieder so, dass im Einleitungssatz die Fundstellenangabe der letzten Änderung, die bisher offen geblieben ist, noch aufgenommen werden muss. Die letzte Änderung bezieht sich auf Artikel 1 und 2 des unter Tagesordnungspunkt 2 b vom Landtag beschlosse-

nen Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Kindertagesbetreuungsgesetzes, Drucksache 16/5111. Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass das Ausfertigungs- und Verkündungsorgan ermächtigt wird, die Fundstellenangabe der letzten Änderung vor der Verkündung des Gesetzes zu aktualisieren. – Damit sind Sie einverstanden.

Wer Artikel 3 mit dieser Maßgabe zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist bei einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Inkrafttreten

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 4 bei einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 12. Dezember 2018 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes und anderer Gesetze“. – Mit der Überschrift sind Sie einverstanden.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Vielen Dank. Wer dagegen ist, sollte sich bitte auch erheben. – Auch bei Enthaltungen bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Bei einer Enthaltung ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben damit Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 8** der Tagesordnung:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und -staatsanwaltsgesetzes – Drucksache 16/5275

Auch hierzu hat das Präsidium beschlossen, dass auf eine Aussprache in der Ersten Beratung verzichtet wird, und auch die Regierung verzichtet auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs. Deswegen können wir jetzt gleich weiter verfahren.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/5275 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Damit haben wir Tagesordnungspunkt 8 erledigt und sind am Ende der heutigen Tagesordnung angekommen.

Wir finden uns wieder zusammen am 19. Dezember 2018 um 10:00 Uhr.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 15:28 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau

Funktion	scheidet aus	tritt ein
Mitglied	Teufel	Martin
stellvertretendes Mitglied	Martin	–

11.12.2018

Dr. Reinhart und Fraktion